

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.50 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 2 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Vollabonnement: 2.50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingereicht in der Post-Regierungs-Verwaltung für 1893 unter Nr. 6708.

Intentions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Vertikale oder deren Raum 40 Pf., für Besatz- und Besatzungsgebühren 20 Pf. Intention für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Lehrerpreis: Amt I. 4186. Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntagabend, den 4. November 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Aus einem preussischen Musterbetriebe.

Auf dem Kölner Parteitage ist der Thatsache gebührend Erwähnung gethan worden, daß die königlich preussische Bergwerksverwaltung der Saar-Kohlengruben den dortigen Rechtschuttsverein der Bergleute glücklich vernichtet hat, und zwar durch Mandover, die an den absolutistischen und despotischen Staat erinnern, sowie an das angenehme Vorbild des König Stumm, nur nicht an einen staatlichen Musterbetrieb. Statt der Vertretung im Rechtschuttsverein, in der freien Organisation, sind den Bergleuten nun bekanntlich auf dem Verordnungswege eingeführte "Arbeiter-Ausschüsse" beschieden worden, eine zweite staatliche "Muster-Einrichtung, die den Leuten statt der "Verbeugung" des Rechtschuttsvereins eine "geordnete" Wahrnehmung ihrer Interessen bieten und sie völlig ausföhnen soll mit den idyllischen Zuständen, die auf den Saargruben herrschen. Nun wußte man ja wohl, welcher Art diese Ausschüsse seien, die nur unter dem Vorhinein eines Berggrathes tagen und außerdem nicht die geringste Befugniß der Verwaltung gegenüber haben. Aber daß in diesen Ausschüßberatungen von Arbeiterrechten gar nicht, von deren Pflichten aber um desto mehr die Rede ist, so daß man sich daß wundern muß, daß sich immer noch Saarbegrubende finden, welche dabei die Statistenrolle übernehmen, das wird doch erst so recht klar aus dem Protokoll einer Ausschüßsitzung, welches der bekannte amtliche Bergmannsfreund\* von der Saargrube Friedrichsthal unterm 15. Oktober dieses Jahres veröffentlicht. Da heißt es:

Vor einigen Tagen fand an hiesiger Grube unter dem Vorsitz des Berggrathes Herrn Stapenborst eine Versammlung des Arbeiterauschusses statt, welcher sämtliche Vertrauensmänner beizuhöhen. Auf die Tagesordnung waren folgende Punkte gesetzt: 1. Rechte und Pflichten der Vertrauensmänner, 2. Wahl der Weisiger zum Berggewerbegericht, 3. Zuständigkeit des Berggewerbegerichts u. 4. Besprechung des § 13 der Arbeitsordnung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hieß der Herr Vorsitzende zunächst die nach dem letzten Arbeiterausstand neugewählten Vertrauensmänner willkommen, wobei er der Hoffnung Ausdruck gab, daß er mit dem neuen Arbeiterauschusse weiter kommen werde als mit dem früheren, der doch allzu sehr vom Rechtschuttsverein sich habe leiten lassen. Die Vertrauensmänner und die Belegschaft würden jetzt wohl einsehen, daß das Unternehmen des verflochtenen Rechtschuttsvereins von vornherein gänzlich verfehlt gewesen sei, daß viele, gute Geld der bethöbten Bergleute sei verloren und die wirtschaftliche Niederlage sei bedauerlicher Weise da. Die Verwaltung selbst habe ein lebhaftes Interesse an ordentlichem Abfah, ihr wäre es viel lieber, wenn statt gefördert und abgesetzt werden könne, als wenn — wie dies gegenwärtig der Fall — die Friedrichsthaler Kohle auf die Halbe gestürzt werden müsse. Bei guter Förderung und ordentlichem Verkauf könnten auch hohe Löhne gezahlt werden; die Verwaltung sei stets bestrebt, dies Ziel zu erreichen und festzuhalten. Die

Bergleute müßten dies endlich einmal einsehen! Allein nur durch tadellos reine Förderung könne der Abfah gehoben werden, die unreihe Förderung erschwere der Saartohle ungemein die Behauptung ihres Absatzgebietes und mache die Einlegung von Heierfichten unumgänglich notwendig. Die Vertrauensmänner möchten daher bei der Belegschaft mit Nachdruck dahin wirken, daß nur reine Kohle zu Tage geschafft würde. Bei der nun folgenden Besprechung des 1. Punktes der Tagesordnung erläuterte der Herr Vorsitzende an der Hand der diesbezüglichen Bestimmungen, daß es nicht Aufgabe des Arbeiterauschusses sei, Beschwerden und Wünsche einzelner Bergleute, sondern nur solche, welche die Belegschaft im Ganzen angingen, vorzubringen. Der frühere Ausschuss habe in dieser Hinsicht seine Aufgaben vielfach verkannt, er habe z. B. auch verlangt, daß alles in den Sitzungen von ihm als Wunsch vorgebracht und Besprochene gleich bindende Beschlüsse seien. Diese Ansicht sei aber durchaus verfehlt, vielmehr hätten die Vertrauensmänner sich über die aufgeworfenen Fragen nur gütlich zu äußern und die Ansicht der Belegschaft zum Ausdruck zu bringen. Nachdem bei Punkt 2 der Vorsitzende zunächst die Einrichtung des Berggewerbegerichts im allgemeinen und dessen Organisation für den Saardröder Bezirk im besonderen erläutert und auch den Gang der Wahlhandlung erklärt hatte, theilte er den Vertrauensmännern mit, daß die Belegschaft der Gruben Friedrichsthal und Maybach zusammen zwei Weisiger zu wählen hätte, und daß der Termin zu dieser Wahl auf Donnerstag, den 19. Oktober anberaumt sei. Er erwähnte nun, der Belegschaft aus Herz zu legen, daß keine sogenannten "Schreier", sondern ordentliche und tüchtige Bergleute gewählt werden möchten, die auch im Stande seien, den Verhandlungen bei den Weisigerungen unparteiisch zu folgen und ihrer Aufgabe das richtige Verhältniß entgegenzubringen. Hierauf machte der Vorsitzende bei Punkt 3 den Vertrauensmännern klar, daß das Berggewerbegericht nur für alle Streitigkeiten zuständig sei, welche sich auf den Abtritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, auf die Ausbändigung oder den Inhalt des Arbeitsbuches oder des Zeugnisses, sowie auf die Leistungen und Entschädigungsansprüche aus dem Arbeitsverhältnis beziehe. Nunmehr folgte eine hochwohlwollende Belehrung darüber, daß dem Bergmann die Militärdienstzeit im Grubendienst nicht angerechnet werden könne. Einige Ausschüßmitglieder schienen geneigt zu haben, man dürfe den Nordpatriotismus ihrer Obersten ernst nehmen und von der Erfüllung der Militärpflicht eine kleine Erleichterung für den betroffenen Bergmann erhoffen. Dem war selbstverständlich nicht so. "Nachdem noch einige kleinere Anliegen zur Verhandlung gekommen waren, wurde die Sitzung geschlossen."

Macht so eine "Arbeiter-Ausschüßsitzung" nicht einen erhebenden Eindruck? Der königlich preussische Berggrath führt in ihr das große Wort. Er scheint es als seine Aufgabe zu betrachten, so viel zu reden, daß Arbeiter überhaupt nicht zum Worte kommen können. Und was er alles im "Arbeiterauschusse" redet! Er erklärt zunächst dem verflochtenen "Arbeiterauschusse" seine höchste Ungnade, denn diese früheren Arbeitervertreter haben noch zu sehr mit der selbständigen Organisation der Bergleute zusammengehungen. Eine selbständige Organisation ist aber "gänzlich verfehlt";

der königlich preussische Bergmann kann nur gut gedeihen, wenn er sich immer hübsch zu seinen Vorgesetzten hält, und gläubig, fromm und willig zu diesen aussieht; dann ist für sein Wohlbedinden gesorgt. Die neuen Arbeiter-Ausschüßmitglieder werden sich diese Lehre wohl hinter die Ohren geschrieben haben! Und der Herr Berggrath vergaß nicht, ihnen eine praktische Nuhenanwendung sofort ans Herz zu legen: die Ermahnung, ja keine "Schreier" zum Berggewerbegericht zu wählen. Ja, keine "Schreier"! Der Wuthschrei eines Gemahregelten, der Wuthschrei eines kümmerlich abgelohnten Familienvaters, der Hungerschrei der Weiber und Kinder klingt immer sehr häßlich, wenn er durch die Fenster in die behagliche Wohnung eines Berggrathes eindringt; deshalb keine "Schreier", sondern "ordentliche und tüchtige" Bergleute, die sich alles bieten lassen. Im "Arbeiterauschusse" hat sich der Arbeitervertreter nur "gütlich" zu äußern, im Berg-Gewerbegericht sht er als Richter mit; da ist also doppelte Vorsicht vornehmthun! Förder gute, reine, prima Waare, in diese kapitalistische Ermahnung klingt das Protokoll aus — schant und schafft, wie wir es brauchen, dann habt Ihr Euren Beruf erfüllt.

Wenn jemand das Protokoll einer "Arbeiter-Ausschüßsitzung" im staatlichen Musterbetriebe travestiren und verspotten wollte, hätte er keinen besseren Text erfinden können, als denjenigen, der oben vorliegt. Deshalb haben wir ihn aus seiner Verborgenheit herausgezogen und in das helle Tageslicht gestellt; hier stehe er als Schandmal dafür, wie am Ende des 19. Jahrhunderts der größte deutsche Staat im fiskalischen Betrieb mit seinen Arbeitern umzuspringen wagt.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. November.

Unser Parteitag, über den die verkommene deutsche Bourgeoispreffe nur schimpfen kann, weil sie ihn nicht begreift, wird von der französischen Bourgeoispreffe sehr günstig beurtheilt. Der "Temps", die vornehmste und einflussreichste der bürgerlichen Zeitungen von Paris, stellt, trotz ihres grimmigen Sozialistenhasses, doch das Zeugniß aus, daß das "deutsche Arbeiterparlament" das anständigste und "parlamentarischste" aller Parlamente sei, daß in Köln wahrhaft musterhafte Ordnung geherrscht habe, und daß hinter dieser Ruhe und Disziplin eine imposante Macht sich verberge. Freilich zufrieden ist der "Temps" nicht, denn er meint, die Mäßigung sei nur in der Form, das Wesen sei intensiv revolutionär und die deutsche Sozialdemokratie die gefährlichste aller revolutionären Parteien. Wir danken für das Kompliment.

In einem ganz besonders albernen Artikel machen die Münchener "Neuesten Nachrichten" ihrem Kerger über das Gelingen unseres Parteitages Luft. Die "Führer" halten die gedankenlose Masse in despotischer Fucht und blindem

### Feuilleton.

Nachdruck verboten.

12

### Das Recht zu leben.

Soziale Skizze von Friedrich Thieme.

"Armes Weib!" sagte er traurig. "Du und die Kinder, Ihr müßt noch mehr darunter leiden, als ich. Das ist das Loos des Arbeiters, für ihn giebt es keine Sicherheit der Existenz, er ist ein Spielball der Launen des Zufalls. Solange wir arbeiten können und einigermaßen verdienen, mag der Zustand manchmal leidlich scheinen, wir streben auch vorwärts und suchen wenigstens, da wir unter heutigen Lohnverhältnissen nichts erübrigen können, für die Unseren den Grund zu einer würdigeren Existenz zu legen — da kommt Krankheit oder Arbeitslosigkeit und das ganze Kartenhaus stürzt zusammen! Alles, was wir mühsam erreicht, ist mit einem Schlage dahin, wir sind schlimmer daran als Bettler!"

Der Kassenarzt besuchte ihn von Zeit zu Zeit noch, obgleich seine Verpflichtung hierzu schon lange erloschen war. Als er eines Morgens wieder bei dem Schwindsüchtigen vor sprach, um sich nach dessen Befinden zu erkundigen, fragte dieser mit einem Versuche zu lächeln:

"Nicht wahr, Herr Doktor, es geht bald mit mir zu Ende?"

"Wo denken Sie hin, lieber Bildung?"

"Sagen Sie es mir nur ganz aufrichtig, es giebt keine Möglichkeit mehr für mich, zu genesen?"

Der Arzt faßte ernsthaft Bildung's abgemagerte Hand.

"Keine Möglichkeit?" rief er fast heftig. "Zwanzig Möglichkeiten, Mann! Sie brauchen nur plötzlich in günstige Verhältnisse versetzt zu werden, brauchen die Mittel zu erhalten, sich Ihrer Sorgen zu entlasten, Ihren Körper ordentlich pflegen, reine, gesunde Luft atmen, sich in jeder Hinsicht ordentlich erholen, ein gesundes Klima aufsuchen zu können — ich garantire, Sie wären in einem Jahre wieder hergestellt. Glauben Sie mir, drei Viertel Ihrer Kollegen, die an dem gleichen tödlichen Uebel zu Grunde gehen, würden erhalten bleiben, wenn sie zur rechten Zeit an ihre Genesung denken könnten, wenn sie die Mittel befäßen, gegen Ihren Körper Ihre Pflicht zu thun!"

Bildung sah den Arzt mit einem bitteren, schmerzlichen Blicke an.

"Die Proletariatskrankheit," murmelte er in sich hinein, "der Name ist gut gewählt."

"Bei Ihnen ist das Uebel ja schon weiter vorgeschritten," fuhr der Doktor fort, "aber trotzdem dürfte eine völlige Veränderung aller Lebensbedingungen, verbunden mit einem Wärmewechsel, wohl noch zur Heilung führen. Könnten Sie es nicht ermöglichen, ein paar Monate nach einem Thüringer Lustkurorte zu gehen?"

"Schergen Sie nicht, Herr Doktor," sprach der Kranke, "es ist gar zu graulich."

"Ich übergehe nicht," erklärte dieser lebhaft, "ich rede in vollem Ernste, Frau Bildung, wenden Sie sich doch einmal an wohlthätig gestimmte Menschen —"

Herr Doktor!"

Bildung hatte sich erhoben, seine Augen blitzten drohend, er zitterte am ganzen Leibe.

"Was haben Sie?"

"Ich bin kein Bettler, ich habe nicht dreißig Jahre meines Lebens gearbeitet, um zuletzt von Almosen zu leben." Der Arzt zuckte die Achseln.

"Leben Sie wohl," sagte er, ich habe meine Pflicht gethan.

Er ging.

Draußen erwartete ihn Frau Bildung, die sich vorher entfernt hatte, um noch einige Worte mit ihm unter vier Augen wechseln zu können.

"Glauben Sie wirklich, Herr Doktor," begann sie mit Thränen in den Augen, "daß mein armer Mann auf diese Weise noch gerettet werden könnte?"

"Ich glaube es", erwiderte der Jünger Aesklaps.

"So will ich versuchen, das Geld zu besorgen", sagte sie bebend. "Ich will mich für ihn an mildthätige Menschen wenden. Er braucht es gar nicht zu erfahren, ich werde ihm sagen, daß ich die Summe irgendwo als Darlehen aufgenommen habe. Vielleicht kann ich sie auch zurückzahlen." Der Arzt nickte beifällig.

Unterdessen war der Kranke an das Fenster getreten und schaute hinaus in den prächtigen warmen Frühlingsmorgen.

Die Sonne schien freundlich durch die schlechten Scheiben, in dem dürrigen Gärtchen vor dem Hause, das eigentlich nur dem Namen nach ein Garten war, blühten die wilden Heckenrosen, ein Finkle schlug munter auf dem großen Apfelbaum.

Da, wie starre der kranke Mann so schmerz erfüllt, so unfaßbar sehnsüchtig hinaus!

Ein tief melancholisches Gefühl überkam ihn, dann erfaßte ihn eine wilde verzweifelte Stimmung, eine unendliche Verbitterung!



Gehorsam; sie pflegen den widerlichsten Personenkultus u. s. w. Dabei posirt dem auf seine Wissenschaftlichkeit so stolzen Philisterorgan das Mißgeschick, daß es von der „Herosenverehrung“ spricht, „über welche der englische Historiker Carlyle ein ebenso interessantes wie inhaltreiches Buch geschrieben hat.“ Wie aus dem Wortlaut und Zusammenhang hervorgeht, ist unser Gelehrter von Jfar-Athen in dem Glauben befangen, Carlyle habe sein „inhaltreiches Buch“ gegen die „Herosenverehrung“ geschrieben. Das Umgekehrte ist aber wahr. Und wenn die „Neuesten Nachrichten“ sich die Mühe nehmen wollen, Carlyle's Schrift über „Heroworship“ (Herosenverehrung) zu lesen, so werden sie für ihre Servilität wohl einige recht brauchbare Sätze und Krastphrasen entdecken — obgleich Carlyle nichts weniger als servil war, im Sinne unseres Philistertums.

Beiläufig hat der Gelehrte von Jfar-Athen auch auf unserm Kongress gehört, wir hätten das Plasko unserer Landtagitation eingestanden. Muß der mit merkwürdigen Ohren besafset sein! —

**Die Zusammensetzung des preussischen Landtages** dürfte im wesentlichen die gleiche bleiben, eine ganz unbedeutende Verschiebung nach rechts dürfte vielleicht eintreten. Die Nationalliberalen scheinen den einen oder anderen von ihren bisherigen 88 Sitzen, die beiden freisinnigen Parteien zusammen höchstens sechs von ihren bisherigen 29 Sitzen zu verlieren. Der Bestand des Zentrums dürfte gleich bleiben, die konservativen Parteien werden einig, höchstens 9 Sitze gewinnen. Die Antisemiten haben, als Partei der kleinen Leute, bloß Mißfolge zu verzeichnen. Die Zahl der von der Regierung abhängigen Personen, wie Landräthe, Regierungspräsidenten u. s. w. wird noch größer sein als im früheren Landtage. Wir haben von dem neuen preussischen Abgeordnetenhause nichts Besseres zu erwarten als vom alten. Das Volk wird erst auf eine Aenderung zum Besseren rechnen können, wenn an stelle des elendesten aller Wahlgesetze das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht treten wird. Bei der heutigen Lage der Verhältnisse muß dies aber von außen erobert werden, da keiner der jetzigen Landtagsparteien an einer Aenderung des preussischen Wahlrechts etwas gelegen ist. Wir werden es an entsprechendem saurem Trude nicht fehlen lassen. —

**Den wahrscheinlichsten Durchfall Eugen Richter's** bei der Landtagswahl in seinem Stammsitze Gagen suchen die Blätter der freisinnigen Volkspartei damit zu erklären, daß die Sozialdemokraten dort „in helle Haufen für die nationalliberalen Wahlmänner gestimmt“ haben. Wir sind überzeugt, daß dies nicht wahr ist. Richter und seine Anhänger wollen sich stets die Ursachen ihres Rückganges im Wolfe nicht eingestehen und müssen deshalb andere Gründe hierfür erfinden. Dies die Entstehungursache des neuesten Lügengewebes über die Sozialdemokratie. Sozialdemokraten stimmen niemals für nationalliberale Kandidaten außer da, wo die Uebermacht des Unternehmertums sie dazu zwang. Tas sollte doch bald jeder politische ABC-Schäpe schon wissen. —

**Recht einseitig** ist die Bemerkung der „Nationalzeitung“, die Sozialdemokraten verdanken ihre hohen Wahlergebnisse dem Umstand, daß sie in allen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hätten, während die übrigen Parteien „das nicht thun“, sondern nur in bestimmten Wahlkreisen und Gebieten kandidiren. Die pflüßige „Nationalzeitung“ vergißt, daß in den Kreisen, wo wir Wahlkandidaturen aufstellen, dies bloß deshalb geschieht, weil der Boden vorläufig noch von Reaktionen besetzt ist, die ja nicht immer Nationalliberale zu sein brauchen. Und die „Nationalzeitung“ vergißt außerdem, daß gerade die **Al l g e m e i n h e i t** unseres Auftretens, wir meinen das Auftreten in allen Wahlkreisen, ein Element der Stärke bildet, und umgekehrt die Eingekerkeltbeit unserer Gegner auf bestimmte Kreise und Gebiete ein Element der Schwäche. Wir wollen Alles erobern, deshalb kandidiren wir überall, greifen überall an und dringen überall vor. —

**„Die Dummen werden nicht alle“** denkt der Pindter und sagt, um die Majorität von 1 100 000 gegen die Militärvorlage fortzusetzen, die Wähler, die nicht gestimmt hätten, müßten für die Militärvorlage gezählt werden, und dann komme eine Majorität für heraus.

Es ist so entsetzlich, den Tod mit vollem Bewußtsein erwarten zu müssen, es ist eine Folter, grausamer als die Inquisition, es ist eine fürchterliche Hinrichtung der Natur! Und er hätte leben können, er hätte genesen können, er hätte es gekonnt, wenn ihm die Mittel rechtzeitig zur Verfügung gestanden hätten!

Er hätte genesen können, und müßte sterben, sterben, weil er zu arm war — und er hatte dreißig Jahre seines Lebens fleißig gearbeitet!

Elf Jahre kaum alt, brachte ihn sein Vater zu einem Nachbar, damit er dort seine Freistunden mit Spulen ausfülle, dann kam er in eine Fabrik, dann in die Lehre, dann arbeitete er als Gehilfe, als Arbeiter —

Und so fort bis heute!

Und was hatte er davon?

Kam die Existenz — nicht soviel, daß er jetzt, in der Noth, davon dürrig leben, nicht soviel, daß er sein eigenes Leben retten konnte.

Hätte ihm die Gesellschaft den vollen Ertrag seiner fleißigen Arbeit gewährt, so würde er jetzt ein wohlhabender Mann gewesen sein — aber diesen Ertrag hatten andere in Anspruch genommen, und sie waren begüterte Leute, Kapitalisten, die seiner jetzt nicht mehr bedurften, weil er nicht mehr für sie zu arbeiten vermochte.

Und nun sollte er betteln — Almosen fordern — und er hatte 30 Jahre für die Allgemeinheit gearbeitet! Er hatte 30 Jahre gearbeitet, und nun starb er, ging er sehenden Auges in den Tod, weil er mittellos war!

Und er hätte leben können —

Leben —

„O,“ seufzte er traurig, „wir fordern das Recht auf Arbeit und besitzen noch nicht einmal das Recht zu leben!“

Und draußen schien die Sonne, die wilden Heckenrosen blühten und der Fink sang — er senkte gramvoll den Kopf, für ihn gab es keinen Frühling mehr!

Margarethe Thiele, Privatierin.  
So stand es zu lesen an der dunklen Eichentür, die

Wie groß muß die Verlegenheit der Regierung sein, daß dem Ober-Offiziosus erlaubt wird, mit diesem alten Ladenhüter seines ersten „Chefs“ angerückt zu kommen. Herr von Caprivi gleitet immer mehr auf das Niveau seines Vorgängers, dessen Praktiken er einst stolz verschmähte — Fata trahunt — die Logik der Thatfachen ist stärker als gute Vorzüge.

Und da wir gerade beim Pindter sind, noch ein: mit bezug auf unsere gestrige Notiz über unsere Parteitage im Vergleich mit den Kongressen anderer Parteien richtet der Pindter heute Abend die schlaue Frage an uns:

Wo hat denn das offizielle Organ des sozialdemokratischen Parteivorstandes die Beobachtungen bei Kongressen anderer Parteien ange stellt, auf denen sein Verdict beruht?

Ja, wir haben eben Augen zu lesen, und Ohren zu hören; und wir sind bemüht, unsere Feinde kennen zu lernen, und kennen sie. Wir sind keine Pfleger des Nichtswissens, wie der Pindter, der nicht einmal weiß, daß der „Vorwärts“ das Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist und nicht des Parteivorstandes, der selber Organ der Partei ist. —

**Der badische Landtag** ist zum 22. d. Mts. einberufen. —

**Sächsische Landtagswahl.** Bei der Landtags-Wahl in Kreise Meissen wurde Röder, konservativ, mit 1842 Stimmen gewählt, gegen Hofmann, Antisemit, der 1331 Stimmen erhielt. —

**Im württembergischen Landtags-Wahlkreise Neutingen** findet am 10. November eine Nachwahl für den Landtag statt. Seitens unserer Partei ist Genosse Agster aus Stuttgart als Kandidat aufgestellt. —

**Bundesrath.** In der am Donnerstag, 2. d. M., unter dem Vorsitz des Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. von Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde dem Entwurf eines Gesetzes über die Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete für 1892/93 und 1893/94 die Zustimmung erteilt. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen: der Antrag Preußens, betreffend die anderweitige Festsetzung des Bezirks der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Schleswig-Holstein, die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen für 1892/93, die Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für 1892/93, die Entwürfe von Handels- u. Verträgen mit Spanien, Rumänien, der Entwurf zum Besoldungs- und Pensionsetat der Reichsbankbeamten für 1894, der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, der Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Waarenbezeichnungen, der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aenderung des Gesetzes über den Unterstüthungswohnstif, und die Ergänzung des Strafgesetzbuches, sowie der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die anderweitige Ordnung des Finanzwesens des Reiches. Endlich wurde über einen Antrag, betreffend die Abänderung von Taraxänen, über mehrere Eingaben in Zoll- und Stempelangelegenheiten, über die Vorlage, betreffend den Aufruf und die Einziehung der Noten der städtischen Bank in Breslau, über eine Eingabe wegen Zulassung zu den ärztlichen Prüfungen, über eine Eingabe, betreffend die Befugniß zur Ausübung der Heilkunde, und über ein Rekursgesuch, betreffend die Entlassung eines Beamten aus dem Reichsdienst, Beschluß gefaßt.

Heute hielten die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für Zoll- und Steuerwesen und für Rechnungswesen eine Sitzung. —

**Zur Verzinsung der Reichsschuld** dürfte für 1894/95 ein Mehr im Betrage von 5,3 Millionen gefordert werden. Auch das ist eine Folge der sich stetig steigenden Militärausgaben. —

**Zur Regelung der Beamtengehälter.** Für die Bureau-beamten der Reichs-Zentralstellen sind bei der Aufstellung der Etatsentwürfe pro 1894/95 Gehaltszulagen von je 400 M. nach je drei Dienstjahren festgesetzt worden, so daß die betreffenden Beamten das Höchstgehalt nach 18 Dienstjahren erreichen, während die gleiche Beamtenklasse in Preußen das Höchstgehalt erst in 21 Jahren erreicht. Da hierdurch erhebliche Unzuträglichkeiten entstehen müssen, besonders wenn zwei Zentralstellen, wie es bei

in die eleganten Gemächer der alten Dame führte, welche in den Adressregistern der Kultur mit diesem Namen bezeichnet stand.

Fräulein Thiele und ihre Kasse — denn diese beiden Unzerrennlichen müssen in einem Athem genannt werden — befanden sich in den glücklichsten Verhältnissen.

Sie besaß Geld wie Heu und die Kasse hatte den Hauptgenuß davon — denn gegen die Kasse war Fräulein Margarethe freigebig, daß fette Ungethüm erhielt die leckersten Bissen, während sie sich selbst etwas knapp und ihre Dienst-mädchen noch knapper hielt. Desto mehr gab das Fräulein dem Arzt und den Armen, dem Arzt, weil sie jeden Tag an einem neuen Uebel zu leiden glaubte, und den Armen, weil sie dadurch den Himmel mit ihren übrigen keineswegs ausgesprochen liebenswürdigen Eigenschaften zu ersöhnen hoffte.

Aber sie gab nie direkt, sie stieg nie herab in die Gärten der Armuth, um mit freundlichen Worten Trost zu spenden und mit liebevoller Hand im Verborgenen ihre Gaben anzuthelen — sie stellte vielmehr ihr Licht nach Gebühr auf den Schüssel, und überwieß ihre Spenden der Armenkasse oder einem Geistlichen „zur gefälligen weiteren Verwendung,“ so daß sie, umso mehr, als sie auch bereits einer Kirche eine Altardecke und einem Missionshause zwei bunte Fenster gestiftet hatte, im Geruche großer Milthätigkeit stand und die Leute alle paar Wochen einmal in der Zeitung lasen, daß Fräulein Margarethe Thiele wieder das und das gegeben habe und ihr „für diesen erneuten Beweis wohlthätigen, christlichen Sinnes die allgemeine Anerkennung gebühre.“

Gearbeitet hatte Fräulein Margarethe noch nie in ihrem Leben, sie wäre erröthet bei dem Gedanken, daß das je geschehen wäre! Das heißt, was die Welt arbeiten nennt, denn unnütze Arbeit zur bloßen Zerstreung hatte auch sie verrichtet, sie hatte ein wenig gestickt, kein wenig gezeichnet, ein wenig geschrieben — wer weiß, was alles, aber sie hatte nie etwas durch Arbeit verdient und das war ihr höchster Stolz!

(Schluß folgt.)

den Verwaltungen der Staats- und Reichs-Eisenbahnen der Fall ist, demselben Chef unterstellt sind, so ist von der preussischen Regierung in Aussicht genommen worden, die anderweitige Festsetzung der Dienstaltersstufen für die Bureaubeamten der Zentralstellen für das neue Etatsjahr nach denselben Grundsätzen wie bei den Reichsbehörden herbeizuführen. —

**Die Postbeamten und das Altersstufensystem.** Auch die „Deutsche Postzeitung“ (Nr. 21 vom 1. November) bringt die Nachricht, daß auf der am 20. Oktober zwischen Vertretern der Reichspostverwaltung und der Reichsfinanzverwaltung abgehaltenen Konferenz beschlossen worden ist, das System der Altersstufen auf die Beamten und Unterbeamten der Postverwaltung zum 1. April 1894 nicht auszubehnen. Es bleibt also alles beim Alten. Mit den Worten: „aufgeklärter Despotismus vermischt mit einigen wohlwollenden Instinkten“ bezeichnete Singer in den Kommissionsberathungen Anfang dieses Jahres das in der Postverwaltung herrschende System und Volksthum sprach von Stagnation. Nun haben wir, mit Rücksicht auf Meloch, der Ueberschüsse der Postverwaltung viel notwendiger gebraucht, als die Subaltern- und Unterbeamten, wird wiederum von einer Reform Abstand genommen, die von den unteren Beamtenklassen zur größeren Sicherung und Stabilisirung ihrer abhängigen und ungewissen Lage dringend verlangt wird. Herr Miquel spielt auf und Herr v. Stephan tanzt, unbefämmert um den Schrei seiner Untergebenen, über den er wie über die Reformvorschlüge der links stehenden Presse mit fouveräner Verachtung hinweggehen zu können glaubt. Ob diese Laubbheit ihm zum Heile gereichen wird, bleibt abzuwarten.

Herr Miquel selbst hat die Direktive ausgegeben, daß alle Vorschläge für den nächsten Etat, welche auf Verbesserung des Dienstverhältnisses der Beamten abzielen, abzulehnen sind und daß die Errichtung neuer etatsmäßiger Stellen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken ist. Uns stimmt es jedes Mal heiter, wenn wir lesen, daß Herr Dr. Paul David Fischer in den Kommissionsitzungen sich deshalb so fürchterlich gegen die Einführung des Altersstufensystems wehrte, weil dadurch die Postbeamten einen Gesamtverlust von über 2 Millionen Mark erleiden würden, und wenn wir jetzt dagegen sehen, daß gerade, weil eine Herabminderung der Ueberschüsse zu befürchten steht, die Einführung unterbleibt. Als ob Herr Miquel sich einen solchen „Ueberschuss“ entgehen lassen würde.

Daß es aber im Fall der Annahme der Militärvorlage so kommen würde, daß die unteren Postbeamten auf Jahre hinaus auf jede Bessergestaltung ihrer Lage, auf Einführung notwendiger Reformen verzichten müßten, das sagten wir in unserem Artikel: „Die Bedeutung der Reichstagswahlen für die unteren Postbeamten“ („Vorwärts“ Nr. 133 vom 9. Juni) schon voraus, und alle diejenigen Postbeamten, die in gänzlicher Verleugnung ihrer Klassenlage am 15. Juni für die Militärvorlage stimmten und in ihrer Verblendung den antisemitischen Lockrufen folgten — halfen die antisemitischen „Volls“vortreter doch die Vorlage durchdrücken — haben jetzt zum Wehklagen gar kein Recht. Ihnen kann man mit H. Meisinger sagen: „Ihr selbst habt es nicht anders gewollt, denn weshalb habt Ihr Euch bei den Wahlen zur bürgerlichen Gesellschaft bekant? Macht doch dem Wolfe keinen Vorwurf daraus, daß er Schafe frißt; hört lieber selber auf, Euch in den Rachen des Wolfes zu werfen“, also Schafe zu sein, die beliebig auf die Waide getrieben werden und im übrigen nur dazu da sind, in möglichst kurzen Zwischenräumen geschoren zu werden. „Es giebt nur eine Partei, die der Belastung des Massenverkehrs einen unbedingamen Widerstand entgegensetzt, und das ist die Sozialdemokratie; wer im vergangenen Sommer seine Stimme nicht für einen sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben hat, der muß es sich jetzt auch gefallen lassen, daß ihm sein Glas Bier oder seine Pfeife Tabak vertheuert wird.“

**Aus dem Reiche des Herrn v. Stephan.** In Nr. 228 des „Vorwärts“ vom 29. September 1892 veröffentlichten wir zugleich mit dem be-rühmt gewordenen Schulse-Erlaß, betreffend die Ausmischung der Post-Unterbeamten, eine Verhandlung, die folgenden Wortlaut hatte:

Berlin, den ..... 1892.  
„Der Post-Hilfsbote N. N. hat sich am .... verheiratet. Dem Genannten ist mittels Verhandlungsschrift, welche zu seinen familiären Personalakten gebracht werden wird, eröffnet worden, daß er auf Unterstüthung aus der Postkasse nicht zu rechnen habe, falls er aus Anlaß seiner Verheirathung vor Erlangung einer gesicherten Lebensstellung in Noth gerathen sollte.“

Postamt Nr.

Wie weit die Fürsorge der Postverwaltung für ihre erbärmlichst bezahlten Untergebenen geht, wie die Behörde bestrebt ist, diese Proletarier sich von den Rockschößen zu schüttele, zeigt dieses Schriftstück auch dem blödesten Auge. Aber es steht außer allem Zweifel, daß, wie uns erst jetzt zu Gesicht kommt, die Behörde garnicht berechtigt ist, von den ständigen Post-Hilfsboten eine derartige Erklärung zu fordern. Denn die Allgemeine Post-Dienstverweigerung schreibt im Abschn. X, Abth. 2 § 229 ausdrücklich vor:

„Die Mittel der Post-Unterstützungskasse (für die im Postetat Zst. 14 800 000 M. ausgeworfen sind) sind vorzugsweise bestimmt:

1. ....  
2. zu Unterstüthungen an im Dienste befindliche nicht etatsmäßig angestellte Unterbeamte.“

Damit ist klar bewiesen, daß erstens für die ständigen Post-Hilfsboten diese abgegebene Erklärung absolut nicht verbindlich ist und daß dieselbe zweitens für die nicht ständigen Post-Hilfsboten nur so lange Gültigkeit hat, als sie sich noch in dem „nicht ständigen“ Dienstverhältnis befinden, daß aber für alle ständigen Post-Hilfsboten (und diese bilden zum großen Theile die „nicht etatsmäßigen Unterbeamten“) ein vollständiges Recht auf Unterstüthung aus der genannten Kasse besteht.

Unsere Post-Unterbeamten werden gut thun, sich dies zu merken. —

**Der Gesetzentwurf über die Handwerkerkammern** soll nicht, wie der über die Handwerkerkammern dem Reichstage, sondern dem Landtage vorgelegt werden. Man scheint mit diesem Entwurfe eine Programmforderung des Bundes der Landwirthe als Entgelt für den deutsch-russischen Handelsvertrag bewilligen zu wollen. Zur Zeit ist man innerhalb der Staatsregierung beschäftigt, durch kommissarische Berathungen zwischen den beteiligten Ressorts die Gesetzesvorlage vorzubereiten. Dabei gilt es zunächst, die Frage zu erledigen, ob die Einrichtung fakultativ oder obligatorisch in Aussicht zu nehmen ist. Demnächst werden auch die Fragen des Besteuerungs- und des Wahlrechts, die in ihrem Zusammenhange nicht unerhebliche Schwierigkeiten bieten, zu erörtern sein. —

**Die „Kreuzzeitung“** kämpft ohne jede Rücksicht auf die Logik und das allgemeine Volksinteresse gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag. In ihrer letzten Nummer bringt sie einen Leitartikel über die handelspolitischen Schwierigkeiten, in welchem sie die Frage aufwirft:



Wo in aller Welt aber liegen die Vortheile der Handelsverträge von 1891?

Zu ihrer Antwort läßt sie eine ganze Reihe von Unternehmern, Interessenten Revue passieren, redet aber kein Wort von den eigentlichen Produzenten, den Arbeitern. Daß diesen, freilich viel zu wenig noch, das Brot verbilligt wurde, scheint ihr ganz gleichgültig, sie vertritt die Interessen des ergebnisreichen Großgrundbesitzes. Der muß nach ihrem Willen gefördert werden, möge das ganze Volk darüber verhungern und verderben. Wir aber, wir vertreten nicht eine kleine Gruppe Reichster, sondern die breiten Schichten des Volkes, wir müssen deshalb mit aller Entschiedenheit für die Aufhebung aller Lebensmittel-Zölle eintreten. —

**Selbstmorde im Heere.** Ueber die Mißhandlungen der Mannschaften unter sich werden der „Kölnischen Volkszeitung“ folgende interessante Mittheilungen gemacht:

Sobald der junge Mann als Rekrut ins Heer eintritt, wird er bei jedem unbewusstigen Zusammentreffen von den Zweis- bzw. Dreijährigen zum Traktiren angesprochen, und wehe dem, der sich dazu nicht herbeiläßt, er hat dann für seine ganze Rekrutenzeit etwas auf dem Kerbholz. Die Dreijährigen gehen bei der Insanterie durch den Fortfall des dritten Jahres befreit, sind dabei die Schlimmsten. Auch bei allen Dienstobliegenheiten muß der Rekrut nach der Ffötte der älteren Mannschaft tanzen, Schmiere, Schuhnägel, Öl und dergleichen Puhfachen muß der Rekrut anschaffen, sonst giebt es vielfach Giebe. Dabei darf er sich nur ja nicht beschweren, sonst geht es ihm noch viel schlimmer; auch werden die Klagen von Seiten der Korporalschaftsführer meistens gar nicht angenommen. Das ganze System ist ein gewisses Erbtheil von einem Jahrgang zum anderen, und die meisten treten mit dem Vorjah in sein zweites Jahr über, es den neu Eintretenden ebenso zu machen, wie es ihnen gemacht worden ist. Man findet sehr oft mehr Furcht vor den älteren Mannschaften, als wie vor den Vorgesetzten. Schreiber dieses kann von sich sagen, daß er während seiner Dienstzeit von keinem Vorgesetzten irgendwie böswillig angerührt, wohl aber von einem Dreijährigen aus oben angegebenerm Grunde mißhandelt worden ist. Es soll damit für die Vorgesetzten keine Gange gebrochen werden, da sie indirekt auch mit Schuld an diesen Mißhandlungen tragen. So wird z. B. von Seiten des Kompagnieführers oder Feldwebels für das Zusammentreten eines einzelnen Mannes häufig Strafe für die ganze Kompagnie angedroht, und bei eingetretenerm Fall bleibt es nicht aus, daß dann die unschuldigen Mannschaften an dem Schuldigen sich rächen. Ist dieser nun gerade noch ein Rekrut, dann wird von allen Seiten draufgehauen, wobei vielfach Stechweifen, Besenstiele und andere harte Gegenstände verwendet werden. Dasselbe ereignet sich auch häufig beim Exerzieren, wo die ganze Mannschaft wegen eines Einzelnen nachexerzieren muß und diesem nachher die üblichen Stöße und Hiebe verfehrt werden. Gegen solches Gebahren müßten die Vorgesetzten mit aller Strenge vorgehen, damit dieses Mißhandeln der Mannschaft unter sich auch ausgerottet werde, selbst aber auch sich bestreben, nur den zu bestrafen, der es verdient hat, und nicht die ganze Mannschaft darunter leiden zu lassen, die dann wieder an den Einzelnen sich rächt. Nur dadurch kann es erreicht werden, daß die Selbstmorde vermindert werden.

Es ist dies eine sehr einseitige Erklärung der hohen Selbstmordziffern im Heere, einige mögen ja auf die von der „Kölnischen Volkszeitung“ angeführten Ursachen zurückzuführen sein. Aber die letzte Ursache für die allermeisten im Heere vorkommenden Selbstmorde bleibt das System des Militarismus, die straffe Disziplin, die starre Scheidung der Chargen, die Unkenntniß der Offiziere über die Verhältnisse der Mannschaften und des Unteroffizier-Korps, soweit sie nicht den Drill berühren. Mit dem Systeme muß auf's gründlichste gebrochen werden. Darum rufen wir stets:

**Nieder mit dem Militarismus!**

**Ausgewiesen** wurde in diesen Tagen aus Elsaß-Lothringen der russische Staatsangehörige Georg Sperling. Man schreibt uns hierüber aus Metz:

Deutschland ist gerettet. Die Wacht am Rhein wankt noch nicht. Dies verdanken wir der Ausweisung des Schneiders Georg Sperling, dem dieser Tage eröffnet wurde, daß er binnen 8 Tagen Elsaß-Lothringen zu verlassen habe. Auf Befragen wurde Herrn Sperling die Mittheilung, daß man in Elsaß-Lothringen keine Gründe über eine Ausweisung anzugeben brauche. Er sei einfach ausgewiesen. In der „Reger Zeitung“ war nun zu lesen, daß Sperling während der Wahlperiode in Wirthschaften gesehen wurde, die von Sozialisten besucht werden, darin sei wohl der Grund der Ausweisung zu suchen.

Wir können nun mittheilen, daß Herr Sperling keinem der in Metz bestehenden sozialistischen Klubs angehörte. Im Monat Juli hatte Sperling bei dem hiesigen Gemeinderath um Naturalisation nachgesucht. Am Sonnabend trafen gleichzeitig mit der Ausweisung auch die zur Naturalisation nöthigen Papiere aus Rußland ein. Wir fragen nun: Wer giebt einer Regierung das Recht, anständige, ruhige Leute von Land zu Land zu hegen, dieselben zu ruiniren und brotlos zu machen. Wer giebt einer Regierung das Recht, einen Mann, der sich während seines fünfjährigen Aufenthalts in Metz durch sein stilles, ruhiges Betragen die Liebe und Achtung seiner Mitmenschen erworben hatte, wie einen Hund zum Thor hinauszuzeigen?

Heutzutage kann man in allen Zeitungen von russischer Tyrannei, von der unseligen Zarenherrschaft, von Verbannung nach Sibirien und dergleichen lesen. Wer die Augen offen hat, wird in Elsaß-Lothringen wohl ein zweites Rußland finden. —

**Auf der Jagd nach dem sozialistischen Bazillus.** Wir erhalten folgendes Schriftstück, das wir mit Bewilligung des Orts und der Namen vollständig zum Abdruck bringen:

—, den 18. Oktober 1893.

Im Hinblick auf die im ganzen zunehmende Zahl von Anhängern der Sozialdemokratie muß die Thätigkeit aller derer, die Kirche, Staat, Gesellschaft, Eigenthum vor drohendem Umsturz zu bewahren helfen wollen, vereint und zielbewußt darauf gerichtet sein, überzeugte Anhänger der Sozialdemokratie oder bloße Mittläufer von den sozialistischen Irrlehren abzubringen, vor allem aber Eindringnisse in bisher unberührte Gegenden und Bevölkerungskreise (wirthschaftlich Schwache, zur Unzufriedenheit Neigende) zu verhindern. —

Zur Befreiung darüber, welche Verhältnisse, Einrichtungen, Maßnahmen, Organisationen jetzt schon der Sozialdemokratie entgegenwirken, sowie über die Frage, wodurch und wie sie von unserem Kreise für die Zukunft ferngehalten werden kann, erlaube ich mir

auf Sonntag, den 22. d. M., 8 Uhr Abends, in die Weinwirtschaft . . . auf dem Markt höflichst mit dem Ersuchen um möglichst bestmögliche Vorläge einzuladen. Der Landrath.

Wir wissen nicht, was der Herr Landrath von — am 22. vorigen Monats in der Weinwirtschaft von — auf dem Markte in — ausgerufen hat; er wird aber in

zwischen die betrübende Entdeckung gemacht haben, daß seine eigenen Standesgenossen (denn er gehört natürlich zu den „Edelsten“) ihm auf das schmachlichste entgegenarbeiten. Wie viel Sozialdemokraten mag zum Beispiel der eine Hannover'sche Gauner und Spielerprozeß geschädigt haben? Wir geben dem Herrn Landrath von — und all' seinen Kollegen, die sich ähnlichen Weinstudien hingeben, den ehrlichen und wohlgemeinten Rath, doch lieber vor der eigenen Thüre zu fegen und einen Verein zur sittlichen und intellektuellen Erziehung und Hebung der oberen und obersten Gesellschaftsklassen zu bilden, und zu bewirken, daß die Brutstätten vornehmlicher Demoralisation, wie sie der Hannover'sche Prozeß enthüllt hat, unterdrückt, und das Gift auf die „feinen“ Kreise beschränkt wird, in die es sich unausrottbar eingegriffen hat und an denen nichts mehr zu verderben und zu verlieren ist. —

**Eine 64-jährige Frau amtlich geprügelt!** Im Hospital von Lommahsch wohnt eine alte Frau von 64 Jahren, die sich ihren Lebensunterhalt dadurch erwirbt, daß sie Kohlen und Wasser fährt und herzutragt. Die alte Frau muß sich manchmal gar tüchtig plagen, um sich durchzuschlagen. Sie hat nun freilich die Gewohnheit, dann und wann einmal einen Schnaps zu trinken. Dabei thut sie manchmal des Guten zuviel und betrinkt sich. So war es auch am 16. Oktober gewesen. Sie hatte den ganzen Tag Kohlen gefahren, und um sich zu erfrischen, hatte sie dem Branntwein zugesprochen und sich einen Rausch geholt. Als sie Abends nach Hause kam, schalt der Aufseher Bachmann in starken Worten über ihren Zustand. Die alte Frau, sie heißt Schröder, blieb die Antwort nicht schuldig und legte sich dann ins Bett. Nicht lange hat sie darin gelegen, da treten Bachmann und seine Frau ans Bett der Alten und bearbeiten den nur mit dem Hemde bekleideten Körper der Frau mit einem Riemen. Noch mehrere Tage darauf zeigte die alte Frau andern Leuten an Arm und Bein die blauen Flecke, die als Spuren der Schläge zurückgeblieben waren. Doch damit nicht genug, zeigte Bachmann die alte Frau Schröder beim Bürgermeister Dr. Jahn an. Dieser verordnete, daß die Frau zehn Stockschläge erhalten solle. Von der eigenmächtigen Mißhandlung durch den Aufseher wußte er nichts. Donnerstag, den 19. Oktober, wurde die alte Frau Schröder aufs Rathhaus bestellt. Von hier aus brachte der Wachtmeister sie wieder ins Hospital, wo im Beisein des Arztes Dr. Naumann jun. der Akt vollzogen wurde. Die alte Frau mußte sich über eine Planke legen, und der Aufseher Bachmann, eine herkulische Gestalt, hat ihr die Hiebe aufgebracht. Nach Beendigung der würdigen Kulturthat hat Dr. Naumann erklärt, es habe der Frau nichts geschadet. Der Wachtmeister hat dann das Mütterchen gewarnt, sie möge ja von dieser Bestrafung niemandem etwas sagen, sonst könnte es ihr noch schlechter gehen. Auch Bachmann hat ihr eine ähnliche drohende Verwarnung gegeben. Die alte Frau hat es auch nur ungern erzählt, und nur, nachdem das Gerücht von dem ungläublichen Vorkommnisse auf andere Weise in die Öffentlichkeit gedrungen war. An der Thatsächlichkeit des Vorfalles kann nicht gezweifelt werden, denn der Sohn der alten Schröder hat mit dem Bürgermeister Jahn darüber gesprochen, und dieser hat zugestanden, daß er zwar von der Prügelei durch das Bachmann'sche Ehepaar nichts gemerkt habe, daß er aber die Anzahlung der zehn Stockschläge selbst anbehalten habe, weil die Frau „unverbessert“ sei. Dr. Jahn hat zugegeben, daß Frau Schröder eine gute und tüchtige Arbeiterin ist, wenn sie sich nicht betrunken hat. — Jedes Wort der Kritik über das Vorkommniß würde die nackte Thatsache abkürzen. Es genügt, nochmals zu sagen: Im Königreich Sachsen hat im Jahre 1893 eine 64-jährige Frau, aus keinem anderen Grunde, weil sie manchmal ein Schnäpschen zuviel trinkt, auf Befehl eines Bürgermeisters und im Beisein eines Arztes, zehn Stockschläge amtlich aufgezählt erhalten.

**Internationale Solidarität.** Das gestern erwähnte Schreiben des sozialistisch-revolutionären Bundes des VI. Pariser Arrondissements (Arbeiterpartei — Parti ouvrier) hat folgenden Wortlaut:

An die auf dem Kölner Kongresse versammelten deutschen Sozialisten.

Werthe Genossen!

Wir sind überzeugt, daß Euer diesjähriger Parteitag von großer Bedeutung für die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands sein wird, welche wie die unsrige die vollständige Umgestaltung der Gesellschaftsordnung anstrebt.

Die wichtigsten Fragen Eurer Tagesordnung erlauben uns nicht daran zu zweifeln, daß Ihr, von dem Geiste der Marx, Lassalle und Engels befeuert, eine vollkommene Lösung derselben im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus finden werdet, dessen Bedeutung von Tag zu Tag überall mehr anerkannt wird.

Eure Beschlüsse interessieren das Proletariat aller Länder, wo die sogenannte Zivilisation der Bourgeoisie herrscht. Denn seit Austritten des modernen Kapitalismus auf der Wildfläche der Weltgeschichte hat der Klassenkampf in allen Ländern überall die gleiche Gestalt angenommen.

Überall muß die Befreiung des Volkes eine Folge der Befreiung der Staatsgewalt zur Herbeiführung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sein oder wie Friedrich Engels in seiner Antwort auf Dühring gesagt hat, die Herrschaft der Personen wird Platz machen der Verwaltung durch die Klassen zum Zwecke der Weiterführung der Produktion. Durch die Solidarität der Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechtes, der Abstammung und der Nationalität wird die Arbeiterpartei die herrschenden Klassen überwinden, die auch fest zueinander stehen zur Erhaltung der Ausbeutung.

Die Nothwendigkeit des Internationalismus drängt sich uns infolge der Anwesenheit der Abgeordneten des Zaren, des Verfolgers und Mörders der heroischen Nihilisten Rußlands, doppelt auf. Wir waren Augenzeugen wahrer Drogen des Chauvinismus und des Seruitismus, die unwürdig sind einer Republik, welche von Natur aus die unverföhnliche Feindin der sozialistischen Varderei sein sollte.

Zu Erwägung all' dessen beschloßen wir, Euch, werthe Genossen, brüderlichen Gruß über die Grenzen zu senden, in der Erwartung, daß uns die Beschlüsse des Kongresses von Köln dem gemeinsamen Triumphe über den Kapitalismus näher bringen werden.

Krieg dem Militarismus und den stehenden Heeren!  
Es lebe die internationale Vereinigung der Arbeiter!  
Es lebe die soziale Revolution!

Für die sozialistisch-revolutionäre Union der Arbeiterpartei des VI. Arrondissements.  
E. Museux, Sekretär.

**Bravo französische Arbeiter!** Die Pariser Arbeiterbörse hat alle ihre Mitglieder, die sich an dem russischen Empfangsbummel im Stadthaus und in der Großen Oper beteiligten, als unwürdig ausgeschlossen. Das ist recht. Ein Chauvinist kann kein Sozialist sein und gehört nicht unter ehrliche Arbeiter. Sein Platz ist in der korrupten Bourgeoisgesellschaft von Speculanten, Ausbeutern, Industriekrittern, Panamisten, Spielern und sonstigem Parasitenzeug, das, um sich zu erhalten, aus der Verheerung der Klassen und Völker ein Geschäft machen muß.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß die Berichte über die Begeisterung, mit der die russischen Farenknechte in Frankreich empfangen sein sollten, absichtliche oder gedankenlose Uebertreibungen waren. Das Volk hat sich überall fern gehalten. Das Heer des vornehmen und niederen Pöbels, das zu Hinrichtungen, Prunfseien, Wettrennen und Schaustellungen jeder Art rennt, überall nur auf niedersten Sinnenspiele und Profit bedacht, und liberal, in allen Ländern der Erde gleich gemein ist, vor jedem Gehen sich auf den Bauch wirt, den heute mit Füßen tritt, vor welchen es gestern gekrochen — diese vile multitude — dieser gesinnungslose Haufe — war's, der die betrunkenen Heloten „Väterchens“ anpöchte. Und „die Damen von Paris“, die sie umtanzen und umhüpfen, war dasselbe Weibspad, das 1814 und 1815 in Paris, neben den Kosacken auch den deutschen, österreichischen und englischen „Siegern“ sich an den Hals warf und — ihnen die Taschen leerte unter dem Auf, den Veranger in einem seiner schönsten Lieder verherrlicht hat: vivent nos amis les ennemis — es leben unsere Freunde — die Feinde!

Die französischen Arbeiter haben wieder einmal die Ehre der Republik und des Vaterlands gerettet.  
Nochmals Bravo! —

**„Das Verbrechen von Giverny“** — so heißt das Dorf bei Rivin wo die französische Gendarmerie den letzten Arbeitermord beging — wird, wie wir voraussetzten, Herrn Dupuy ebenso verhängnißvoll werden, wie dem Constans der Mord von Journées. Und ein Mord war's in des Wortes vollster Bedeutung. Durch die brutalen Maßregeln der Gruben-Gesellschaft war ein kleiner Aufruhr entstanden — man zankte sich mit den Gendarmen, schrie und einige warfen auch Steine — doch es war nicht ernsthaft; niemand wurde verletzt. Die Gendarmen feuerten, ohne daß sie bedroht waren; und der Getödtete ist ein junger Müllergehilfe, Namens P'herbiez, der mit dem Streik und dem Tumult gar nichts zu thun hatte. Daß die Schäfte nicht in berechtigter Selbstverteidigung abgegeben wurden, wird durch die anwesenden Journalisten und andere unverdächtige Zeugen festgestellt. Das sind Dinge, in denen die Franzosen keinen Spas verstehen, und ob ein paar Hundert und Tausend gemeldet wurden oder nur ein unschuldiger Arbeiter — die Wirkung der That ist gleich groß und die Erregung ist schon weit über die Arbeiterkreise hinausgedrungen in die Kreise des radikalen Bürgerthums. Die Sprache der „Justice“ ist genau dieselbe wie die der „Petite République“ und der radikalsten Sozialistenblätter. Die Sache wird sofort nach dem Zusammentritt der Kammer in Form einer Interpellation zur Sprache kommen. Inzwischen fordert Clemenceau ein „Schiedsgericht der öffentlichen Meinung“ zur Beilegung des Streiks in den Norddepartements. Er meint, das Syndikat der Pariser Presse solle die Angelegenheit in die Hand nehmen — eine Erwartung, in der er sich allerdings getäuscht finden wird, denn ein großer Theil der Zeitungen steht auf Seite der Grubenbesitzer. —

**Das Syndikat der vereinigten französischen Bergarbeiter hat gestern die Fortsetzung des Kohlenstreikes beschlossen.** —

**Belgien.** Ein Telegramm des Herold-Bureaus meldet:

Brüssel, 8. November. Gestern tagte hier ein Kongreß revolutionärer und Sozialisten. Es wurde eine Propaganda auf dem Lande und in der Armee beraten. Gleichzeitig wurde ein Tadel gegen den Züricher Kongreß ausgesprochen, welcher den Soldaten den Rath erteilte, im Kriegsfall ihren Vorgesetzten gehorham zu sein.

Das Telegramm ist unzweifelhaft verlogen. Wir wissen im Augenblick nichts von einem derartigen Kongreß. Wenn einer stattfand und „Sozialisten“ darauf waren, dann ist ein so blödsinniger Tadel gegen den Züricher Kongreß sicher nicht ausgesprochen worden. Waren aber bloß „Revolutionäre“ von der „unabhängigen“ Kourier da, so war es kein „Kongreß“, sondern eine Winkelversammlung, und es war nicht der Mühe werth, daß der Telegraph über die Kinderei berichtete. —

**Das englische Parlament ist seit gestern wieder versammelt.** Ein Telegramm meldet über die erste Sitzung des Unterhauses:

Der Präsident der Lokalverwaltung, Fowler, beantragte die zweite Lesung der Vorlage betreffend die Errichtung von Distrikts- und Kirchspielräthen in England und Wales und erklärte, die Regierung beabsichtige, die Gruppierung der Kirchspiele elastischer, als in der Bill vorgesehen, zu gestalten, und wies den Vorwurf zurück, daß die Bill einen Angriff auf das Kirchengut und auf die konfessionellen Schulen enthalte. Wenn die Bill über diese Punkte unklar sein sollte, so sei er bereit, sie zu amendiren. Den Theil der Bill, welcher die Errichtung von Distriktsräthen bezwecke, könne die Regierung nicht aufgeben, sie sei jedoch im übrigen bereit, etwaige Amendements zu erwägen.

Ferner soll das Gastpflichtgesetz durchgeprüft werden. Ob die Regierung ihr ganzes Programm zur Gewinnung von Stimmen für die bevorstehenden Neuwahlen wird einhalten können, hängt von dem Erfolg der Agitation ab, welche die Gegner der Homerule-Bill mit wachsendem Eifer im Lande betreiben. Jedenfalls liegt der Schwerpunkt der englischen Politik jetzt außerhalb des Parlaments. —

Die kritische Lage der Regierung kennzeichnet sich in der Thatsache, daß bei den vorgestrigen Gemeindevahlen in England und Wales, wie ein Telegramm von heute besagt, die Liberalen gegenüber den Konservativen und Unionisten eine schwere Niederlage erlitten haben und zwar hauptsächlich infolge des gesonderten Vorgehens der Arbeiter, die sich nicht mehr an liberalen Parteinestel führen lassen. Das bedeutet Herrn Gladstone nichts Gutes für die Kraftprobe der kommende Parliamentswahlen. —

**In Madrid** hat gestern eine republikanische Sympathie-Demonstration vor der französischen Gesandtschaft stattgefunden. Ein Theil der französischen Presse hat sich, anlässlich der Vorgänge in Marokko, den Spaniern sehr freundlich geäußert — aus „Bosheit“ gegen die Engländer. Das wird jetzt von den spanischen Republikanern, die stets auf Frankreich rechneten, ausgenützt, ist aber begreiflicherweise der Regierung nicht angenehm, welche die Demonstration zu verhindern suchte und zahlreiche Verhaftungen vornehmen ließ. Es soll sogar Blut geflossen sein. —



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Sonnabend, den 4. November.  
**Opernhaus.** Nora. Die Puppenfee. Cavalleria rusticana.  
**Schauspielhaus.** Vom landwirtschaftlichen Walle. Militärkomm.  
**Deutsches Theater.** Die Geschwister Gladiolo.  
**Berliner Theater.** Chic.  
**Festung-Theater.** Arme Maria!  
**Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.** Freund Felix.  
**Kessels-Theater.** System Ribadier. Vorher: Illusionen.  
**Wallner-Theater.** Elite-Vorstellung. Neues Theater. Jugend.  
**Central-Theater.** Berliner Vollblut.  
**Adolph Ernst-Theater.** Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.  
**Viktoria-Theater.** Die sieben Raben.  
**Alexanderplatz-Theater.** Budel-Hans.  
**National-Theater.** Lehmann auf der Welt-Ausstellung in Chicago. Vorher: Die guten Plinten.  
**Wintergarten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 192.  
**Doppelvorstellung zu einst. Preisen.** Sensationelle Novität!  
**Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.**  
 Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Eugen Brudens. Kouplets v. Lindere. Musik von Adolph Wiedede. Regie: Max Samst.  
 Vorher:  
**Die guten Plinten oder: Hiesig in der Tauskunde.**  
 Posse in 1 Akt von H. J. Anders. Musik von verschiedenen Komponisten. Regie: Max Samst.  
**Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.** Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
 Sonntag, den 5. November, Mittags 12 Uhr: **Vollvorstellung: Matinee** zu ermäßigten Preisen:  
**Das Meeres und der Liebe Wellen.**  
 oder:  
**Hero und Leander.**  
 Trauerspiel in 5 Akten v. Grillparzer.

### Central-Theater.

Alle Jakobstraße 30.  
**Leht's Woch.**  
**Berliner Vollblut.**  
 Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten. In Vorbereitung:  
**Die eiserne Jungfrau.**

### Adolph Ernst - Theater.

**Charley's Tante.**  
 Schwanke in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher:  
**Die Bajazzi.**  
 Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Wallner - Theater.

**Gastspiel-Cyclus** des **Eden-Theaters**  
 Direction: B. Schenk.  
**Sonnabend, Abends 7 1/2 Uhr: Elite-Vorstellung.**  
**Die Wunder und Märchen des Weltalls.** Die moderne Ephyng. Blumengarten d. Paradieses. Teufels-septennat. Eine Reise durch d. Un-mögliche, groß. Potpourri. Die räthsel-hafte Luftwandlerin Miss Edith. Im Reich der Schatten, hochkomische Szenen. Exkursionen vermittelst Blitzzug um die Erde. Prof. Schalken-bach's weltber. elektr. Orchester.  
**Der Diamanten-Palast.**  
 Hydraulische Ferris. Tableau vivant. Gigantic fairy fontains.  
 Dekorationen aus dem Atelier des kaiserl. Marien-Theaters in St. Petersburg u. Webr. v. Cassel, Bremen.  
**Parquet & Mh. u. j. w.**  
 Sonntag Nachm. 3 1/2 Uhr, Vorstell. zu kleinen Preisen. Programm so reichhaltig wie Abends.

Heute, Sonnabend, ladet zur frischen Wurst ganz ergebenst ein  
**H. Dorn, Archstr. 8.**

## Castan's Panopticum.

Neue Gruppe:  
**Inverhoffer Besuch**  
 in  
**Castan's Atelier.**



### Passage-Panopticum.

Nur noch kurze Zeit:  
**Der blaue Mann.**  
**Die Abenddame.**  
 11-1 Uhr. 4-9 Uhr.

### Präuser's MUSEUM

anatomisches Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße.  
**Viel Neues,** darunter der Schußkanal der Kugeln des deutschen Militärs, fünf Körper gehend durch geöffnet von früh 9-10 Uhr Abends für erwachsene Herren.  
**Dienstag u. Freitag: Damentag.**  
 Entree 50 Pfg.

### American-Theater.

Nou! Zwerchschlösserschütternd! Nou!  
**Die Gründung Roms**  
 in der Mörderstraße,  
 oder:  
**Die Rache**  
 des **Gänserichs.**  
 Hochkom. Burleske von Oscar Wagner. Parodie! Uki! Humor!  
**Mittw. sämtl. Spezialitäten.**  
 Anf. Abtg. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 1/2 Uhr.

### Alcazar.

Dresdenstr. 52/53 (City-Pass.)  
**Miss Nessi,**  
 die schönste Taubentänzerin der Welt tritt Abends 9 1/2 Uhr auf.  
**Abends 9 Uhr:**  
**Der naturförmige Bendig.**  
 Neu! Hierauf: **Men!**  
**Eine alltägliche Geschichte.**  
 Charakterbild m. Gesang i. 1 Akt  
 Anfang: | **Wochentags 7 1/2 Uhr.**  
 Sonntags 5 1/2 Uhr.  
 Entree Wochentags 15 Pf. R. Winkler.

### Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexanderplatz.  
**Täglich: Grosse Spezialitäten-Vorstellung**  
 von nur Künstlern 1. Ranges:  
 Bernhard Leitner, Athlet-Preis-ringer. Sbarogulap, indischer Jongleur. Brother Barotti, Kopf-Gaullibrift. Frls. Glaser, Duet-tistinnen. Herren Cordes und Klerath, Gesangs-Humoristen. Fratelli Bozza, italien. musical. Steinseher.  
**Kasseneröffnung: Sonntags 5 Uhr,**  
 Anfang 6 Uhr; **Wochentags 7 Uhr,**  
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. A. Zimmermann.

### Sanssouci, Kottbusstr. 4a.

Morgen, Sonntag:  
**Stettiner Sänger.**  
 Anfang 7 Uhr.  
 Zum Schluss:  
 Der grobe Gottlieb u. der sanfte Heinrich.  
 Ensemble von Reysel.  
**Entree 50 Pf.**

### Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz.  
 Täglich: **Gr. Instrumental-Konzert.**  
**Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.**  
 Spezial-Ausgang von **Vahnenhofer Lagerbier,** hell und dunkel.  
 An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurations-räumen, Entree 10 Pf. Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf. statt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.  
 Empfehle Genossen m. Restauration, Vereinsg. J. Lenz, Alte Jakobstr. 69.

**Todes-Anzeige.** 2999b  
 Freunden und Bekannten hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege **Karl Otto** am 1. November gestorben ist. Die Beerdigung findet am 5. November, Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Artilleriestr. 23, aus nach dem Sophien-Friedhof in der Bergstraße statt.  
 Die Arbeiter der **Bechstein'schen Hof-Piano-Fabrik.**

### General-Versammlung der Gelbgiesser Berlins

der Vertreter für die Mitglieder der Orts-Krankenkasse  
 findet am Sonntag, den 12. November, Vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **W. Frädrich,** Alte Jakobstraße 89, statt.  
**Tages-Ordnung:** 1. Beschlußfassung über eine Erweiterung der Fürsorge für geschlechtlich erkrankte Kassemittglieder, beziehungsweise diesbezügliche Abänderung des Statuts. 2. Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres. 3. Vornahme der erforderlichen Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes.  
 Berlin, den 8. November 1893.  
**Der Vorstand.** 2994b

### Orts-Krankenkasse der Buchbinder etc.

**General-Versammlung**  
 am Montag, den 13. November, Abends 8 Uhr, Oranienstraße 170.  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Verlesung des Protokolls. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Wahl des Kassirers. 4. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahres-Rechnung pro 1893. 5. Verschiedene Kassemittglieder. **Der Vorstand.** 119/20 G. Hoffmann.

### Orts-Krankenkasse der Messerschmiede etc.

**Generalversammlung**  
 am Sonnabend, den 11. Nov., Abends 8 1/2 Uhr,  
 bei **Kanarisstr., Rosenthalerstraße 57.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Wahl von drei Ausschussmitgliedern zur Abnahme der Jahresrechnung. 2. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern und zwar eines aus der Mitte der Arbeitgeber und zwei aus der Mitte der Kassemittglieder. 3. Wahl eines Kassirers. 4. Beschlußfassung über den § 14 Abs. 3 und über Mahngeldgebühren, sowie Strafbestimmungen über Krankenkontrolle. 5. Verschiedenes. Stimmberechtigte Arbeitgeber sind hiermit eingeladen.  
**Der Vorstand.** 2997b

### Achtung, Former!

Am Sonntag, den 5. November, Abends 8 Uhr, findet **Gipsstr. 3** eine **Versammlung des Vergnügungsvereins der Former** statt. — Der Mittagszähltag der Kasse fällt aus und findet dort Abends statt. Der wichtigen Tagesordnung halber ersucht um rege Beteiligung  
**Der Vorstand.** 2991b

### Achtung, Former!

Am Sonntag, den 5. November, Abends 8 Uhr, findet **Gipsstr. 3** eine **Versammlung des Vergnügungsvereins der Former** statt. — Der Mittagszähltag der Kasse fällt aus und findet dort Abends statt. Der wichtigen Tagesordnung halber ersucht um rege Beteiligung  
**Der Vorstand.** J. A.: Alb. Neues.

### Freireligiöse Gemeinde.

Sonntag, Vormittags 10 1/2 Uhr,  
**Rosenthalerstraße 38:**  
**Vortrag**  
 von Herrn **Dr. Bruno Wille:**  
**Nachwirkungen der religiösen Herrschaft.**  
 Gäste sind sehr willkommen. [417/10]

### Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. j. w.

**Örtliche Verwaltung Berlin E. Mitglieder-Versammlung.**  
 am Sonntag, 5. Nov., Vorm. 10 Uhr, im Lokale von Wilke, Hochstr. 92a.  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1893. 2. Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch legitimirt.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
**Die Ortsverwaltung.** 2977b

### Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. j. w.

**Örtliche Verwaltung Berlin E. Mitglieder-Versammlung**  
 am Sonntag, 5. Nov., Vorm. 10 Uhr, Dresdenerstr. 45 (Dresdener Garten).  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1893. 2. Verschiedene Kassemittglieder. 301/10 **Die Ortsverwaltung.**

### G. Brochnow's Festsäle

39. Sebastianstraße 39.  
 Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Sonnabend großer Ball. Empfehle meine Säle zu allen **Festlichkeiten u. Versammlungen.** 4675b

## Achtung! Achtung!

Sonntag, den 5. November, Vormittags 10 Uhr, in den **Konfordia-Festsälen, Andreasstraße 64:**  
**Große öffentliche Volksversammlung.**

**Tages-Ordnung:**  
 Fortsetzung der Diskussion über: „**Christenthum und Sozialdemokratie.**“ Einleitung: **Th. v. Wächter.**  
**Herr v. Egidy** ist gleichfalls eingeladen.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
**Der Einberufer: Otto Näther, Anklamerstr. 44.**

### Öffentliche Kommunalwähler-Versammlung

für den 13. Wahlbezirk  
 Sonntag, den 5. November 1893, Vormittags 10 Uhr, in **Hoffmann's Festsälen, Oranienstr. 180.**  
**Tages-Ordnung:** 1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent: **Stadtverordneter Frh. Jubel.** 2. Diskussion.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Das Wahlkomitee.**

### Öffentliche Wähler-Versammlung

für den 9. Kommunal-Wahlbezirk  
 am Sonntag, den 5. November, Vormittags 11 Uhr, im **Saale des Herrn Köhler, Möckernstraße 117.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Die bevorstehenden Kommunalwahlen. Referent: **Genosse Fritz Zubell.** 2. Diskussion.  
 Es ist Pflicht eines jeden Wählers in dieser Versammlung zu erscheinen.  
**Das Wahlkomitee.**

### Große öffentliche Versammlung

aller in **Buchbindereien, Album-, Karton-, Leder- und Galanteriewaren-, Leinwandpapier- und Papierfabriken** beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen  
 am Montag, den 6. November 1893, Abends 8 1/2 Uhr, im **Concerthaus Sanssouci, Kottbusstr. 4a.**  
**Tages-Ordnung:** 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herrn **Robert Schmidt** über: „**Die Frage der Gewerkschafts-Organisation auf dem Parterre zu Köln.**“ 2. Diskussion. 3. **Der Streik der Wiener Federgalanterie-Arbeiter.** Referent: **Kollege J. Pech** aus Wien. (Die Hausarbeiter werden hierauf besonders aufmerksam gemacht.) 4. Berufsangelegenheiten und Verschiedenes.  
**Der Einberufer.**

### Gauverein Berliner Bildhauer.

Sonnabend, den 11. November 1893, im **Konzerthaus Sanssouci, Kottbusstr. Nr. 4a:**  
**Herbst-Fest.**  
 Für ein reichhaltiges Programm ist Sorge getragen; besonders hervorzuheben ist die Aufführung: „**Die Hafenschenke.**“  
 Eintrittspreis 30 Pf. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Eröffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr Abends.  
 Billets sind im Vereinslokal, Annenstr. 16, in den mit Plakaten belegten Geschäften und bei den Kollegen **Otto Meyer, N. Streligerstraße 23** und **Carl Stöcker, SO. Waldemarstr. 65, 2 Tr.,** zu haben.  
 Um rege Beteiligung bittet  
**Der Vorstand.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht!  
 Der Verwalter **Carl Stöcker** ist vom 13. November et. ab an Wochentagen von 12-1 Uhr Mittags, Waldemarstraße 65, II, dagegen von 7-8 Uhr Abends und Sonntags von 10-12 Uhr Mittags im **Restaurant Ehrenberg, Annenstr. 16,** zu sprechen.

### Möbelpolierer!

Morgen, Sonntag, den 5. November, Nachm. 1/2 Uhr, in **Weissensee** beim **Pfeifenmüller, Königs-Chaussee 38:**  
**Öffentliche Versammlung der Möbelpolierer.**  
**Tages-Ordnung:** 1. Vortrag über die Vernichtung des Kleingewerbes und des Handwerks durch das Großkapital und der Werth der Arbeiterorganisationen. Ref.: **Kollege G. Kurth.** 2. Beschluß über Errichtung einer Zählstelle in Weissensee.  
 Montag, den 6. November, Abends 8 1/2 Uhr, im **Clubhaus Südst., Waldemarstraße 75:**  
**Wander-Versammlung für Südost und Nordost.**  
**Tages-Ordnung:** 1. Vortrag. 2. Wahl einer Werkstätten-Kommission. 3. Verschiedenes. — Flugblätter und Einladungen zu den Versammlungen sind zur weitesten Verbreitung heute Abend in den Zählstellen abzuholen. Um rege Beteiligung ersucht  
**J. A.: Robert Weber, NO., Fiederstr. 6.**

### Berein der Maschinisten und Heizer

Berlin.  
 Sonntag, den 5. November, Nachmittags 5 Uhr,  
 im **Schultheiß-Brauerei-Ausgang, Neue Jakobstraße Nr. 24-25:**  
**Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:** 1. Vortrag. 2. Verschiedenes. 298/1  
 Die Mitglieder werden ersucht pünktlich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

### Freie Volksbühne.

Am Sonntag, den 5. November, Nachmittags 3 Uhr, findet für **V. Abtheilung** eine Vorstellung im **National-Theater** statt. Zur Aufführung gelangt  
**Uriel Acosta.**  
 Trauerspiel in fünf Akten von **Karl Gutzkow.**  
 Uriel: **Konrad Kaufmann.**  
 Die Verlosung beginnt am 2 Uhr.  
 Mitglieder zur **V. Abtheilung** werden in allen Zählstellen aufgenommen. Den Mitgliedern der anderen Abtheilungen steht es frei, gegen Nachzahlung von 60 Pf. die Vorstellung noch einmal zu besuchen. Die Mitglieder werden gebeten, von dieser Freiheit Gebrauch zu machen.  
 Für die **V. Abtheilung** findet am selben Tage, Nachmittags 2 1/2 Uhr, eine Vorstellung im **Festung-Theater** statt. Beginn der Verlosung 1 1/2 Uhr.  
**Der Vorstand der Freien Volksbühne.** 398/1b  
**J. A.: Julius Türk, SW. Solmsstraße 24.**

### Echt Stonsdorfer Likör

4 Liter 1,20, 5 Liter 1,50, 10 Liter 1,80, 50 Liter 47,50, 100 Liter 90,—,  
**Eugen Neumann & Co.**  
 6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8



# 1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 260.

Sonnabend, den 4. November 1893.

10. Jahrg.

## Aus dem bayerischen Landtage.

Die Genossen Vollmar und Grillenberger sind im bayerischen Landtage unermüdet thätig in der Vertretung unseres Standpunktes. Wir bedauern sehr, über die Reden unserer Genossen so ausführlich, als sie es verdienen würden, nicht berichten zu können. Wir wollen aber wenigstens einige Stellen aus den Reden unserer Abgeordneten zum Abdruck bringen.

Vollmar sagte:

Die sogenannte Sozialgesetzgebung der letzten Jahre fällt zweifellos in das Gebiet des Reichstages. Dort werden die großen Kämpfe ausgekämpft, während wir uns in den Landtagen wesentlich nur mit der arbeiterfreundlichen oder arbeiterfeindlichen Ausführung dieser Gesetze zu befassen haben. Das ist die elementarste Frage. Die Antwort darauf kann nur lauten, daß es mit dem Arbeiterschutz und mit der Arbeiterorganisation schlecht genug aussieht. Es heißt immer: „Es ist ja schon so viel geschehen für die Arbeiter.“ Ja, wenn man es nach dem Punde der Gesetzgebungskosten wiegt, dann freilich ist schon viel geschehen. Ja, wenn das geschehen wäre, was in den kaiserlichen Wahlerlassen vor drei Jahren Alles versprochen wurde, dann wäre freilich schon recht viel geschehen. So aber müßten wir es erleben, daß die Zustände in den Werken des Herrn von Stumm als „muster-gültige“ hingestellt wurden. Was an den Arbeiterbeschwerden noch das Beste ist, das ist die Sonntagstraße. Und wie hat sich diese ausgewachsen! Hunderttausende von Unternehmern sind damit beschäftigt, dieses Gesetz auf alle mögliche Art und Weise zu umgehen und zu beseitigen, und die Regierungen helfen bereitwillig dazu und darunter namentlich die bayerische und gerade in Oberbayern. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß, nachdem die sogenannten Arbeiterschutzgesetze so geringfügiger Art sind, wir wenigstens das Eine verlangen müssen, daß diese unzulänglichen Gesetze so weit als irgend möglich zur Durchführung gelangen, namentlich auch bei privaten Verkehrsunternehmen, denen bei der Konzeptionsarbeit die strengste Beachtung dieser Schutzgesetze auferlegt werden muß.

Die Rechte der Fabrikinspektoren müssen weit über das bisherige Maß ausgedehnt werden, wenn wirkliche Resultate erzielt werden sollen. Das Institut muß auch innerlich vollständig umgestaltet und dem Beamten die Erhebungsbefugnis erteilt werden. Wenn die auf dem Papier vorhandene Rechtsgleichheit zwischen Unternehmer und Arbeiter in die Wirklichkeit überführt werden soll, dann ist den Fabrikinspektoren die Verschärfung aufzuerlegen, sich nicht nur mit den Berufsverbänden der Unternehmer, sondern auch mit den Arbeitervertretungen ins Benehmen zu setzen. Es wäre sehr erfreulich, wenn der Minister des Innern dahin wirken würde, daß auch die bayerischen Fabrikinspektorate gleich muster-haft würden, wie es die württembergischen und badischen bereits geworden sind. Anstatt die Arbeiter-Fachvereine zu schikanieren, sollte man sie eher unterstützen und fördern, da sie das Bedürfnis nach systematischer Organisation befunden.

Daß die Ausführung der Versicherungs-gesetze eine schlechte war, das beweist die Agitation gegen dieselben gerade durch die Parteien, welche feinerseit für dieselben gestimmt haben. Nachdem aber die Versicherungs-gesetze einmal bestehen, so können dieselben nicht wieder beseitigt werden; dagegen kann eine Verbesserung dadurch herbeigeführt werden, daß man die bureaukratischen und kapitalistischen Auswüchse beseitigt und die Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung in eine Versicherung zusammenwirft, damit dadurch die unersetzten Verwaltungskosten bedeutend verringert werden und den versicherten Arbeitern mehr geboten werden kann.

In bekannten Kreisen hat man sich bereits daran gewöhnt, unsere schwimmende Flotte als altes Eisen zu bezeichnen, und man will dafür neue große Schlachtschiffe bauen lassen, von denen ein einziges Schiff auf 18—20 Millionen zu stehen kommt. Außerdem müssen die Herren Finanzminister doch endlich auch noch an das Bezahlen der Schulden gehen. So ist auch im Jahre 1878 während der Wahlbewegung viel von einem Bedarf von 300 Millionen für die damalige Steuerreform gesprochen worden. Tamallos hatten wir noch ein Stück „eiserner“ Zeit und es wurden gegen diejenigen, welche den Bedarf von 300 Millionen als feststehend bezeichneten, Anlagen erhoben und dieselben auch verurteilt. Und was hat sich später herausgestellt? Daß der Bedarf um sehr viel mehr als 300 Millionen betrug. Man will eben große Neuforderungen nicht gleich von Anfang an in ihrer ganzen schrecklichen Gestalt zeigen.

Der Herr Finanzminister hat erklärt: „Bei Durchführung der Projekte wird das Reich noch große Summen an die Einzelstaaten hinaus zahlen und darin liegt doch eine Entlastung der Einzelstaaten.“ Ich weiß nicht, ob der Minister meint, daß das Reich uns das Geld schenkt? (Heiterkeit.) Unsere Steuerzahler müssen doch das Geld zuerst anbringen. Deshalb werden wir uns ganz entschieden gegen die indirekten Steuern und namentlich gegen die gegenwärtigen Projekte. Solange das indirekte Steuersystem besteht, werden immer neue Steuern erfunden, bis man, wie im alten Rom, zu einer Luftsteuer kommt. Wir sind jetzt auf dem direktesten Weg zum Tabakmonopol. Ich kann daher die offiziös gemeldete „erfreuliche Uebereinstimmung der Finanzminister“ keineswegs erfreulich finden. Die Regierung soll doch lieber zuerst die Schnapsliebhaberei heranziehen. Weiter werden wir auf dem Standpunkt, daß alle Steuern auf direktem Wege aufgebracht werden sollen. Lieber erhöhe man die Matrikularbeiträge. Das hat noch einen Vorteil. Dann können die Wähler genau berechnen, was ihnen die Militär- und Reichsherrlichkeit kostet. Wir sind ferner die abgegangenen Feinde der jetzigen Ueberschuldwirtschaft. Das Bild unserer Finanzen ist nicht sehr günstig, aber immerhin nicht so, daß man bei niederen Bediensteten, bei Lehrern und so weiter sparen muß.

Auch im Departement des Innern herrscht das bureaukratische Wesen vor. Namentlich in bezug auf die Arbeiterbewegung! Der alte absolutistische Geist, gewisse nicht vergangene Praxen den Sozialisten gegenüber wirken hier zusammen in oft merkwürdiger Weise. Ich erinnere nur an die Behandlung der Fachvereine, an die vollständig ungelegliche Unterdrückung des Rechtes der Frauen, an öffentlichen Versammlungen Theil zu nehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren! Die Frauenarbeit nimmt immer größere Dimensionen an und es haben deshalb die Frauen ein Interesse daran, ihre Kraft möglichst theuer zu verkaufen. Deshalb müssen sie an den Versammlungen Theil nehmen können. Es giebt auch in Bayern einen Theil, wo ihnen die Theilnahme an Versammlungen gestattet ist. Hier in München, meine Herren, nicht! Und gerade im Frühjahr hat der Oberste Gerichtshof des Landes ein Urtheil erlassen, in dem festgestellt worden war, daß die Frauen das Recht haben, an allgemeinen öffentlichen Versammlungen Theilzunehmen. Die hiesige Polizei aber setzt sich über dieses richterliche Urtheil hinweg und verbietet's! Ich erinnere ferner an die oft geradewegig lächerliche Plakat-Zensur. Man kann ein Plakat nicht so abfassen, wie man will. Die Polizei streicht wie ein vormärzlicher Zensur darinnen herum. Das ist oft lächerlich! Ich habe selbst ein Plakat geschrieben. Nun kenne ich die Polizei und ich habe

mich sehr gehütet. Und so sind mir nur drei Worte gestrichen worden, während den Antisemiten, dem Zentrum ganze Sätze gestrichen wurden. Da habe ich auf meinem Plakat geschrieben gehabt: „Wer nach Freiheit dürstet...“ Meine Herren! das „dürstet“ hat man mir gestrichen (Heiterkeit). Als ob man in München das „Dürren“ nicht kennt! Ein anderes ist die Saal-Abtreiberei! Immer noch nimmt es sich die Polizei heraus, einem Wirth, der seine Räume einer Versammlung oder einer Partei zur Verfügung stellen will, zu sagen: „Du! mach' Dich nicht maunig! Wir werden Dich schon schuhriegen!“ Meine Herren! Ich finde das unwürdig, daß die Polizei immer mit Kanonen auf Spaten schießt! Es ist kleinlich, mit solchen Mitteln eine große Bewegung hintanzuhalten! Ein weiteres! In den Staatsverträgen, der Artilleriewerkstätte, der Amberger Gewehrfabrik und anderen ist in der Werkstatt-Ordnung bestimmt gewesen, noch vor Jahresfrist, daß jeder Arbeiter, der an Versammlungen Theilnimmt, die der Regierung nicht angenehm sind, entlassen werden kann. Es ist mir nun mitgeteilt worden, daß dieser Passus nicht mehr auf dem Papier steht; praktisch aber wird er noch immer hier und dort gehandhabt. Das ist in freien Ländern, in England, der Schweiz, Frankreich nicht denkbar. Es ist geradezu ungeheuerlich, daß der Staat, der die Gesetze unterschreibt, sie den Arbeitern als wirtschaftlicher Arbeitgeber wieder entzieht.

Aber noch mehr. Politisch unliebsame Arbeiter werden auch über ihren bürgerlichen Beruf hinaus bis ins Militär hinein verfolgt. Im Oktober vorigen Jahres hat ein Schreiben der Kreisregierung der Pölz unter Bezugnahme auf eine Verfügung des Ministeriums des Innern vom 17. August 1885 angeordnet, daß von den Polizeibehörden Buch geführt werde über jene, die im bürgerlichen Leben der Sozialdemokratie angehören, damit sie der Militärbehörde denutzbar werden können. Das erstreckt sich nicht bloß auf die Thatsache, sondern auf den bloßen Verdacht hin. Die Betreffenden werden in der Liste in drei Klassen eingetheilt: 1. Führer, 2. eifrige, zielbewußte Anhänger, 3. Verdächtige. Ich bin zwar schon sehr lange „sozialdemokratischer Führer“, kann mich aber nicht erinnern, daß jemals ein 20-jähriger eine Führerrolle bei uns eingenommen hätte. Wer unsere unteren Polizei-Organen kennt, der kann sich denken, was da alles als Sozialdemokrat verdächtigt wird. Jeder irgendwie unbequeme Mensch, der sich einmal vielleicht über den Herrn Bezirksamtmann beschwert oder über den Gendarm geschimpft hat, wird auf die Liste gesetzt. Man sage ich Sie, wer kann sich darüber beschweren, wenn unter den Sozialdemokraten die Meinung verbreitet wird, sie seien Staatsbürger zweiter Klasse. Ist das nicht eine Ausnahmehandlung schlimmster Art, wobei die Behörden dem Kapital als Helfershelfer Dienste leisten?

Nachdem das Sozialistengesetz gefallen ist, hat der Sozialdemokrat das gleiche Recht, wie jeder Andere. Nur wenn den bestimmten Gesetzen zuwider gehandelt wird, soll der Staat erst das Recht haben, eingreifen zu dürfen, deshalb verlangen wir, daß das gleiche Recht, das auf dem Papier steht, in die Wirklichkeit überführt werde und daß derartige unwürdige Manöver verschwinden.

Ich bin weit entfernt, zu sagen, daß wir damit weitergekommen wären. Das bayerische Militärgerichtsverfahren ist heute in größerer Gefahr als je. Ich verweise auf den Amtsvorgänger des gegenwärtigen Kriegsministers, der auf einstimmigen Beschluß dieses Hauses in vergangener Session die Erklärung abgab, daß das bayerische Verfahren auch fernerhin aufrecht erhalten bleiben solle, mit der Reserve — soweit es sich in der Praxis bewährt. Es fragt sich nur, was die Militärverwaltung als „bewährt“ betrachtet! Auch eine gelegentliche Aeußerung des jetzigen Kriegsministers während der jüngsten Debatten hat wenig vertrauensverwendend geklungen. In Kapitel V des Militärstatuts „Militär-Justizverwaltung“ heißt es: „In Folge der bestehenden diesseitigen Militärgerichtsverfassung folge der Mehrbedarf für die Justizbeamten „zur Zeit“ nicht umgehen.“ Dieses „zur Zeit“ giebt zu denken. Wenn man eine Institution als seit bestehend ansieht, so glaubt man doch, die Mehrbedarfe hierfür nicht „zur Zeit“ aufzuwenden. Ein weiteres Zeichen nach dieser Richtung hat sich in dem Prozeß Hofmeister gezeigt. Ich will diesen Fall ausschließlich unter dem Gesichtspunkte der Erhaltung oder Vernichtung des bayerischen Militär-Verfahrens behandeln, und ich glaube, daß sich gerade in dieser Frage eine Uebereinstimmung ohne Rücksicht auf die Partei-Angehörigkeit erzielen läßt. Das hat sich wenigstens in der Presse allenthalben gezeigt. Wenn irgend wo, so war gerade in diesem Falle die vollständigste Offenheit notwendig und am Platze. Ein Offizier wird wegen „sozialdemokratischer Umtriebe“ angeklagt, verhaftet und sechs Monate im Gefängnis gehalten und nun, als die Sache zur Verhandlung kommt, da wird die Offenheit geradezu hermetisch ausgeschlossen, und als Motiv hierzu hat man das Interesse der militärischen Standesehre bezeichnet. Da sind ganz andere Prozesse öffentlich verhandelt worden, z. B. nach dem 70er Kriege ein Hauptmann, ich glaube auch in Würzburg, wegen Feigheit vor dem Feinde, und ein weiterer Offizier wegen eines Hundestiehlens in Frankreich. Nun kommt ein Vergehen wegen sozialdemokratischer Gesinnung, das man ja von verschiedenem Standpunkte aus beurtheilen kann, aber das müssen Sie mir zugeben, daß wenigstens ein vernünftiger Mensch in der sozialdemokratischen Gesinnung nichts Schwerwiegenderes finden kann.

Nach unserer Auffassung hat Jeder, auch beim Militär, das Recht, sozialdemokratisch zu denken, ebenso wie er liberal oder konservativ zu denken berechtigt ist. (Oho! bei den National-liberalen.) Ja, wenn Sie das nicht wollen, dann müssen Sie Ausnahme-gesetze schaffen. Wenn die Sozialdemokraten im Heere ihre Pflicht nicht thun, oder wenn sie Handlungen begehen, welche direkt gegen ein Gesetz verstoßen, dann mag man sie bestrafen, aber niemals wegen ihrer politischen Auffassung oder Gesinnung. Ich weise darauf hin, daß nach Aeußerungen von angehenden Theilnehmern an jenem demüthigenden Urtheile es nicht als erwiesen gilt, daß der Offizier seine politische Anschauung unter seinem Untergebenen verbreitet hat, sondern daß er lediglich sozialdemokratischer Gesinnung huldigte und daraus kein Hehl machte. Die Gesinnung an und für sich kann man nicht verbieten, wenn aber, dann müssen Sie jeden Sozialdemokraten aus dem Heere ausschließen und die Zehntausende von Sozialdemokraten, welche nicht gefragt werden, ob sie den Fahnenfeld leisten wollen oder nicht, aus der Armee entfernen. Wollen wir logisch sein, so muß man daraus, daß der Sozialdemokrat nichts in der Armee zu thun hat, den Grundjah-proklamieren: „Der Sozialdemokrat ist, braucht nicht Soldat zu werden.“ (Große Heiterkeit.) Bei seinem Prozeß wurde nicht einmal die Anklagechrift öffentlich verlesen, es wurde das Urtheil nicht veröffentlicht und auch die Fragestellung an die Geschworenen geschah nicht öffentlich. Wenn wirklich die Sache so liegt, daß eine völlige Geheimhaltung des Verfahrens nach Art der preussischen Kriegsgerichte möglich ist, und wenn man sieht, daß das gerade jetzt zum ersten Male angewendet worden ist, und wenn wie hier im hohen Hause ein derartiges Vorgehen ruhig geschehen lassen, dann kommt man zu der Schlussfolgerung, daß das wiederholte bayerische Militär-Verfahren lange nicht so viel werth ist, als man bisher glaubte, ja daß es schon gefallen ist. Es ist Pflicht des Landtages, dagegen mit aller Entschiedenheit zu protestiren und die

Regierung auf das energischste zu zwingen, daß die Grifflenz dieses gesonderten Gerichtsverfahrens in keiner Weise bedroht werde.

Nachdem einige Minister die Beschwerden Vollmar's mit der üblichen Entschiedenheit zurückgewiesen hatten, antwortete Genosse Grillenberger. Wir geben folgende Stellen aus seiner Rede wieder:

Betreffs der schwarzen Listen bei den Rekrutenausbhebungen hat der Kriegsminister uns den Vorwurf des „Altenstiehlens“ in's Gesicht geschleudert. Der Herr Kriegsminister hat keine Ursache dazu und wir als Partei können einen solchen Vorwurf nie und nimmer auf uns sitzen lassen. Es ist vorgebracht worden, daß die Veröffentlichung nur möglich gewesen sei durch einen Diebstahl im Brigadobureau in Landau. Mir liegen Beweise vor, mit denen ich die ganze Verleumdung zurückweisen kann. Das Altenstück wurde vom General Eglander auf der Straße verloren und von einem Arbeiter gefunden. Sie sagen wohl: „Ja, wenn man so etwas findet, stellt es doch ein ehrlicher Mensch juristisch behält es nicht bei sich.“ Ich möchte fragen: würde die Regierung oder die Polizeidirektion, wenn sie ein geheimes sozialdemokratisches Altenstück durch Zufall in die Hände bekäme, dieses, ohne es zu öffnen, sofort an die Parteileitung in Berlin adressiren? Wenn Sie so sind, sollen wir dann nicht das Recht haben, uns in derselben Weise zu wehren? Wir sind in der Abwehr Ihnen gegenüber. Daß der Arbeiter dieses Schriftstück in eine sozialdemokratische Redaktion gebracht hat, ist garnicht merkwürdig. Das beweist eben das Vertrauen, das vom Volke in die Sozialdemokratie gesetzt wird, und die Presse unserer Partei hat sich auch wohl verdient gemacht. Der Herr Kriegsminister hat gemeint, es geschehe diesen Rekruten ja garnichts. Meine Herren! Da brauche ich nur hinzuweisen auf die Soldatenmishandlungen. So war neulich ein Mann bei mir, der mir erzählte, daß er gefragt worden sei, ob er Grillenberger kenne. Als Nürnberg hat er dies natürlich bejaht und bald darauf hat er wegen eines ganz geringfügigen Anlasses Arrest bekommen und dabei ist das Wort gefallen: Dem Sozialdemokraten wollen wir keine Freiheitsgedanken schon austreiben. Von einem früheren Militärarzt ist mir folgendes mitgeteilt worden. In den Rekrutenverzeichnissen, die ihm bei der Musterung vorliegen, seien diejenigen Rekruten, die als Sozialdemokraten verdächtig sind, mit einem S. G. bezeichnet und nicht bloß das. Auch die Namen der Väter dieser Soldaten sind zutreffenden Falls mit diesem Zeichen versehen. Dieser Militärarzt hatte nun die strengste Instruktion, derart bezeichnete Leute, wenn irgend möglich, für tauglich zu erklären. Uebrigens sollte man, wenn man derartige Proscriptionslisten machen will, doch wenigstens gewissenhaft vorgehen. Aber viele waren unter den als Sozialdemokraten bezeichneten Leuten, die gar keine sind. Ein solches Verfahren muß in der schärfsten Weise verurtheilt werden. Zum Kapitel der Arbeiterentlassung in der Artilleriewerkstätte kann ich anführen: der Mann ist entlassen worden deswegen, weil er sich zum sozialdemokratischen Wahlmann hat wählen lassen und damit seine bürgerlichen Pflichten erfüllt hat. Er hat sich regelrecht Urlaub geben lassen und — ist entlassen worden. Nähere Grundangabe wurde ihm verweigert. Er wollte sich beim Direktor, einem Oberlieutenant, eine Begründung holen und wurde einfach moralisch zur Thür hinausgeworfen. Jedenfalls geht aus dem ganzen Zusammenhang hervor, daß er bloß wegen sozialistischer Gesinnung entlassen wurde. Ist das Recht? Was dadurch nicht die Erbitterung sich noch weit mehr steigert, als sie jetzt schon vorhanden ist? Sie wollen immer durch gerechte Behandlung alle Gegensätze ausgleichen. So aber werden Sie das Gegentheil erreichen.

Was den Fall Hofmeister betrifft, so hat der Herr Kriegsminister erklärt, der Ausschluss der Öffentlichkeit sei bloß Gerichtsbeschluss gewesen und wenn es nicht korrekt sei, so falle das nicht der Militärverwaltung zur Last. Auch werde in keiner Weise beabsichtigt, das Strafverfahren abzuändern, nur einige Sachen von untergeordneter Bedeutung sollen geändert werden. Das ist ganz gut, aber im Reichstag erfahren wir bei jeder Gelegenheit, bei der verlangt wird, ein gerechteres Strafverfahren einzuführen, immer Widerstand. Trotzdem will man eine Einheit des militärischen Gerichtsverfahrens für ganz Deutschland einführen. Wenn man sich aber dennoch weigert, unser bayerisches Verfahren anzunehmen, so heißt das doch eben, daß das bayerische Verfahren abgeschafft werden soll. Das muß mit aller Energie vertheidigt werden, um so mehr, da man weiß, daß der neue preussische Kriegsminister Bronsart von Schellendorf ein entschiedener Gegner des bayerischen Militärstrafverfahrens ist.

Ueber die Tabak-Fabriksteuer hat der Herr Finanzminister geäußert, alles werde sich zum Besten wenden. Allein in Wirklichkeit ist es anders.

Durch Vertheuerung der Fabrikate geht die Fabrikation zurück, man wird nicht mehr Zigarren, sondern mehr Tabak rauchen. Er sagte, die billigeren Sorten werden gar nicht oder nur ganz minimal besteuert. Allein es liegt mir ein Brief eines Tabakfabrikanten vor, worin gesagt wird, daß die unteren Klassen hauptsächlich nicht das ausländische Material rauchen, sondern Stoppelnstengel von inländischem Tabak und diese sollen jetzt um 33 Pfennig erhöht werden. Also keine Rede von Verbilligung. Man soll uns doch einmal sagen, wie viel von den Einnahmen durch die höheren Zigarren eingebracht werden, wenn doch nur 12 Prozent der Käufer solche rauchen. Dazu kommt noch die Kalamität der Arbeiterentlassungen. Bei der gegenwärtigen geschäftslosen Zeit sollte man sich nicht zwei-feln, zumal zehnmal bedenken, ehe man zu derartig folgenschweren Maßregeln greift. Wenn man aber trotzdem das Projekt durchführt, so geschieht eben nicht das, was bei der Wahlagitacion immer behauptet worden ist, daß die Lasten auf die stärkeren Schultern gelegt werden sollen.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das arbeitende Volk sich nicht mit Almosen und Bettelstuppen abfinden zu lassen braucht, sondern das Recht hat, zu fordern. Wenn Sie sagen, wir müßten zu Ihnen kommen, so ist das falsch. Sie müssen zu uns kommen. Wenn Sie sich dazu aufraffen könnten, dann wäre es möglich, etwas zu leisten. Denn was wir verlangen, könnte bei einigen guten Willen erfüllt werden. Aber das Zentrum steht auf dem Standpunkt der Interessensvertretung des Kapitalismus und gebraucht oft sogar kirchliche Dinge als Deckmantel dazu. Sie vertrauen den Arbeiter auf das Jenseits und wollen ihm hier auf Erden Almosen geben, die Sie ihm vorher nehmen. Es ist die Grundlehre aller Religionen, dem Armen und Nothleidenden zu helfen. Auch das Christenthum verlangt dies von seinen Anhängern. Wir fällt da das heilige Volkslied ein, wo ein Bub zu Pfarre und Vater kommt, ob er das Dirndl lieben dürfte. Erst der Herrgott sagt ihm, das sei selbstverständlich. Meine Herren! Wenn der Arbeiter zu den Hohenpfeilern des Kapitals kommt, so findet er auch taube Ohren. Nämlich er aber zum Herrgott, der würde ihm Recht geben. Aber was Sie haben, das ist eben nicht das rechte Christenthum (Unruhe). Ich hätte bloß gewünscht, die ganze bayerische Wählerchaft wäre dagewesen, als Ortler seinen erhabenden Friedensschluß mit den Ministern geschlossen hat. Es wäre ein herrlicher Vorwurf für eine Momentphotographie gewesen. Draußen im Lande sollte man so etwas nicht bloß lesen, sondern auch hören und sehen können. Und wenn Sie sich noch so enge zusammenkneifen, den Erfolg werden Sie nicht haben. Uns gehört die Zukunft.



# Parteinachrichten.

**Eine Konferenz des Wahlkreises Greifswald-Grimmen** tagte am 22. Oktober in Greifswald. Es wurde u. A. beschlossen, eine Agitationskommission, bestehend aus 5 Mitgliedern, zu gründen, die ihren Sitz in Greifswald haben soll. Die Wahl derselben wurde den Greifswalder Genossen überlassen. In einer am 28. Oktober abgehaltenen Versammlung wurden nun folgende Genossen gewählt: Schröder, Wackerstein, Kerk, Kühn und Bacher. Die Kommission hat bereits getagt und wird demnächst ihre Agitation entfalten, deshalb werden die Genossen der Gegend gebeten, diese nach Möglichkeit zu unterstützen, da sie z. B. noch ganz mittellos ist.

**Ein sozialdemokratisches Allerheiligen.** Aus Freiburg i. B. wird uns geschrieben: Wie alljährlich, so haben auch dieses Jahr am Tage „Allerheiligen“ die hiesigen Parteigenossen das Grab des Freiheitkämpfers Mag. Dortu, der am 14. August 1849 auf dem Felde bei Freiburg erschossen wurde, mit einem Kranze geschmückt. Durch diesen Akt, an welchem sich 40 bis 50 Genossen beteiligten, sah die Polizeibehörde, wie gewöhnlich, schon zum voraus, daß der Staat großer Gefahr ausgesetzt und sie lies schon am Morgen des 1. November unserm Vertrauensmann Kramer eröffnen, daß keine rote Schleife auf das Grab gelegt werden dürfe. Dieses Vorgehen ist nur das repetierte Rezept vom vorigen Jahre, aber in ihm liegt auch das Bekenntnis, daß es sich die Sozialdemokraten nicht nehmen lassen, ihre Toten zu ehren. Der Kranz mit großer rother Schleife, die eine entsprechende Inschrift trug, wurde durch die Stadt bis an die Pforte des Friedhofes getragen, wo wir von drei „Schutz“leuten, (zwei in Uniform und einen in Zivil) empfangen wurden.

Polizeisergeant Bär, ein alter Bekannter aus der Zeit des Sozialistengesetzes, glaubte schon einschreiten zu müssen, als wir eben Halt machten und die Schleife vom Kranze entfernten und so den Kranz auf das Grab legten. Mit ihm war also der Staat wie er einmal gerettet.

Wie lange wird man noch in dem „Schwarzen“ Freiburg den Staat durch eine rote Schleife gefährdet sehen? Warum dürfen die Studenten und sonstige Vereine die Gräber ihrer verstorbenen „Kameraden“ mit roten Schleifen zieren?  
Ja, Bauer, das ist etwas anderes!

**Aus Quedlinburg** wird uns geschrieben: Der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei, A. Trautmann, ist am 25. Oktober vom Landgericht Halberstadt zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, und zwar wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen. Dies Vergehen soll Trautmann in einer Wählerversammlung zu Thale a. H. dadurch begangen haben, daß er das bekannte Wort, die Soldaten hätten erforderlichfalls auf Vater und Mutter zu schießen, in strafwürdiger Weise angewendet. Außerdem soll er in gleicher Weise sich über den Zusammenhang von Militarismus, Armut und Verbrechen ausgelassen haben. Als Belastungszeugen traten der Gendarm Treidel, der Techniker Michaelis, der Kaufmann Blauh und ein Herr Knefel aus Thale auf. Interessant wurde die Verhandlung durch den seltsamen Umstand, daß diese Zeugen, sich überhaupt keine anderen Vorgänge in der Versammlung erinnern konnten. Der Gendarm gab zu, in der Versammlung kein Wort geschrieben zu haben, ferner mußte er bestätigen, daß er in einer Wirtschaft gefast habe, er wolle es dem Trautmann antreiben, sowie daß er Trautmann gegenüber geäußert habe, man möge in einem ähnlichen Fall jemand anders nach Thale schicken, er verstehe das nicht und stenographieren könne er auch nicht. Trautmann führte in seiner Verteidigungsrede aus, daß die ihm zur Last gelegten Äußerungen durchaus keine strafwürdige Unterlage hätten, so habe er z. B. in bezug auf die Verbrechen, deren er erwähnt habe, auf den bekannten Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen hingewiesen. Trotz der geschickten Verteidigung erkannte der Gerichtshof auf die oben angegebene Strafe; als „mildernder Umstand“ wurde in Betracht gezogen, daß Trautmann trotz verschiedener Prozesse, die er sich in seiner neunjährigen Parteithätigkeit zugezogen, bisher noch unbestraft geblieben ist.

Die Landtagswahl in Quedlinburg vollzog sich lang- und klanglos, wie überall in Preußen. Von 4325 Urwählern, die der Wahlkreis zählt, stimmten trotz mehrerer großer Jammerartikel im Kreisblatt im ganzen nur 283 Mann. In drei Bezirken konnte überhaupt nicht gewählt werden, weil kein Wähler erschienen war.

Die Parteigenossen in Halle haben beschlossen, sich an den in nächster Zeit stattfindenden Stadtverordnetenwahlen zu beteiligen.

**Deutsche Richter.** Mit einem Strafmandat von 50 M. war Genosse Behmann vor einiger Zeit bedacht worden, weil er das Pflichteremplar der im Juli herausgegebenen Extranummer der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ nicht rechtzeitig eingereicht habe. Auf den wegen der Strafbüße erhobenen Widerspruch hin, hatte sich das Schöffengericht mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Der Angeklagte machte geltend, daß er einen Angestellten des Geschäfts mit der Ablieferung des Pflichteremplars beauftragt habe, derselbe sei aber der Meinung gewesen, die Verbreitung beginne erst am folgenden Tage; er habe den erhaltenen Auftrag nicht pünktlich ausgeführt. Die ihm imputierte Unacht, eine etwaige Konfiskation zu vermeiden, habe ihm, Angestellten, völlig fern gelegen. Seine Vorstrafen könnten auch nicht strafverjährigend in Betracht kommen, indem er nicht persönlich der Verleger sei, das Verlagsgeschäft vielmehr einer Handlungsgesellschaft gehöre, welche er, Angestellter, nur vertritt. Das Gericht beschloß, den Widerspruch als unbegründet zurückzuweisen, weil der Angeklagte schon oft wegen Preisvergehen verurteilt sei und die in der fraglichen Nummer enthaltenen Artikel sehr anführerischen Inhalts seien. Diese Gründe werden unsere Leser nicht weniger überraschen als uns.

**Polizeiliches, Gerichtliches zc.**  
— Wegen Verletzung eines Architekts hatte sich am 30. Oktober der Redakteur der „Wurzener Zeitung“, Genosse Diehl, vor dem Amtsgericht zu verantworten. Diehl hatte von diesem Mann, der wegen Eintritten der von ihm geleiteten Bauten bereits zweimal nach § 330 des Str.-G.-B. bestraft worden ist, gelegentlich eines Geschäftsbesuches, bei dem zwei Maurer verletzt und, gesagt, daß sein Verhältniss nachweislich nicht die genügende Bürgschaft zu geben scheine. Urtheil 75 M. Geldstrafe. Verurteilung ist eingelegt.

— In Schwedt a. O. war vor kurzem der Genosse Robert Günterberg wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Vom Landgericht Prenzlau als Verurteilungssitz wurde er jedoch am 1. November freigesprochen.

## Lokales.

**Parteienossen!** Am Sonntag, den 5. November, findet für den 29. und 31. Kommunal-Wahlbezirk eine Flugblattverteilung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich recht zahlreich zu beteiligen. Für den 31. Bezirk bei Wittchow, Kleine Hamburger- und Gasserstrassen-Gde; für den 29. Bezirk bei Spät, Weinstr. 23, pünktlich um 8 Uhr.  
Das Wahl-Komitee.

**3. Wahlkreis.** Genossen, die gewillt, bei der Verbreitung von Flugblättern in 18, 19. und 20. Kommunal-Wahlbezirk zu helfen und noch nicht anderswo hinbestellt sind, werden ersucht,

morgen Sonntag, den 5. November, früh 8 Uhr, bei Grindel, Dresdenerstraße 116, zu erscheinen.  
Das Wahl-Komitee.

**Zur Stadtverordneten-Wahl.** 16. Kommunal-Wahlbezirk! Parteigenossen, welche gewillt sind, am Sonntag, den 5. d. M., sich bei der Flugblattverteilung zu beteiligen, werden ersucht, sich um 8 Uhr früh bei Schwarzlopf, Stalitzerstr. 11, einzufinden.

**Zur Stadtverordneten-Wahl.** Parteigenossen, welche willens sind, bei der Flugblattverteilung im 36., 37 und 41. Kommunal-Wahlbezirk mitzuwirken, mögen sich am Sonntag, den 5. d. M., früh 7 1/2 Uhr in folgenden Lokalen einfinden:

im 36. Bezirk:  
bei A. Reinhardt, Pappel-Allee 3/4.  
C. Schmidt, Wörthstr. 19, Ecke Kgl. Straße,  
im 37. Bezirk:  
bei Joh. Gnadt, Swinemünderstr. 120.

im 41. Bezirk:  
bei F. Kleinert, Fenn- und Müllerstraße Ecke.  
M. Bahr, Gerichtr. 19.

Die Wählerlisten liegen aus: im 36. Bezirk bei Reinhardt, Pappel-Allee 3/4; im 37. Bezirk bei Joh. Gnadt, Swinemünderstr. 120; im 41. Bezirk bei F. Kleinert, Fenn- und Müllerstraße Ecke.  
Die Vertrauenspersonen.

**Zur Krankenversicherung der Arbeiter in Berlin.** Im Jahre 1892 befanden nach amtlicher statistischer Mitteilung in Berlin außer der Gemeinde-Krankenversicherung 60 Orts-, 22 Betriebs- (Fabrik-) und 11 Innungs-Krankenkassen, welche dem § 73 des Krankenversicherungsgesetzes genügen. Diesen 94 Kasseinrichtungen gehörten im Durchschnitt der zwölf Monate vom 1. Januar 1892 bis ebendabin 1893 insgesamt 313 297 Mitglieder an, wovon 77 652 oder rund ein Viertel (genauer 24,8 pCt.) auf das weibliche Geschlecht entfielen. Welchen Schwankungen die Mitgliederzahl im Laufe eines Jahres ausgesetzt ist, erhellt aus folgender Aufstellung: Es waren bei sämtlichen obengenannten Berliner Kasseinrichtungen vorhanden

am Anfang des Monats	männliche Mitglieder	weibliche Mitglieder	überhaupt
Januar 1892	230 009	74 113	304 122
Februar 1892	226 469	74 739	301 208
März 1892	225 840	76 575	302 415
April 1892	229 412	76 410	305 822
Mai 1892	235 129	76 886	311 965
Juni 1892	237 334	75 571	312 905
Juli 1892	239 048	78 970	318 018
August 1892	240 070	78 881	318 451
September 1892	241 112	78 209	319 321
Oktober 1892	241 908	78 815	320 723
November 1892	242 060	80 229	322 289
Dezember 1892	237 931	81 292	319 223
Januar 1893	225 590	74 935	300 525

Hiernach wechselte die Zahl der männlichen Mitglieder zwischen 225 590 Anfangs Januar 1893 und 242 060 Anfangs November 1892, bei den weiblichen zwischen 74 113 zu Beginn des Januar 1892 und 81 292 Anfangs Dezember 1892, bei beiden Geschlechtern zusammen zwischen 300 525 Anfangs Januar 1893 und 322 289 im November 1892. Die Unterschiede zwischen dem niedrigsten und höchsten Stande betragen nicht weniger als 16 470 bzw. 7179 und 21764 Köpfe oder 7,3 bzw. 9,7 und 7,2 pCt. Es scheint also im Durchschnitt für alle Berliner Industriezweige der Januar der geschäftlich ungünstigste, der November der günstigste Monat zu sein. Für die einzelnen Industrie- und Gewerbebezweige liegen diese Verhältnisse natürlich sehr verschieden; die Zahlen eines Jahres genügen indessen nicht, um darüber einen einigermaßen zuverlässigen Anhalt zu gewähren. Dagegen darf man hoffen, aus diesen monatlichen Mitgliederzahlen der Krankenkassen im Verlaufe eines längeren Zeitraumes für eine Anzahl von Industrie- und Gewerbebezweigen interessante Einblicke in die Schwankungen des Arbeitsmarktes zu bekommen, vielleicht auch daraus Mittel und Wege für eine Ausgleichung der regelmäßig zu bestimmter Zeit im Jahre auftretenden Arbeitslosigkeit in einigen und der größeren Arbeitslosigkeit in anderen Erwerbsbezweigen zu gewinnen.

Zu den sämtlichen 94 Krankenkassen Berlins kamen im Laufe des Berichtsjahres 108 515 Erkrankungsfälle mit 2 940 301 Krankentagen und 3908 Sterbefällen vor. Von 100 Mitgliedern des männlichen Geschlechts erkrankten 85,0 und starben 1,2, von 100 weiblichen 83,5 bzw. 0,7. Auf 100 Erkrankungen entfielen bei den Männern 3,3, bei den Frauen 2,2 Todesfälle. Auf ein Mitglied kamen 9,2, auf eine Erkrankung durchschnittlich 26,2 Krankentage bei den Männern und 10,0 bzw. 29,8 bei den Frauen. Die Erkrankungen waren — abgesehen von gewissen Kasseinrichtungen mit sehr geringer Mitgliederzahl — besonders häufig bei den Mitgliedern der Betriebskassen der Großen und der Reuen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft, wo von 100 Mitgliedern 81,1 bzw. 78,1 erkrankten, besonders langwierig bei den männlichen Tabakfabrikarbeitern und Strumpfwirkern mit 48,9 bzw. 45,8 Krankentagen auf eine Erkrankung.

Die Einnahmen des Jahres 1892 beliefen sich bei sämtlichen Kasseinrichtungen zusammen auf 7 543 715 M., davon waren 6 819 102 M. oder 90,5 pCt. Beiträge, 139 583 M. Eintrittsgelder und 192 516 M. barer Kassenbestand am Anfang des Jahres. Auf ein Mitglied entfielen durchschnittlich 20,17 M. an Beiträgen. Die gesammelten Ausgaben betrugen 7 247 012 M., darunter waren 635 937 M. für ärztliche Behandlung, 1 082 799 M. für Arznei und sonstige Heilmittel, 3 043 468 M. Krankengelder an Mitglieder, 101 265 M. Krankengelder an Angehörige der Mitglieder, 75 937 M. Unterstützungen an Wöchnerinnen, 240 090 M. Sterbegelder, 1 079 171 M. Kurz- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten, 877 206 M. persönliche und 124 265 M. sächliche Verwaltungskosten. Das Verhältnis der vorstehend verzeichneten Arten der Ausgaben und pro Kopf der Mitglieder gestaltete sich wie folgt: Es kamen

auf	von je 100 M. auf	auf
ärztliche Behandlung	8,78 M.	2,03 M.
Arznei und sonstige Heilmittel	14,94	3,46
Krankengelder an Mitglieder	42,00	9,71
besgl. an Angehörige der Mitglieder	1,40	0,32
Unterstützungen an Wöchnerinnen	1,05	0,24
Sterbegelder	3,31	0,77
Kurz- und Verpflegungskosten	14,89	3,44
zusammen Leistungen an die Berechtigten	86,37	19,97
persönliche Verwaltungskosten	5,20	1,89
sächliche Verwaltungskosten	1,71	0,40
zusammen Verwaltungskosten	6,91	2,29

Von den Ausgaben wurden also 88,4 pCt. zu Leistungen an die Berechtigten und nur 6,9 pCt. für die Verwaltung aufgewendet. Vergleicht man die Leistungen an die Kassen durchschnittlich pro Kopf 20,17 M. an Beiträgen und 0,45 M. an Eintrittsgeldern mit den Leistungen der letzteren an die Mitglieder (durchschnittlich pro Kopf, wie oben nachgewiesen, 19,97 M.), so erhalten die Mitglieder, da ein Drittel der Beiträge gesetzlich vom Arbeitgeber zu entrichten ist, erheblich mehr geleistet seitens der Kassen, als sie an dieselben zu zahlen haben.

Das Verhältnis des Beitrags zum Lohn schwankt zwischen 1,4 pCt. bei den Schornsteinfegern und 4,3 pCt. bei den Buchdruckern und Hutmachern; es bewegt sich bei den meisten Kassen zwischen 2 und 2 1/2 pCt.; das Verhältnis des Krankengeldes zum Lohn bewegt sich zwischen 50 pCt. (bei den meisten Kassen) und 75 pCt. bei den Betriebskassen der Firma Ludwig Loewe u. Co. und der königlichen Porzellan-Manufaktur. Die naturgemäße Dauer der Krankenunterstützung mit vollem Krankengeld beträgt

bei 26 Kassen ein Jahr, bei 7 Kassen 13 bzw. 26 Wochen bis zu 1 Jahr, bei 44 Kassen 20—39 Wochen und nur bei 18 Kassen die gesetzlich vorgeschriebene Zeit von 13 Wochen.

Das Vermögen der fraglichen Kasseinrichtungen — mit Ausschluß der Gemeinde-Krankenversicherung — belief sich am Schlusse des Jahres auf 3 912 443 M. oder 12,49 M. pro Kopf; davon entfielen 3 801 895 M. auf die Reservefonds, der Rest bestand aus barem Geld und Papieren zc.

**Ärztliche Beaufsichtigung der Schulen.** Bekanntlich wurde von der liberalen Stadtverwaltung die von unseren Genossen beantragte Einführung einer ärztlichen Beaufsichtigung der Schulkinder abgelehnt. Seitdem finden sich in den Kreisen der Lehrer immer mehr Befürworter der Nothwendigkeit einer solchen Einrichtung. Dr. Mey gehört zu ihnen. Er weist auf die Unsauberkeit der Schulräume, der Turnhallen, der Korridore, der Treppen und Klosets, auf den Mangel hinreichender Pausen, auf die gesundheitschädliche Luft in den Klassenräumen, auf die mangelhafte Ventilation u. f. w. in den Berliner Gemeindeschulen mit Recht hin und kommt zu der Wiederholung der von sozialdemokratischer Seite im roten Hause vergeblich gestellten Forderung, die Kinder von Zeit zu Zeit einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen, insbesondere auf Augen, Mund, Ohren und Nase, damit die Eltern benachrichtigt und ermahnt werden können. Herr Stadtschulrath Bertram, der bekanntlich die Elementarschulkinder als pausbäckige, gesunde, kräftige Kinder hinstellte und meinte, daß Lehrer, nicht Ärzte diese Untersuchung des Gesundheitszustandes in hinreichender Weise vornehmen könnten, mag sich folgende Ausführung des aus der Lehrpraxis heraus sprechenden Gegners der Sozialdemokratie ins Stammbuch schreiben: „Der Lehrer kann sich nicht eingehend um den Gesundheitszustand seiner Jünger kümmern; dazu fehlt es ihm einmal an Zeit, ferner aber kommt er in eine schiefe Lage gegenüber den Eltern, wie man das oft beobachten kann. Hat z. B. ein Kind einen scheinbar geringfügigen Ausschlag, der ja unter Umständen der Vorbote ansteckender, selbst gefährlicher Krankheiten sein kann; der Lehrer bemerkt es und setzt das Kind, wenn Platz vorhanden ist, allein, so erscheint am nächsten Tage die Mutter und macht eine Szene. Also drückt der Lehrer das nächste Mal ein Auge zu, dann kommen wieder die Mütter aller Kraben, die in der Nähe des Verdächtigen sitzen. Wäre es da nicht einfach, wenn der Schularzt frühzeitig über die Natur der Krankheit entscheidet und von Zeit zu Zeit auch die anscheinend gefunden Kinder gründlich untersucht? Die Stadt Paris giebt jährlich 80 000 M. für ärztliche Schulaufsicht aus und es ist statistisch nachgewiesen, daß man einen großen Theil dieser Summe in den öffentlichen Krankenhäusern erspart.“ Wie nachtheilig der Gesundheit unserer Kinder die Erziehung in unseren Gemeindeschulen ist, ergeben auch die statistischen Zahlen über die Aushebungen. Die Resultate der Aushebungen in den Jahren 1889 und 1890 sind folgende:

	für das Deutsche Reich		für Berlin	
	1889	1890	1889	1890
Ausgehobene	52,5 pCt.	47,9 pCt.	68 pCt.	59 pCt.
Landsturm und Ersatzreserve	7,8	7,5	26,5	29,6
Kriegsmuster als untauglich	7,8	7,5	7,3	11

Wenngleich nun allerdings dies für den Rekrutenstand der Berliner ungünstige Resultat nicht allein auf die Einrichtungen und Mängel in den Gemeindeschulen zurückzuführen ist, so läßt sich doch ein gewisser Zusammenhang ebensovienig erkennen, wie das bei Befolgung der von unseren Genossen im roten Hause gemachten Anregungen der Gesundheitszustand der Schüler ein erheblich besserer würde.

Für die Wechselwirkung zwischen den mangelhaften Schulinrichtungen und der Beeinträchtigung der Gesundheit der Kinder und Lehrer bezeichnend ist auch folgende Tabelle über das durchschnittliche Lebensalter der so lang besoldeten Volksschullehrer, die dank der schädlichen Luft in den Schulräumen und ihrer Ueberanstrengung außerordentlich viel von Hals-, Brust- und nervösen Leiden befallen werden:

	über 40 Jahre alt	über 45 Jahre alt	über 50 Jahre alt	über 55 Jahre alt
Volksschullehrern	33,8 pCt.	24 pCt.	15,8 pCt.	7,4 pCt.
in Berlin	35,8	25,7	16,6	9,9
in den Städten	33,3	26	16,2	11,9

Zahlen beweisen! Trotzdem verschließen die liberalen Stadtväter in kurzschätiger Weise ihre Augen gegen die verheerenden Wirkungen des jetzigen Systems und verändern die einer Großstadt völlig unwürdigen Schulzustände mit wenig angenehm duftendem Eigenlob. Sache der Wähler bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen wird es sein, neue Siege gegen dieses verknöcherte, rückwärts schreitende System zu erringen, um nach Möglichkeit dafür Sorge zu tragen, daß die Gesundheit der Kinder — dieses kostbare Gut — nicht weiterhin in Schulen, in öffentlichen Anstalten mißhandelt wird.

**Berlin wird Festung.** Ein Berichterstatter meldet folgendes: „Die Klagen über die frühere Unsicherheit in der Hasenhaide werden in kurzer Zeit gänzlich verstummen, da die Militärverwaltung das umfangreiche Gebiet der Hasenhaide rund herum einmauern und innerhalb der Umzäunung großartige Bauten, die viele Millionen kosten werden, ausführen läßt. Zwischen dem Streifen des Gestell und der Chaussee, welche nach dem Garnisonkirchhofe führt, werden Fortifikationswerke errichtet, wie sie die neuere Technik vorschreibt. Die Chaussee wird kasirt, die nach dem Garnisonkirchhofe führt, und dafür zwei neue, prächtige Wege-Anlagen geschaffen. Auf den alten Pionier-Übungssplatz kommen außer einer Abtheilung des Potsd. „Zum Vater Philipp“ zwei der Neuzeit und der Reichshauptstadt entsprechende Kasernen für das „Garde-Kürassier-Regiment“ und für das „Kaiserin Augusta-Regiment“. Durch Ausführung dieser Bauten, die man im Laufe von spätestens drei Jahren fertig gestellt zu haben hofft, wird der Süden der Stadt, insbesondere der Bezirk „Hasenhaide“ bedeutend gewinnen. Die Arbeiter haben vor einigen Tagen bereits begonnen. Mehrere hundert Arbeiter, Maurer und Zimmerleute fanden trotz vorgerückter Jahreszeit lohnende Beschäftigung.“

Wieweit diese Mittheilung auf Wahrheit beruht, können wir nicht kontrollieren. Für die Sicherheit Berlins würde durch Wiederlegung aller hiesigen Kasernen und Maßregeln gegen die Unversichertheiten und den Uebermuth unserer jugendlichen und greisenhaften Mau- und Sausbaber der guten Gesellschaft sammt deren weiblichem Anhang besser geforgt sein als durch Ausführung jenes recht phantastischen Planes, zu dessen Ausführung natürlich das Volk bluten müßte.

**Zur Cholera.** In sechs an verschiedenen Stellen der Gavel entnommenen Wasserproben sind bei der auf dem Reichs-Gesundheitsamte vorgenommenen Untersuchung Cholera-bazillen vorgefunden worden. In Berücksichtigung der durch diese Beobachtung entdeckten großen Gefahr wird seitens der Regierung noch mals dringend vor jeglicher Benutzung des Gavelwassers, sei es zum Trinken, Baden, Waschen oder sonst welchen Haushaltungszwecken gewarnt. Ist die Benutzung dieses Wassers aber nicht zu umgehen, so muß dasselbe gründlich gelocht werden. — Und die Rummelsburger Wasserwerke?

Ausgeschnitten ist vorgestern Nachmittag der frühere Berliner Kriminalschaffmann Gustav Maercker. Derselbe sollte von Charlottenburg aus in das Moabitier Untersuchungsgefängnis eingeliefert werden. Der Transporteur verließ mit ihm vor der Thür des Gefängnisses die Drohsache, als M. sofort die Flucht ergriff und trotz aller Anstrengungen nicht gefast werden konnte.



Die sind die auf der Stettiner Bahn verübten Schwindereien zu erklären? Zu dieser von uns wiederholt erörterten Frage sind uns eine große Anzahl Zuschriften zugegangen, von denen wir zwei aus sehr sachkundigen Kreisen herührenden nachstehend mittheilen. Man schreibt uns:

„Das in der Donnerstags-Nummer des „Vorwärts“ veröffentlichte Schreiben des Königl. Eisenbahn-Betriebsamtes Berlin-Stettin enthält die Behauptung,

„dass die Schaffner an Gehalt, einschließlich Wohnungsgeldzuschuss, 1080—1440 M. jährlich beziehen.“

Diese Behauptung ist nicht ganz zutreffend. Denn nach dem diesjährigen Etat des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten beziehen die 13 737 Billetschaffner, Portiers, Weichensteller u. ein Gehalt von 800—1200 M. und einen jährlichen Wohnungsgeldzuschuss von 60—240 M. je nach der Servisklasse des Ortes. Wenn, wie in dem amtlichen Schreiben angegeben, die verhafteten Schaffner theils in Berlin, theils auf anderen Stationen stationirt gewesen sind, so haben die genannten Beamten in den Orten der Servisklasse III an Gehalt einschließlich Wohnungsgeldzuschuss nur 908—1308 M., und in den Orten der Servisklasse V sogar nur 800—1260 M. bezogen. Der Wohnungsgeldzuschuss beträgt: A 240, I 180, II 144, III 108, IV 72, V 60 M.

Im weiteren ist es auffallend, dass das Königl. Eisenbahn-Betriebsamt nicht angiebt, welchen Tage Lohn die „Hilfschaffner“ erhalten; es weist nur darauf hin, dass die „im Arbeiterverhältnis stehenden Hilfschaffner“ dieselben Neben Einkünfte wie die Schaffner beziehen und „sich während solcher Dienstleistung besser wie in ihrem sonstigen Dienstverhältnis sehen.“ Nun, es ist eine bekannte Thatsache, dass die Königl. preussische Eisenbahnverwaltung nicht einmal die ordentlichen Tagelöhne, die man „Güngerlöhne“ nennt, zählt, wie schon aus dem oben bezeichneten niedrigen Anfangsgehalt der etwa 20000 angestellten Schaffner hervorgeht. Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch nicht unerwähnt lassen, dass die 15 115 etwa 20000 angestellten Bahnwärter und Nachwächter im Paradies des Herrn Thielen ein Gehalt von 700—900 M. beziehen.“

Eine zweite Zuschrift lautet: „In der Frage „wie sind die auf der Stettiner Bahn verübten Schwindereien zu erklären“ bringt der „Vorwärts“ in der heutigen Nummer (258) eine Berichtigung des Eisenbahn-Betriebsamtes Berlin-Stettin, in der auch die Fahrgeelder der Eisenbahnschaffner mit monatlich 30 M. eine Rolle spielen. Ja, wenn diese 30 M. einen reinen Verdienst darstellten. Aber das ist nur die Brutto-Einnahme, die nicht selten kaum 20 M. beträgt. Die Netto-Einnahme wird sich auf kaum die Hälfte, häufig auf nur 10 bis 5 M. belaufen. Denn von den 30 resp. 20 M. hat der Beamte das Essen und Trinken für all die unterwegs zubringenden Tage zu bestreiten, während seiner Familie in Berlin durch seine Abwesenheit, da doch für die ganze Familie gelocht werden muss, keine oder doch keine nennenswerthe Ersparnis erwächst. Auch darüber, dass der Eisenbahnschaffner für seine ihm aufgewungene Uniform selbst Sorge tragen muss, sagt das Betriebsamt kein Wort. Die Berliner Polizeiverwaltung liefert den Schuplentzen die Uniform kostenfrei und — o Wunder — selbst Herr v. Stephan — selbst Herr v. Stephan, verehrter Herr Thielen — leistet „seinen“ Unterbeamten zur Dienstleistung einen jährlichen Zuschuss von 30 M. pro Kopf. Ueber die sogenannten Hilfschaffner, die im Arbeiterverhältnis stehen, weiß das Betriebsamt nur zu „berichten“, dass sie „dieselben Nebeneinkünfte wie die Schaffner“ erhalten und „sich während solcher Dienstleistung also besser sehen, wie in ihrem sonstigen Dienstverhältnis.“ Auf was für einen wüthigen Betrag diese „Nebeneinkünfte“ zusammenkrumpfen, habe ich bereits gezeigt. Aber wie die Eisenbahnverwaltung selbst diese problematischen „Nebeneinkünfte“ für sich in Anspruch zu bringen weiß, geht daraus hervor, dass sie die im Fahrdienst beschäftigten Arbeiter — also die Hilfschaffner und Hilfsbremser — mit einem um 30—60 Pfennige geringeren Tagelohnsatz abweist, als die Arbeiter in Stationsdiensten. So bildet die Beschäftigung im Fahrdienst für das Hilfspersonal häufig nicht nur nicht eine Einnahme, sondern eine Schädigungsquelle. Wie hoch sich die Tagelohnsätze belaufen, darüber machte Minister Thielen im Abgeordnetenhaus zu Anfang dieses Jahres interessante Mittheilungen. Danach erhielten im Direktionsbezirk Berlin die im Betriebe beschäftigten Arbeiter“ jährlich 737 M. oder 2 M. täglich, die „Streckenarbeiter“ — ebenfalls im Direktionsbezirk Berlin — 560 M. jährlich oder 1,56 M. täglich („Vorwärts“ Nr. 52 vom 2. März 1893). Nun möge sich jeder, der außer der Befriedigung des Hungers noch andere Bedürfnisse kennt, ein Urtheil bilden, ob die Eisenbahner durch die schlechten Gehaltsverhältnisse, oder aus reinem Uebermuth zu den verwerflichen Manipulationen getrieben wurden.“

Weiße Zuschriften beweisen ebenso wie eine große Anzahl anderer und übersendeter Darlegungen aus Sachkreisen zur Evidenz, dass wir durchaus zutreffend die schlechten Gehalts- und Dienstverhältnisse der unteren Eisenbahnbeamten als Veranlassung zur Beihilfe für jene Schwindereien bezeichneten.

**Gerichtlich als schlecht anerkanntes Plaster in Rixdorf.** Den Pferdebahnenwagen ist in Rixdorf das „Fortkommen“ sehr erschwert. Trotz des beständigen Läutens der Rautcher fahren „Last- und andere Fuhrwerke“ mit aller Gemüthlichkeit im Schienengeleise der Rixdorfer Straßen. Das Polizeiverbot kann dort wenig frommen; ein Fuhrmann, dem für diese Vorliebe für Pferdebahnschienen ein Strafmandat zugegangen war, erhob Einspruch und — das Amtsgericht sprach ihn von der Strafe frei, denn — so lautete die Begründung — „die Straßen Rixdorfs seien in einem so desolaten Zustande, dass sie Pferd, Wagen und Insassen gefährdeten und die Polizei hätte nicht das Recht, zu gunsten einer Privatgesellschaft andere zu zwingen, sich solchen gefährlichen Wegen anzusehen!“ — Das Gericht hat unseres Erachtens durchaus zu Recht festgestellt, dass die Rixdorfer Gemeinde ihre Plasterverhältnisse jämmerlich geregelt hat und dass die Polizeiverordnung, die zu gunsten der Pferdebahn erlassen ist, ungültig. Mag doch die Pferdebahn-Gesellschaft zunächst gutes Plaster beschaffen oder erlaube das die Profitgier der Unternehmer nicht? Kommt sie diesem berechtigten Vergehren nicht nach, so ist ihr Verlangen, Privilegien auf öffentlichen Straßen zu genießen, augenblicklich unberechtigt; berechtigter wäre im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ein polizeiliches Verbot der Pferdebahn gegenüber, ihren Betrieb fortzuführen, falls sie nicht das beinahe lebensgefährliche Dampfpflaster jahresfähig macht.

**Berliner Holz-Industrie, Tredeowstr. 20a, F. Peters.** Inhaber und Erfinder deutscher Reichspatente. Man schreibt uns: „Wer diese Firma liest, ahnt nicht, welche eigenhümlichen Zustände in dieser Fabrik herrschen. Zu Aug und Fremden der Holzarbeiter sei hier einiges der Öffentlichkeit übergeben. Wenn die Arbeiter die ganze Woche im Schweisse ihres Angesichts gearbeitet haben und dann erwarten, am Sonnabend Abend ihren Lohn zu erhalten, dann wird ihnen gewöhnlich die Witttheilung: „Sie können nur einen Theil Ihres Lohnes (50—80 pCt.) erhalten, weil — nun weil kein Geld da ist.“ Obgleich kein Arbeiter dort längere Zeit arbeitet, sind doch alle, theilweise mit verhältnismäßig bedeutenden Summen, Gläubiger der grobartigen Firma. Ein Bruder des Herrn F. Peters betreibt in demselben Hause eine Schankwirtschaft. Natürliche Folge ist, dass einige Arbeiter der Firma ihre Bedürfnisse an Speisen und Getränke bei dem Bruder des Herrn Peters befriedigen. Sonnabend Abends 6 Uhr, ehe die Arbeiter die Fabrik verlassen, werden die anderen Thüren verschlossen, so dass der Ausgang durch das Komtoir genommen werden muss. Letzteres steht mit der Schankwirtschaft in Verbindung, so dass jeder Arbeiter, nachdem er einen Theil seines Arbeitsverdienstes empfangen, seinen Weg durch das Schanklokal zu nehmen hat. Nun ist es

selbstverständlich, dass Arbeiter, die in den meisten Wochen nicht den vollen Lohn erhalten, gezwungen sind, bei dem Schanklokal Schulden zu machen. Dieser giebt auch ohne weiteres Kredit. Wenn nun ein Arbeiter das Arbeitsverhältnis löst, dann wird im Fabrikkomtoir gleich die Summe einbehalten, welche der Betreffende an den Bruder Schanklokal zu zahlen hat.“ — Entspricht diese letzte Behauptung der Wahrheit, so verlegt der Arbeitgeber die Vorschriften der §§ 115, 116 der Gewerbe-Ordnung: Die Arbeiter können dann ihren vollen Lohn einlangen. Solche Verhältnisse sollten allen Holzarbeitern nahe legen, ihrer gewerkschaftlichen Organisation beizutreten.

**Arbeitererisiko.** Gestern Vormittag waren auf dem der „Vossischen Zeitung“ gehörigen Neubau in der Neumannsgasse Nr. 2 Dachbeder auf einer Leiter mit ihren Arbeiten beschäftigt, als dieselbe plötzlich nachgab, umstürzte und nun aus einer Höhe von etwa 15 Metern auf den Straßendamm fiel, zwei auf derselben befindliche Personen, die Dachbeder Hermann Schulz, Stephanstraße, und Albert Vogt, Steinmehlsstraße 6 wohnhaft, unter sich begrabend. Dachbeder Hermann Schulz fiel zuerst, ihm folgte Vogt, welcher auf eine unten passirende Frau fiel und diese mit umriß, so dass dieselbe, in welcher ein Fräulein Sens, Züdenstr. 46 wohnhaft, festgestellt wurde, einen rechten Knochenbruch erlitt. Die beiden Verunglückten wurden in den Geschäftsladen im Hause Breitestr. 9 gebracht, wo der gerade vorübergehende Dr. Joseph, Dresdenstr. 98 wohnhaft, die erste Hilfe leistete und dieselben untersuchte. Die Verletzungen des Vogt sind nur geringer Natur und beschränken sich auf einigen Quetschungen, während diejenigen des Schulz derart schwere sind, dass derselbe wohl kaum mit dem Leben davonkommen dürfte, denn derselbe hat mehrere Knochenbrüche erlitten, außerdem ist eine Gehirnerschütterung eingetreten. Fräulein Sens erhielt bereits von einem Neumannsgasse 11 wohnenden Heilgehilfen den ersten Nothverband angelegt, während Schulz mittels Krankenwagens nach der Charité befordert wurde. Vogt sollte in ein Krankenhaus gebracht werden.

**Mord oder Unglücksfall?** Die Leiche eines etwa 40jährigen Mannes, die am Hinterkopfe Verletzungen zeigte, wurde heute Morgen um 7 Uhr durch einen Schuttmann des 33. Polizeireviers am Kempeplatz im Thiergarten auf einer Bank sitzend aufgefunden. Die Todesursache hat sich bislang nicht feststellen lassen; doch scheint es, als ob der Mann eines gewaltsamen Todes nicht gestorben sei, da außer den Wunden am Hinterkopfe, die nach oberflächlicher Schätzung nicht sehr erheblich sind, keine Spuren von äußerer Gewaltanwendung erkennbar sind. Man nimmt daher an, dass die Verletzungen von einem Falle her rühren, worauf auch die stark beschmutzten Kleidungsstücke des Toten hindeuten. Die Persönlichkeit ist ebensowenig gleich festzustellen gewesen, da Ausweismaterial nicht vorhanden ist; indes dürfte der Verstorbenen ein Handwerker, vielleicht ein Schneider sein. Er hat spärliches blondes Haar und einen blonden Schnurrbart, trug ein grau und schwarzgekreuztes Weinkleid, schwarzen Tuchrock, ebensolche Weste und einen niedrigen Filzhut. Waarmittel und Werthsachen wurden nicht aufgefunden.

**Polizeibericht.** Am 2. d. M. Nachmittags fiel ein Mann an der Ecke der Weisenau- und Vossiallanecstraße beim Anspringen von einem in der Fahrt befindlichen Geschäftswagen zu Boden und verletzte sich schwer an der Stirn. — In dem Laboratorium einer Apotheke versuchte ein Laufbursche sich zu erhängen. Er wurde noch rechtzeitig bemerkt, befreit und nach der Charité gebracht. — In der Nacht zum 3. d. M. sprang gegenüber dem Hause Friedrichsgracht 24 ein Gezebler in die Spree, wurde aber bald aus dem Wasser gezogen und nach der Charité gebracht. — Im Laufe des Tages fanden sechs Brände statt.

## Gerichts-Beitrag:

**Majestätsbeleidigung.** Vor einiger Zeit wurde die Frau v. Gerlach von der ersten Strafkammer dieses Landgerichts I wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt. Mit ihr war ihr Ehemann, der Ingenieur Alexander v. Gerlach angeklagt, der Gerichtshof hatte aber beschlossen, den Geisteszustand des Angeklagten untersuchen zu lassen. Diese Untersuchung hat durch den Gerichtsphysikus Sanitätsrath Dr. Mittenzweig stattgefunden. Nach dem Gutachten des Sachverständigen ist der Angeklagte unheilbar geisteskrank und schon im Jahre 1887 aus der Charité als unheilbar geisteskrank entlassen worden. Der Angeklagte, welcher u. a. behauptet, das Perpetuum mobile erfunden zu haben, ist seit davon überzeugt, dass er mit der Geisteswelt in Verbindung stehe; er unterhält sich mit den Geistern, hört dieselben anheulig reden und macht sich überirdische Kräfte an. Zu seinen Phantasiegebilden gehört die Behauptung, dass eine griechische Prinzessin Philomena, welche vor 800 Jahren gestorben, mit ihm ein Liebesverhältnis unterhalte und sich auf ewig mit ihm verbinden werde. Der Gerichtshof erkannte nach diesem Gutachten auf Freisprechung des Angeklagten. — Merkwürdig, dass gerade bei dieser Art Verbrechen die Strafe erst dann herabgesetzt, wenn diese Krankheit ihre Bestrafung hindert.

**Wegen Majestätsbeleidigung** waren der Dreher Thiele und seine Frau angeklagt. Eine Frau Muth und ein Arbeiter Friedrich Staffeldt, Hansgenossen der Thiele'schen Eheleute in dem Hause Gerlichstr. 7 hatten gegen Frau Thiele Verleumdungen verbreitet und waren von ihnen verklagt worden. Nachdem schon die Frau Staffeldt vergeblich versucht hatte, die Thiele'schen Eheleute durch die Drohung mit einer Anzeige zur Zurücknahme der Klage zu bewegen, denunzierte Staffeldt den Dreher Thiele wegen drei Majestätsbeleidigungen, die Frau wegen einer. Als Zeugen sollten die verschiedenen Mitglieder der Staffeldt'schen Familie, der Pflegevater der Frau Muth und der Schlosser Albert Subat, sowie dessen Schwester, frühere Schlosserin der Muth, figuriren. Subat war ein Arbeitskollege des Thiele und hatte bei einem Streit mit diesem schon gedroht, er werde ihn wegen Majestätsbeleidigung ins Zuchthaus bringen. Die Schwester war von der Frau Thiele zur Zahlung eines geschuldeten Betrages aufgefordert worden und stand sich seitdem schlecht mit ihr. Der Racheakt hatte zunächst infolgedessen Erfolg, als die beiden Thiele'schen Eheleute am 19. September in Untersuchungshaft genommen wurden. Glücklichweise nahmen sich Freunde der Kinder der Thiele's an. Frau Thiele wurde nach einigen Wochen wieder aus der Haft entlassen, der Mann blieb bis zum Termine darin. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, hatte eine große Anzahl von Zeugen aufgeboden, um die gewünschte Stimmung der Staffeldt's und Subat's gegen die Angeklagten zu bewirken. Dies gelang auch im vollen Maße. Die verschiedensten Zeugen behaupteten, wie die Frau Muth ihrem Rachebedürfnis Ausdruck gegeben hätte, wie die Staffeldt's und Subat's gedroht hätten. Von Albert Subat wurde festgestellt, dass er erklärt hatte, „er hätte zunächst den Thiele „als Genossen“ nicht denunziren wollen, nun würde er es aber doch thun.“ (1) Der Staatsanwalt glaubte der Familie Staffeldt so wenig, dass er gleich den einen, legistisch auf ihr Zeugnis gestützten Punkt der Anklage fallen ließ, im übrigen beantragte er gegen Thiele wegen zweier Fälle 2 Jahre, gegen Frau Thiele wegen eines Falls ein Jahr Gefängnis. Das Gericht nahm nur den einen Fall als erwiesen an, in dem Thiele nach der Bekundung eines unbefangenen, zweifelloser der Denunziation ganz fernstehenden Mannes eine Verleumdung gethan hatte, in der eine Majestätsbeleidigung gesehen wurde. Auch diese Verleumdung war durch Staffeldt, der zufällig Ohrenzeuge gewesen war, zur Anzeige gebracht worden. Der

andere Zeuge hatte eine Majestätsbeleidigung in ihr gar nicht gesehen. Dagegen hielt das Gericht alle die Fälle für nicht erwiesen, in denen nur die Staffeldt's, Subat's und der Pflegevater der Muth als Zeugen figurirten, indem es diesen Zeugen bei ihrer offensibaren Eingekommenheit keinen Glauben schenkte. So wurde Herr Thiele in zwei Fällen, Frau Thiele ganz freigesprochen. Herr Thiele wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt aber auf Antrag des Verteidigers sofort aus der Untersuchungshaft entlassen.

**Der „erste Mai“** beschäftigte heute die zweite Strafkammer in einer Anklage wegen Körperverletzung, welche sich gegen die Maurer Hermann Feuer, Gustav Dittmann und Franz Ebert richtete. Auf einem Bau am Dürerplatz in Schöneberg hatte die eine Hälfte der Maurer, etwa ein Dutzend, den „1. Mai“ gefeiert, die andere Hälfte hatte gearbeitet. Als am nächsten Morgen die Arbeit begann und die Maurer sich in der Baubude trafen, wurden diejenigen, die gefeiert hatten, entlassen. Darob kam es zu Reibereien, bei denen sich besonders der Maurer Wilhelm Pfeiffer hervorthat, der mit einem zugespitzten Messer in der Hand jeden niederzuschlagen drohte, der ihm zu nahe kommen würde. Die Entlassenen verließen ruhig den Bauplatz und gingen nach der Kneipe, in welcher „der Bau“ bisher seine Mahlzeiten eingenommen hatte. Zur Frühstückzeit wollten die anderen Arbeiter nach der gewohnten Kneipe gehen, der Polier rief aber davon ab, nur Pfeiffer ließ sich nicht halten und ging hinüber, wurde aber von den Entlassenen mit dem drohenden Kopfe empfangen: „Da kommt ja der Messerheld!“ Pfeiffer ergriff nun zwar die Flucht, wurde aber eingeholt und mit hölzernen und eisernen Werkzeugen nach allen Regeln der Kunst verhanen, so dass er eine Menge Kopfwunden davontrug. Der Staatsanwalt, welcher in dem Vorgange eine sozialdemokratische Ausschreitung (2) erblickte, beantragte für zwei der Angeklagten je vier und für den dritten sechs Monate Gefängnis. Verteidiger Rechtsanwalt Heine richtete sich gegen diese Anschauung und legte dar, dass der Vorfall jedes politischen Hintergrundes entbehrte, sowie dass der angegriffene Theil der nichtfeiernde Pfeiffer war. Der Gerichtshof erkannte auf ein Viertel der vom Staatsanwalt beantragten Strafe, nämlich auf je einen Monat gegen Feuer und Ebert, sechs Wochen gegen Dittmann. — Weshalb ist der Messerheld Pfeiffer nicht angeklagt? Stand er fern vom Verdacht, sozialdemokratische Anschauungen zu haben? Gleich eine Bedrohung mit dem Messer zu sehr der Gemüthlichkeit von Studenten und vornehmern Geistes?

**Bamberg's „bester“ Volkseisoldat.** Eine interessante Gerichtsverhandlung fand am vorigen Donnerstag am königlichen Landgericht Bamberg statt. Schlossermeister Stinner soll bei einer Gelegenheit den Polizeikommandanten Spieß beleidigt haben, weshalb letzterer Klage beim Amtsgericht erhob wegen Verleumdung. Bei dieser Verhandlung wurden von Zeugen folgende Aussagen über den Kläger gemacht: 1. habe derselbe verschiedene falsche Anzeigen gemacht; 2. sei derselbe öfters betrunken, einmal sogar derartig, dass er unterm Tisch herumlugelte; 3. habe er Gastwirthliche angepumpt und mit Gästen öfters Streitigkeiten verübt; 4. soll er einmal einem Gendarmen haarsträubende Vorwürfe gemacht und nach Aussage der Zeugen in seiner Trunkenheit mit seinem Schläger — der doch geheim zu führen ist — ohne allen Anlass herumgeschüttelt haben. In einem anderen Fall mußte ihm der Wirth das Loch, was der Zimmermann gelassen, zeigen. Es folgten noch mehrere, den Spieß schwer belastende Zeugenaussagen, so daß Freisprechung des Angeklagten erfolgen mußte, trotzdem Herr Polizeikommandant Hofmann den Spieß als seinen „besten“ Volkseisoldaten bezeichnete. Gegen dieses Urtheil legte der Amtsanwalt Berufung ein, welche aber verworfen wurde, unter Ueberbürdung aller Kosten, auch die der Verteidigung, auf die Staatskasse.

## Soziale Uebersicht.

**Der Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands** wird der zeitigeren Einberufung des Reichstages wegen jedenfalls vom 26. November auf den 19. November verlegt werden müssen. Die Mitglieder der Kongress-Kommission werden ersucht, sich heute, Sonnabend, 9 Uhr Abends, bei Feindt, Weinstr. 11, zur definitiven Beschlussfassung einzufinden.

J. A. Carl Butry.

**Achtung, Töpfer!** Durch einmüthiges Zusammenhalten der Kollegen ist es uns gelungen, den Tarif bei dem Töpfermeister Carl Koch hochzuhalten; Herr Koch hat erklärt, in Zukunft den Tarif voll und ganz zu bezahlen. Es ist dies wiederum ein Beweis, dass wir jeden Versuch, der vom Unternehmertum ausgeht, unseren Tarif zu beseitigen, streng zurückzuweisen müssen, aber auch im Kampfe ein einiges Zusammenhalten zeigen. Somit ist die Sperre über obengenanntes Geschäft aufgehoben.

J. A. Richard Topf, Gipsstr. 3.

## Veranstaltungen:

**Die Vergolder und verwandten Berufsgenossen** hielten am 30. Oktober bei Philipp, Rosenthalstr. 33, eine öffentliche Versammlung ab, in der Frau Wabnitz in einem Vortrage eine Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse gab und die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation besprach. Die Diskussion war sehr lebhaft und bewegte sich im Sinne des Referats. Die Funktionen der Lohnkommission sollen der Agitationskommission übertragen werden, welche in einer demnächstigen öffentlichen Versammlung in der Weise zu ergänzen ist, dass alle Berufsweige der Branche ihre Vertretung haben. Die Lohnkommission wurde grund dessen aufgehoben. Hieran berichtete Kollege Mehring als Delegirter der Gewerkschaftskommission über die Errichtung des Kunststudienbureaus. Dasselbe befindet sich Rosenstr. 28 und ist für alle gewerkschaftlichen und gewerbegerichtlichen Angelegenheiten von 9—1 und von 6—9 Uhr geöffnet. Die Kunststudienvertheilung erfolgt kostenfrei. Ferner berichtete Kollege Mehring über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission in bezug auf die geplante Errichtung eines Centralarbeitsnachweises und Regelung des Submissionswesens. Aus dem vorhandenen Streifonds wurden den freitenden Lithographen und Steindruckern 100 M. und den französischen Grubenarbeitern 30 M. bewilligt und die Agitationskommission mit der Absendung der Unterstützung beauftragt.

**Der Fachverein der Firmenschilder-Branche** hielt am 30. Oktober eine Generalversammlung ab. Nach dem Vierteljahrberichts des Kassiers betrug das Vermögen der Kasse 64,72 M. Der Verein zählt 33 Mitglieder. Zum Schriftführer wurde Kollege Hauser wiedergewählt. Hieran wurde über die Frage: „Wie stellen sich die Mitglieder zur Auflösung des Vereins?“ des Längeren gesprochen. Ein Antrag Karl Vertram's, von der Auflösung des Vereins abzusehen, wird angenommen. Unter Verschiedenem macht Nagel bekannt, dass die Kollegen Hüller und Wich immer nicht vom Stiftungsfest abgerechnet haben. Infolge der vorgeschrittenen Zeit wird der Antrag Karl Vertram's, für



Das händige Gewerbeamt Bureau einen monatlichen Beitrag von 3 Mark zu entrichten, bis zu der nächsten Versammlung verlag.

Die Holz- und Bretterträger hielten am 2. November eine öffentliche Versammlung ab, an der auch Frauen zahlreich teilnahmen. Genosse Schwarze referierte über das Thema: „Kapital und Arbeit.“

Eine öffentliche Versammlung, einberufen von der chirurgischen Brauche, tagte am 29. Oktober. Fräulein Baader referierte über das Thema: „Die Frau in der heutigen Gesellschaft.“

In Friedrichsfelde fand am 2. November behufs Bericht erstattung über die Verhandlungen des Parteitages eine öffentliche Volksversammlung statt. Genosse Reinhardt-Weissenberg gab das Referat und forderte im Anschluß daran die Anwesenden auf, wenn es ihnen irgend möglich, sich der Organisation ihres Berufes anzuschließen.

Trebbin. Am Sonntag hielten die hiesigen Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen in Löwendorf eine öffentliche Versammlung ab, die ungefähr von 150 Personen, darunter einige Fabrikanten und Werkmeister, besucht war.

Die heute in Löwendorf tagende öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen von Trebbin und Umgebung erklärte sich auf das entschiedenste gegen jede Mehrbelastung des Tabaks, sowie gegen alle indirekten Steuern, da dieselben auf die breite Masse des arbeitenden Volkes am schwersten lasten.

Hieraus wählte die Versammlung den Kollegen Karl Gräfe zum Delegierten für den Kongreß der Tabakarbeiter. Genosse Kiesel besprach dann eingehend die Organisationsfrage, und legte den Zuhörern ans Herz, wie notwendig es ist, daß sich die Tabakarbeiter organisieren, damit endlich den Lohnrückstellungen ein Riegel vorgeschoben werde.

Verstärkten wurde vom Vertrauensmann die Lokalfrage zur Sprache gebracht, besonders die Lokalabtreiberseite seitens der Behörde und des Bürgerturns, die noch immer in Trebbin ihre Wälder freibt, gezeihelt. Pflicht der Arbeiter wäre es, den Bahnhofs in Löwendorf zu unterlegen, damit dieses Lokal gehalten werde.

Deutscher sozialdemokratischer Leseklub in Paris. Aus St. Honoré 214, Café du Bon de Vostoff. Jeden Sonnabend öffentliche Versammlung: reiche Bibliothek, Zeitungen, französischer Unterricht.

London. Der einzige hiesige sozialdemokratische Verein London, der alle, von Karl Marx und Friedrich Engels 1849 begründete kommunalistische Arbeiter-Bildungsverein befindet sich nach wie vor an Tottenham Street, Tottenham Court Rd., W. London.

Neuer Berliner Handwerker-Verein. Sonnabend, den 4. November, Abends 9 Uhr, Vereinsversammlung im Restaurant „Philipp, Rosenbalerstraße 28.“

Berlin. Schiller der 30. Gemeindefchule um 9 Uhr, Restaurant „Friedrich, Hagenstraße 28.“

Vereinigung „Heitere Gesellschaft“, Haberstraße 10, Sonntag, 4. Nov., 10 Uhr, Sitzung mit Damen, Fidejussio, Vortrag.

In der kammernischen Gemeinde, Kommandantenstr. 79, hält am nächsten Sonntag, Vormittag 10 Uhr, Herr G. Schäfer den Vortrag über: Die drei sozialen Fortschrittsbewegungen. Bitte willkommen.

Reinhold Theater-Gesellschaft, „Friedrichstraße“, Sonntag, den 5. November, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Matthes, Oranienstr. 108, Sitzung. Nächste Sitzung: Sonntag in 14 Tagen.

Verein der Musikanten und Heiterer. Sonntag, den 5. November, Nachmittags 5 Uhr, Schulstr. 11, Brauer-Kaufhaus, Neue Jakobstraße 14/15, Versammlung.

Christliche Gesellschaft. Sonntag, den 5. Nov., Abends 7 Uhr, finden zwei Versammlungen statt, die erste: Kommandantenstr. 79, Vortrag des Herrn Dr. Reinhold über „Krisen und Fortschritt“, die zweite: Schillerstr. 28, Vortrag des Herrn Dr. Weid über „Gehalt und Ege“, nach den Vorträgen: Gemüthliches Besinnelichen und Tanz.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonnabend, Abends 8-10 Uhr. Da: Schiller, Marktstraße 21; Unterricht in Rechnen, Süd-Ost-Schule, Hagenstraße 133; Unterricht in: Volkswirtschaftliche Rechnen. In allen Unterrichtsfächern können nach Schülern und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Arbeiter-Vereine und Vereine. Sonnabend, Vormittag 10 Uhr, finden zwei Versammlungen in der Turnhalle, Friedrichstr. 27, statt. In der Turnhalle, Friedrichstr. 27, findet am Sonntag, den 5. November, Abends 8 Uhr, eine Versammlung neuer Mitglieder. Gräfe, Kiesel, Reinhardt, Hermann, u. Kiesel, Redner. Bitte willkommen.

Chor. Sonnabend, Abends 8 Uhr, findet eine Versammlung im Restaurant „Philipp, Rosenbalerstraße 28.“ statt. Bitte willkommen.

Chor. Sonnabend, Abends 8 Uhr, findet eine Versammlung im Restaurant „Philipp, Rosenbalerstraße 28.“ statt. Bitte willkommen.

Chor. Sonnabend, Abends 8 Uhr, findet eine Versammlung im Restaurant „Philipp, Rosenbalerstraße 28.“ statt. Bitte willkommen.

Chor. Sonnabend, Abends 8 Uhr, findet eine Versammlung im Restaurant „Philipp, Rosenbalerstraße 28.“ statt. Bitte willkommen.

Chor. Sonnabend, Abends 8 Uhr, findet eine Versammlung im Restaurant „Philipp, Rosenbalerstraße 28.“ statt. Bitte willkommen.

Chor. Sonnabend, Abends 8 Uhr, findet eine Versammlung im Restaurant „Philipp, Rosenbalerstraße 28.“ statt. Bitte willkommen.

Chor. Sonnabend, Abends 8 Uhr, findet eine Versammlung im Restaurant „Philipp, Rosenbalerstraße 28.“ statt. Bitte willkommen.

Statt das Sankt Sankt, jeden Sonnabend bei Matthe, Graubener Straße 2. Touristenverein Wanderer Abends 9 Uhr im Restaurant „Philipp, Rosenbalerstraße 28.“

### Vermischtes

Schneidemühl, 3. November. Der Wasserstand an der neuen Ausbruchsstelle hat sich vermindert. Der Brunnenmeister Beyer erklärte, zur Zeit sei eine Gefahr nicht vorhanden, die Thonsticht sei 35 Meter stark und nicht labil. Der Brunnen wird nunmehr vollständig geschlossen werden. Einige Häuser zeigen keine Risse. Falls neue Erdbeben eintreten, wie nicht ausgeschlossen ist, so wird der gefährdete Stadttheil schwerlich zu retten sein.

Nichts bleibt unge-rochen im deutschen Rechtsstaat; das beweist folgender Strafbefehl.

Auf den Antrag der großherzoglichen Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, in der Nacht vom 16.—17. September d. J. auf der Straße dahier durch lautes Pfeifen und Singen, sowie durch lautes Streichenlassen von Winden ungebührlicher Weise ruhstehenden Lärm erzeugt oder groben Ungehorsam verübt zu haben; Uebertretung gegen § 360 11 Reichs-Strafgesetzbuch, worfür als Beweismittel bezeichnet sind; Ludw. Schön, Schlosser, Gendarmen Schul und Seibert, dahier, eine Geldstrafe von 10 M. — und im Falle dieselbe nicht beigetrieben werden kann, eine Haftstrafe von drei Tagen — festgesetzt. Zugleich werden Ihnen die unten verzeichneten Kosten mit 1,10 M. auferlegt. Geldstrafen und Kosten sind auf die demnächst ergehende Aufforderung an die in der letzteren bezeichnete Kasse zu bezahlen. Dieser Strafbefehl wird vollstreckbar, wenn Sie nicht binnen einer Woche nach der Zustellung bei dem unterzeichneten Gerichte schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers Einspruch erhoben.

Wädigen, den 28. September 1883. Großherzogliches Amtsgericht. gez. Rabenan. Bezgl. Vorph. Gerichtsschreiber-Asst. Herr N. N., Schlosser, ledig. Wädigen.

### Deveschen

Möln i. Laenburg, 3. Okt. Gestern Abend kam hier eine Feuersbrunst zum Ausbruch, welche gegen 20 Häuser in Asche legte. Der Schaden ist bedeutend, da die Gebäude niedrig oder gar nicht versichert sind. Die Entstehungsbursache ist unbekannt. Ein Feuerwehrmann wurde infolge Sturzes vom Dache schwer verletzt.

Paris, 3. November. Dem Vernehmen nach wird die Regierung eine Interpellation über die Darlegung ihres Programms nicht abwarten, sondern die Kammerdebatten durch ein Exposé einleiten, welches die Vorlagen, die den Arbeitern der Kammer zu Grunde liegen werden, aufzählt. Das Kabinett wird sodann die Anträge bezeichnen, welche es zurückzuweisen gedenkt, insbesondere solche betr. die Revision der Verfassung, die Trennung der Kirche vom Staat, die Änderungen des Wahlmodus und gewisse Fragen, welche Budgetangelegenheiten betreffen.

Die letzte Brouardet und Dienlafon sind heute nach Vormonth abgereist, um den Zustand von Cornelius Herz zu untersuchen. Madrid, 3. November. Heute Vormittag haben die Angestellten der Bahn Saragossa-Alicante die Arbeit eingestellt. Sie verlangen die Abberufung des Betriebs-Chefs. Der Güterverkehr mußte eingestellt werden. Vom militärischen Standpunkte aus ist die Lage ernst, weil alle Truppen-Transporte auf dieser Linie stattfinden.

### Briefkasten der Redaktion.

C. R. Sie können am 13. November wählen, wiewohl Sie an demselben Tage Herbst-Kontrollversammlung haben. Gasse. 1. Fragen Sie bei Ihrem Bezirkskommando an. 2. Zum 6. Wahlkreise. 1. 10. R. Am 1. zum 15. und am 15. zum 1. V. R. 30. Die Alten müssen vom Anwalt nach Vergleichung seiner Gebühren seinen Klienten herausgegeben werden. Otto S., Holzmarkt. Rein.

## Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. Täglich von 5 Uhr ab: Grosses Frei-Concert. Soireen der feinsten Sänger vom Bryhall-Palast. Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reservirt 30 Pf. Anf. Sonntags 5 Uhr. Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf. Anerkannt gute Küche. Säle für Festlichkeiten u. Versammlungen. 3 Stengelbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf. Programm unentgeltlich. Carl Koch.

## Neues Club-Haus

72. Kommandantenstr. 72. Empfehle meine 4 hochsolganen Festsäle (50-100 Pers.) den 1c. Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. 2834b Habe noch einige Sonnabende und Sonntage zu vergeben. H. Ebert.

## Boltz' Festsäle

(vormals Feuerstein) 8. Alte Jakobstrasse 75. 5b Säle zu Festlichkeiten u. Versammlungen. Januar und Februar stehen den Vereinen noch Säle zur Verfügung. Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1082. Heute Abend großes Gänseauspielen auf dem Billard, wozu ergebnis einladet. A. Below, Waldemarstr. 64a. Möbl. Zimmer im Südosten gesucht. Preisofferten unter D. S. 31 Postamt Waldemarstr. 3000b

## Sperre!

Die Pianofabrik von Schleifer & Comp., Köpnickstr. 58, ist für die Zusammenfasser gesperrt. [253/15] Der Vorstand des Fachvereins der Musik-Instr.-Arbeiter.

## Verein der Lithographen, Steindrucker u. Berufsgen. Deutschlands. (Filiale Berlin.)

Vertrauensmänner-Sitzung am Montag, 6. Novbr., Ab. 8 1/2 Uhr, bei Herrn Philipp, Rosenbalerstr. 28. Es ist Pflicht eines jeden Vertrauensmannes in der Sitzung zu erscheinen. 210/8 Die Verwaltung.

Freunden und Genossen empfehle mein Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal. Vereinszimmer zu vergeben. 48162 Anton Seidler, Ratiborstr. 16, zwischen Wiener- und Reichenergerstraße.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich Oranienstr. 184 einen Pagenhofer 4/10 Ausjüant eröffnet habe und bitte um gütigen Zuspruch. Hermann Aepler. Erklärung! Die Beleidigung, die wir dem Schankwirth LaStowitz zugesagt haben, nehmen wir hierdurch zurück. H. Hertwig, H. Fischer.

Jede Hausfrau haufe nur Carl Sauber & Sohne, Alexandrienerstr. 58, beste Verleberger Glanzwische, da dieselbe dem Leder sehr zuträglich, schnell Glanz erzeugt und äußerst sparsam ist. Zu haben in allen Kolonial-, Droguen- und Schuhgeschäften. 4984L. Preislisten gratis und franko.

## Alle Uhren

3530L werden sauber und sorgfältig reparirt unter Garantie des Gutgehens für 1,50 Mark (außer Wuch) bei W. Winkler, Berlin N., Reinickendorferstr. 2 g, gegenüber der Dankes-Kirche. Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

## Martin Klein,

Uhrmacher, 8544L 25 Neue Hochstr. 25 empfiehlt sein Lager aller Arten Wand- und Taschen-Uhren. Reparaturen zu soliden Preisen

## Detailverkauf sämmtl. Sorten Moh-Tabak

Rud. Völcker & Sohn, Köpnickstr. 45. 5b Stempel, Vereinsabzeichen, Schablonen etc. 631M P. Stumpe, Sebastianstr. 13. Homöopath. Art Dr. Hölz, Siniensstr. 149, 8-10, 5 bis 7, Sonntags 8-10 Uhr.

## Blücherstraße Nr. 11.

vis-à-vis der Kreuz-Kirche Wilhelm Böhm. Sämmtliche Hüte mit Kontrollmarken. Großes Lager in Schirmen.

## Arbeiteranzüge.

Winterüberzieher v. M. 15.- ab Anzüge (feste Stoffe) 18.- Stoffhosen schon 5,50. Foden-Joppen 6,50. Knaben-Überzieher 4,50. Anzüge 4,50. Großes Stofflager. Bestellungen nach Maß werden gut u. bill. angef. Wilhelm Pusewey, Berlin, Dresdenerstr. 17.

## Cohn's Hosenfabrik

Pallisadenstraße 7 hat auf Wunsch ihrer Kunden sich jetzt Herren-Anzüge u. Herren-Paletots zugelegt u. verkauft dieselben im Detail zu Engrospreisen; anßerdem Verkauf zurückgegebener Kinder- und Burschen-Anzüge zu Spottpreisen. Auch einzelne Leiden und Kniefossen von 1 M. an sind immer noch vorräthig. 4837L. Allen meinen Freunden, Bekannten und werthen Gästen, sowie Kästrinern, Sonnenbergern, Drosselnern und meiner werthen Nachbarschaft mache ich die ergebene Anzeige, daß sich mein Lokal jetzt Straußenerstraße 11 befindet. Hochachtungsvoll Louis Jäger, Restaurateur.

## Schiffsbillets

für Reisende von allen Hafenplätzen im Reisebureau von 46992\* Theodor Reiner & Co., Platz vor dem Neuen Thor 3 (Laden), Ecke Invalidenstrasse.

## Winter-Heberzieher, Hosen, Anzüge, Güte, Wäsche, Betten etc. Spottbillig. Pfandleihe

5094L\* Skalitzerstr. 13, 1 Tr. Herren- Anzüge, Paletots u. Hosenstoffe, alles nadelfertig, verkauft jedes Maß zu Engros-Preisen. Beste bedeutend billiger. 4983L\* Albert Marwitz, Neue Grünstr. 23.

## Staare, 200 Stiegl., Finken, Putz- hänglinge 1,25, Zeißig, Rothkehlchen, Kreuzschnäbel 1,00, Mehlwärmer 4,00 (billige Papageien). Schnelle, Invalidenstr. 7. 2992b

## Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozess. Einziehung von Forderungen. Pollak, jetzt Blumenstr. 19 Nr. Auch Sonntags.

## Rechtsbureau

des Königlichlichen Amtsrichters Dr. D. Altes-Jakobstr. 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unmittelbar unentgeltlich. Auch Sonntags. 49228\* Ausgelämmte Frauenhaare laßt Freyer, Münchebergerstr. 3. 2998b

## Arbeitsmarkt.

Modellstecher verlangt Dietrich, Chausseestrasse 68/69. 2992b Gesellen auf Kundenarbeit. 2998b Dietrich, Chausseest. 68/69.



## Gerichts-Beilage.

**Zum Prozeß Polke.** Dem Vernehmen nach wird in dem Prozeß Polke zunächst der für den 6. November angesetzte Termin abgehalten werden. Bei dem Richterscheinen des Angeklagten wird dann der Gerichtshof die Anträge des Staatsanwalts entgegen zu nehmen haben. Das Schreiben, in welchem Paul Polke von Paris aus sein Richterscheinen begründet, ist ein umfangreiches Schriftstück. Der Angeklagte behauptet darin, daß er sich nicht von feiger Furcht vor etwaiger Strafbewegung lasse, sondern durch die Lehren, die er aus dem ersten Prozesse gezogen. Das Verfahren, in welchem er freigesprochen worden, dauere bereits 2 1/2 Jahre, die unendlichen Aufregungen, in welche er im Laufe des Prozesses geführt worden, hätten seine Nerven und seine Gesundheit derartig erschüttert, daß er schon aus diesem äußerlichen Grunde vorzöge, sich neuen Aufregungen nicht noch einmal aussetzen. Der Angeklagte deutet weiter an, daß er in dem ganzen Verlaufe seines Prozesses nach seiner Meinung unter dem Einflusse einer gegen die Börse im Allgemeinen und gegen einzelne Bankiers im Besonderen gerichteten Bewegung, die auch jetzt noch andauere, zu leiden gehabt habe. Er befürchte, daß er sofort wieder in Untersuchungshaft genommen werden würde, deren Dauer nach seinen Erfahrungen nicht abzusehen sei. Im ersten Prozeß sei er ein volles Jahr in Untersuchungshaft behalten worden, lediglich weil der wegen Unterschlagung aus seinem Geschäft entlassene Buchhalter und Denunziant Hamacher ihn fälschlich des Mordverdachts beschuldigt habe. Alle seine Vorstellungen dagegen seien erfolglos geblieben, er sei 883 Tage in Haft behalten worden, bis die Strafkammer während der Verhandlung aus eigenem Antriebe und ohne Antrag der Verteidigung ihn aus der Haft entlassen habe. Der Angeklagte beschwert sich in jenem Schreiben weiter darüber, daß er, nachdem er lediglich auf Grund der Denunziation des Hamacher verhaftet worden, am Tage nach der Verhaftung ganz kurz von einem jungen Assessor vernommen worden und erst nach 2 1/2 Monaten seine zweite Vernehmung erfolgt sei. Er erinnert weiter an das ungewöhnliche Verfahren, daß die Staatsanwaltschaft, um überhaupt ein Beweismaterial gegen ihn zusammen zu bringen, durch öffentliche Bekanntmachung alle diejenigen, die sich durch ihn geschädigt glaubten, aufgefordert habe, sich zu melden. Auch nach Abschluß der Voruntersuchung habe man alle seine Anträge auf Haftentlassung gegen hohe Kaution abgelehnt. Der Angeklagte bezeichnet in seinem Schreiben das Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen ihn für um so auffälliger, als nicht einmal in den Fällen des Kommerzienraths Wolff, des Bankiers Naab u. a., in welchen es sich um Unterschlagungen von Depots handelte, die Staatsanwaltschaft eine solche öffentliche Aufforderung habe ergehen lassen. Er habe, um sich zum Termin am 6. November vorzubereiten, vergeblich um Ausbändigung einer Anzahl von Korrespondenzen und Protokollen gebeten, statt dessen habe die Staatsanwaltschaft einen neuen Verhaftungsantrag gegen ihn gestellt, welcher vom Land- und vom Kammergericht mit der Motivierung abgelehnt worden sei, daß nach den bisherigen Ergebnissen in den zur Anlage stehenden Fällen ein dringender Verdacht der Thäterschaft nicht vorliege. Polke behauptet, daß ihm durch die Ablehnung seiner Anträge auf Ausbändigung der Korrespondenzen und Protokolle die Gelegenheit zur zweckentsprechenden Vorbereitung seiner Verteidigung genommen sei und daß seine durch die Vorverurteilung der letzten 2 1/2 Jahre erschöpften Kräfte eine nochmalige Untersuchungshaft nicht aushalten würden. In dieser Weise hat der Angeklagte, wie uns derselbe mittheilt, sein Richterscheinen zum Termin am 6. November begründet. Das Reichsgericht hatte in 7 Fällen die Revision des Staatsanwalts für durchgreifend erachtet. Einer dieser Fälle hat inzwischen das Zivilgericht beschlagnahmt, die Ansprüche des betreffenden Klägers gegen Polke sind aber zurückgewiesen worden.

## Soziale Ueberlicht.

**Unsere Unternehmer und der Arbeiterkampf.** Ein Ausbeuter schlimmster Sorte, der Papierfabrikant Niesel in Glanhan, stand vor einigen Tagen vor dem Landgericht Juidau, angeklagt, wiederholtlich Schulkinder und jugendliche Arbeiter, letztere bis zu 18, ja sogar 36 Stunden ohne Unterbrechung beschäftigt zu haben. Das Landgericht verhängte über Niesel 1500 M. Geldstrafe eventuell vier Monate Gefängniß wegen Verletzung der Bestimmungen des Arbeitergesetzes.

**Aus den Musterwerkstätten.** Unser Gallesches Bruderblatt berichtet: Ein strenges Regiment herrscht in der hiesigen Zentralwerkstatt, wie aus folgendem Vorgang ersichtlich. Tauschen da dieser Tage einige Arbeiter ihre Meinung aus über die zweckmäßige Art der Ausführung einer denselben übertragenen Arbeit. Dies mußte ein höherer Beamter gesehen haben, der, wohl getrieben von dem unheimlichen Gefühl, es seien sozialistische Theorien erörtert worden, nicht Willigeres zu thun hatte, als die Arbeiter aufzufordern, sich zu Protokoll nehmen zu lassen. Zwei der Arbeiter haben natürlich eine solche Mahnung als ihrer unwürdig an und leiteten der Aufforderung nicht Folge, erhielten aber am anderen Tage die Kündigung und werden nach Ablauf derselben den Staub der Musterwerkstatt von ihren Füßen schütteln.

**Die Misere des Fabrikinspektors.** Die hiesigen Fabrikinspektoren werden mit sehr viel Anderem, mit der Inspektion nicht zusammenhängenden Arbeiten beauftragt, sie könnten fast sagen belästigt. Trotzdem im Großherzogthum Hessen, wesentlich durch wiederholte Anregung der sozialdemokratischen Vertreter im Landtag, seit einigen Jahren zwei Aufsichtsbeamte ernannt sind, reicht ihre Arbeitskraft doch nicht aus, alle Betriebe zu besichtigen; dabei sind sie noch verpflichtet, Gutachten in der Fabrikinspektion ganz fern liegenden Angelegenheiten abzugeben, wodurch ihre Thätigkeit wesentlich beeinträchtigt wird. Neuerdings macht das große Kreisamt Darmstadt bekannt, daß Herr Fabrikinspektor Möser als Beauftragter der Section IV der Lederindustrie-Verufsgenossenschaft im Sinne des § 82 des Unfallversicherungs-Gesetzes bestellt worden ist. Wir verstehen nicht, wie man die Aufsichtsbemalen für Fabriken in solcher Weise ihrer eigentlichen Thätigkeit entrückt. Es dürfte dieses Vorkommniß Veranlassung zu einer Interpellation in der Zweiten Ständekammer werden und sind wir gespannt, welche Stellung die Regierung zu dieser Frage einnehmen wird.

**Wozu Korrektionshäuser zuweisen gut sind,** legt unser Gothaer Vortelorgan dar. Es ist von uns wiederholt, schreibt es, darauf hingewiesen worden, welcher Schaden den Arbeitern und Gewerbetreibenden durch das Eisenacher Korrektionshaus zugefügt wird. Die Honoratioren, bis herab zum Bürgerstand, lassen ihre Gartenarbeiten, Holzspalten, Umzüge und sonstigen Arbeiten vielfach von den Korrektionshäftlingen ausführen. So beschäftigen jetzt die Bau-Unternehmer, Maurermeister Freitag und Kaufmann Hierschel, auf dem früheren Dauberschen Grundstück, welches von genannten Herren erworben worden ist, seit

Monaten 28 Korrektionshäftlinge, unter der Aufsicht von zwei Aufsehern, während die Arbeiter, welche doch verhältnismäßig die meisten Steuern bezahlen müssen, vergeblich Arbeit suchen. Daß die Geschädigten gegen solche Unternehmer nicht gerade freundlich gesinnt sind, sondern sich oft der stärksten Ausdrücke bedienen, wird ihnen kein rechtlich Denkender verübeln, zumal sie von der besitzenden Klasse mit immer mehr Steuern bedacht werden. Und da wagt man den Arbeitern Unzufriedenheit und Terrorismus vorzumachen, wo doch in den meisten Fällen nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer selbst die Unzufriedenheit schaffen.

**Zur Frage der Arbeitslosen-Statistik in Frankfurt a. M.** Montag, den 30. Oktober, fand in Römer unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters eine Sitzung der Kommission seitens des Magistrats, dem Vorsitzenden des Statistischen Amtes und der Kommission des hiesigen Gewerkschaftsartells in Angelegenheit der Aufnahme einer Arbeitslosen-Statistik und der Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises statt. Dieselbe tagte Abends von 8-10 1/2 Uhr unter reger Beteiligung sämtlicher Delegirten an der Besprechung, welche vorerst nur die Vorfragen in dieser Angelegenheit behandeln konnten, um dem Magistrat die Vorschläge und Wünsche der Arbeiter zur Erwägung zu unterbreiten. Nach den Aeußerungen der anwesenden Mitglieder der Gemeindevorwaltung steht eine sorgfältige Prüfung der Sache zu erwarten. Hoffentlich wird recht bald ein günstiger Erfolg zum Nutzen der beteiligten Kreise zu verzeichnen sein.

**Der Lohn für dreihundertzweiundzwanzigjährige Dienstbotentrene.** Ein niedriges enges Souterrainstäbchen, so berichtet der „Wähler“, vollgeköpft mit altem Hausrath und einem Oefen, und in diesem „Zimmer“ ein 67 Jahre altes Dienstmädchen. — Am 24. Juni 1850 hat sie ihren Dienst angetreten. Sie hat ehrlich und fleißig ihrer Herrschaft gedient, die Kinder mit großem Eifer und nun ist sie am 1. Oktober 1893 nach 43jähriger Thätigkeit bei dieser Herrschaft entlassen worden — Alters wegen. Mit 28 Thaler Lohn und 10 Thaler Weihnachten hat sie ihre alte Mutter unterstützt; nichts ist ihr geblieben, als das gute Zeugniß ihrer Herrschaft und das Versprechen derselben, vom 1. Januar 1894 ab bis zu ihrem 70. Jahre vierteljährlich 20 M. zu zahlen. Das Zeugniß lautet:

G. Ammer hat vom 24. Juni 1850 ab mit einer kurzen Unterbrechung bis heute in meinem Dienst gestanden und verdient jeder Herrschaft angelegentlich empfohlen zu werden.

Leipzig, den 1. Oktober 1893.  
D. M. G. Walther, Kreisgerichtsrath a. D.

**Ist noch ein Kommtar nötig zu diesem Akt freigerichtsräthlichen Wohlwollens?** Nein, wir wollen die Wirkung dieses Zeugnißes und seiner Vorgeschichte nicht abschwächen.

**Königl. preussische Sozialreform in Helgoland.** Die Invaliditäts- und Altersversicherung ist bekanntlich durch Verordnung vom 14. September vorigen Jahres auch auf Helgoland eingeführt worden. Helgoland muß deshalb einer Versicherungs-Anstalt angegliedert werden. Mit Rücksicht darauf, daß Helgoland der Provinz Schleswig-Holstein zugetheilt ist, ist beim Bundesrath der Antrag gestellt worden, Helgoland der Versicherungs-Anstalt dieser Provinz anzuschließen.

**Wie Klein-Paris seine Leute bildet.** Dreißig „Musen-Söhne“ der Leipziger Universität haben im vergangenen Sommersemester keine einzige Vorlesung gehört. Den Schülern ist deshalb das akademische Bürgerrecht entzogen worden. Womit diese Herren Studenten ihre Zeit todtschlagen, ist bekannt. Kneipen und Fischen spielen in ihrem Tagesprogramm eine bedeutende Rolle. Das ist aber noch nicht das schlimmste. Sie haben noch „feinere“ Passionen. Der hiesige Verein zur Hebung der Sittlichkeit hat es für nötig gehalten, dem Grisetentweilen bei der hiesigen Studentenschaft zu Weibe zu gehen und Rektor und Senat der Universität haben hierbei ihre Mitwirkung zugesagt. Man hat bereits einen Studenten relegirt „wegen unzüchtlichen Umganges mit einem Mädchen und dessen zeitweiser Unterbringung bei einer Logiswirthin“. Der Wirthin ist die Aufnahme von Studenten untersagt worden. Der relegirte hat Beschwerde erhoben und es wird sich daher das sächsische Kultusministerium damit zu beschäftigen haben.

**Ein Wink mit dem Jaunpfaß.** Das Wiesbadener Eisenbahn-Betriebsamt macht in einem autographischen vervielfältigten Schriftstück, datirt 20. Oktober 1893, Nr. 6718 P. I., daß an alle ihm unterstellten Dienststellen gerichtet ist, auf die am 31. Oktober stattfindende Wahl der Wahlmänner, sowie die auf den 7. November anberaumte Wahl der Abgeordneten für den preussischen Landtag aufmerksam und vorordnet, daß den wahlberechtigten Beamten und Arbeitern Gelegenheit zur Ausübung des Wahlrechtes gegeben werde. Ein Ausfall am Tagelohn solle durch die Wahl nicht verursacht werden; wo eine Stellvertretung möglich oder nothwendig sei, damit der Beamte seiner Wahlpflicht nachkommen könne, sei rechtzeitig für eine solche Sorge zu tragen. Diese Fürsorge des königlichen Eisenbahn-Betriebsamtes wäre an und für sich sehr loblich, wenn nicht aus dem Schlüsseljahre ein anderes Gesicht herausblöke. Der Sach lautet wörtlich wie folgt: „Schließlich wird erwartet, daß jeder Beamte und Arbeiter durch Theilnahme an der Wahl seiner Pflichten eingedenk ist und in richtiger Würdigung seiner Stellung seine Stimme abgeben wird“. Das wird angesichts einer öffentlichen Abstimmung jeder verstehen, dem Gott im Amt auch nur die kleinste Portion Verstand gegeben hat.

**Das Reichs-Versicherungsamt hat als Rekursinstanz in einer Unfallfache eine bemerkenswerthe Entscheidung getroffen.** Eine Arbeiterin St. aus M. Nagte, der „Papier-Bez.“ zufolge, gegen die Papiermacher-Verufsgenossenschaft auf Gemährung einer Unfallrente. Die Klägerin war eines Tages in einer Papierfabrik auf einen Ballen Sadern gestiegen, um sich Kaffee auf dem Dien zu wärmen, war hierbei herabgestürzt und hatte sich einen Oberschenkel gebrochen. Die Verufsgenossenschaft erblickte in diesem Unfall keinen entschuldigungspflichtigen Betriebsunfall. Das Schiedsgericht München verurtheilte in dessen auf Vernehmung der Klägerin die Papiermacher-Verufsgenossenschaft zur Zahlung der angemessenen Unfallrente. Das Schiedsgericht nahm an, daß der Unfall lediglich durch die der Papierfabrik eigenthümlichen Gefahren verursacht worden sei. Gegen dieses Urtheil legte wiederum die Verufsgenossenschaft ihrerseits Verurteilung beim Reichs-Versicherungsamt ein. Auf eine entsprechende Anfrage dieses erklärte die betreffende Firma, daß es bei den Frauen, die in der Papierfabrik beschäftigt sind, allgemein üblich sei, sich ihren mitgebrachten Kaffee behufs Wärmens derselben auf den Oefen in der Fabrik zu wärmen. Auf Grund dieser erhaltenen Auskunft verwarf das Reichs-Versicherungsamt nach eingehender Vernehmung die Verurteilung der Verufsgenossenschaft und beließ der Arbeiterin die ihr vom Schiedsgericht zuerkannte Unfallrente.

**Agrarierthum und Bildung sind zwei Begriffe,** die sich so ziemlich einander ausschließen — trassete Selbstsucht ist mit wahrer Bildung nicht vereinbar. Und wie die Oelster sich selber

möglichst vor der Bildung herumdrücken, so halten sie es auch für unangemessen, das diejenigen, die in irgend einer Weise von ihnen abhängig sind, antun zu lassen, allzuviel des göttlichen Funken in sich aufzunehmen. Nach der „Kritiker Zeitung“ haben die Schulkinder in Pantlow seit einigen Tagen Ferien, weil der Lehrer kein Holz hat, die Schule heizen zu lassen. Der Patron, Herr Rittergutsbesitzer Koloff, hat die Verpflichtung, der Schule 2 1/2 Meter Kiefern-Klobenholz erster Güte zu liefern, während die Gemeinde die Kohlen kauft. Statt des Holzes hat vor einiger Zeit der Herr Patron dem Lehrer 6,75 M. geschickt, der Lehrer behauptet nun aber, daß ihm niemand für dieses Geld 2 1/2 Meter Holz verkaufen will, und hat das Geld zurückgeschickt. Herr Koloff sandte aber bis jetzt kein Holz, und da die Kohlen der Gemeinde nicht braunen, wenn sie nicht mit Holz angezündet werden, so mußte die Schule geschlossen werden.

**Wozu auch Schulen für die Tagelöhnerkinder.** Diese haben, gleich ihren Eltern, den von der göttlichen Weltordnung so gewollten ureigenen Beruf, die nothleidenden Gutsbesitzer durch ihrer Hände Arbeit zu ernähren und zu diesem Lebenszweck ist Rechnen und Schreiben eher hinderlich als förderlich.

**Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft!** Diesem Grundsatze scheint auch die Direction der Hannov. Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. G. Eggerhoff zu huldigen, denn sie hat in den letzten Tagen eine Anzahl ihrer Arbeiter mit einem kleinen Geschenk überrascht. Während die Aktionäre 17 pSt. Dividende ausgezahlt belamen und die Herren vom Aufsichtsrath aus dem Gewinn des letzten Geschäftsjahres außerdem noch insgesamt über 28 000 M., die Herren vom Vorstand, also die Direction, über 31 000 M. und die Meister und Beamten 15 000 Mark erhielten, haben diejenigen Arbeiter, die ununterbrochen zwei Jahre in der Fabrik beschäftigt sind, einen in Steindruck angefertigten 32-48 Centimeter großen Karton im Werthe von etwa 20 Pf. erhalten, auf dem die Betriebswerkstatt, nebst der Kolonie (Rumänien) abgebildet ist.

Die Arbeiter sind Tag und Nacht in Betrachtung des Bildes und der Freigebigkeit ihrer Unternehmer derart versunken, daß der Betrieb darunter leidet, und die Direktoren bereits erwägen, ob sie den Undankbaren denn doch nicht des Guten zu viel gethan haben.

**Krankenkassen-Wesen.** Eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung entschied die Dortmunder Berufungskammer. Es handelte sich darum, selbsterhalten, ob Söhne, die in dem Geschäft ihres Vaters thätig sind und nur Kost und Pflege genießen, zur Orts-Krankenkasse angemeldet werden müssen. Ein hiesiger Regierungsrath hat seine beiden Söhne bei der Orts-Krankenkasse angemeldet, weil er glaubte, sie bräuchten der Orts-Krankenkasse nicht anzugehören, da sie bei ihm keinen baaren Lohn, sondern nur Kost, Pflege und Kleidung empfangen. Die Polizei war aber anderer Meinung und sandte dem Regierungsrath einen Strafbefehl. Hiergegen erhob der Regierungsrath Einspruch und das Schöffengericht sprach den Mann frei. Nun legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein und die Berufungskammer nahm den Regierungsrath in 3 M. Geldstrafe. Das Gericht stellte fest, daß die Söhne, welche in dem Geschäft ihres Vaters arbeiten, nach dem Befehle der Orts-Krankenkasse angemeldet werden müssen. Die Kost und die Pflege sei in diesem Falle dem Lohne gleich zu achten.

Der Württembergische Krankenkassen-Verband, so wird der „Frankf. Zeitung“ aus Keutlingen berichtet, hat, wie seit einer Reihe von Jahren, die Mitglieder- und Rechnungsverhältnisse seiner Verbandskasse in einer „Vergleichenden Uebersicht“ zusammengestellt und den Mitgliedern in Form einer Broschüre zugehen lassen. Die Statistik umfaßt 188 Kassen mit 178 150 Mitgliedern. Der Verband hat im vergangenen Jahre einen recht namhaften Zuwachs infolge Beitritts von Krankenpflege-Vereinigungen erhalten. Im Rechnungsjahre 1891 waren deren nur 8, im Rechnungsjahre 1892 aber 28 mit zusammen 51 747 Mitgliedern im Verbands. Die einzelnen Momente über Mitgliederstand und Krankheitsfälle, namentlich die Ergebnisse über Einnahmen und Ausgaben sind klar und übersichtlich zusammengestellt, so daß auf den ersten Blick zu ersehen ist, wie in jeder Kasse gewirtschaftet wurde. Namentlich sind von Interesse die Anhaltspunkte über die Ausgaben für ärztliche Behandlung, für Arzneien und sonstige Heilmittel, die wieder für sich unter der Rubrik: „Gesamtausgaben für Heilzwecke“ zusammengezogen sind und recht in die Augen springende Unterschiede zu Tage fördern. Neben dieser gründlichen Behandlung der Rechnungsverhältnisse hat es sich die Verbandsleitung angelegen sein lassen, durch monatliche Zusammenkünfte eines, aus den Vorstandsmitgliedern zusammengesetzten Spruchkollegiums die aus der Mitte des Verbandes einlaufenden Anfragen und Streitfälle eingehend zu erörtern und zu beantworten, so daß durch unparteiische Berathung in Streitfällen beide Theile sich des Oesteren der Ansicht dieses Verbandsausschusses fügten und wiederholt kostspielige Prozesse hierdurch vermieden wurden.

**Auch die Baumberger Gewerkschaften** beabsichtigen, neben dem Zentral-Arbeitsnachweis ein unentgeltliches Auskunftsbureau zu errichten. Es soll dadurch jedem Arbeiter ohne Unterschied über Unfallversicherungs-, Krankenkassen- und Alters- und Invaliditäts-Versicherungsweesen, gewerbliche Streitigkeiten u. s. w. Auskunft erteilt werden. Die's Bureau wird in kurzer Zeit ins Leben treten; die Vorarbeiten sind nahezu vollendet.

**Wer steht noch unterm Nachtwächter?** Diese Frage dürfte nach der Reorganisation, die der Stadtrath von Waltershausen getroffen, schwer zu beantworten sein. Die Nachtwächter in diesem thüringischen Städtchen erhielten von 10 Uhr vor Mitternacht bis 4 Uhr nach Mitternacht, also für sechs Dienststunden, 70 Pf.; macht pro Stunde 11 2/3 Pf. Lohn. Diese Eöhne waren aber dem Stadtrath jedenfalls noch zu hoch, denn es wurde den Leuten ausgedehnt, eine Stunde länger Dienst zu thun, ohne daß man sie dafür entschädigte. Die Leute erhalten also jetzt für sieben Nachtdienststunden 70 Pf., macht 10 Pf. pro Stunde für einen erwachsenen männlichen Arbeiter. Das sind die Eöhne, die sich stolz mit den berühmten Weberlöhnen des Calengebirges messen können.

**Arbeiterkämpfe in Oesterreich.** Der Stand der Lohnbewegung der Bildhauer in Wien ist in der vergangenen Woche stationär geworden, die Zahl der Streikenden und Arbeitslosen hat sich nur um eine geringe Zahl vermindert, nichtbedenklicher dauert der Kampf fort und wird von Seite der nicht bewilligt habenden Firmen mit großer Hartnäckigkeit weitergeführt.

Die Fächer-Tischlermeister in Wien haben ihren Auftraggebern den Streik erklärt, weil dieselben die von ihnen geforderten 30 pSt. Erhöhung der Tarifpreise nicht bewilligten. Durch diesen Streik der Meister, welcher mit dem 23. Oktober erst zu einem vollständigen wurde, würden zugleich die Gehilfen, circa 250 an der Zahl zum Mitstreifen resp. Feiern gezwungen und sie stellten deshalb wieder an ihre Meister die Forderung nach Einführung der zehnständigen Arbeitszeit und eines Minimallohnes von 10 fl. Die zehnständige Arbeitszeit wurde in einer größeren An-



Zahl von Werkstätten durchgeföhrt. Die Arbeiter der Fächer-  
branche werden ersucht, die unfeindlichen Streifenlisten zu unter-  
stützen, da sich unter denselben viele Familienväter befinden.  
Unterstützungen nimmt die „Arbeiter-Zeitung“ entgegen.

# Verfammlungen.

Die Vertreter der Krankenkassen mit freier Kerkze-  
wahl, 1. Der allgemeinen Hilfsarbeiter und  
Arbeiterinnen, 2. der Bierbrauer, 3. der  
Drechsler, 4. der Tapezere und Eiseleure,  
5. der Handlungsgehilfen und Lehrlinge, 6. der  
gewerblichen Kaufleute, 7. der Klempner waren  
zum 1. November zu einer Beratung über ihren event. Beitritt  
in die „Freie Vereinigung“ eingeladen. Erschienen waren Ver-  
treter aller dieser Kassen außer derjenigen von Nr. 4 und 5 der  
oben angeführten. Der Vorsitzende Herr Kfmann erklärt im  
seiner kurzen Eröffnungssprache den Zweck der „Freien Vereinigung“  
dabin, daß dieselbe es sich zur Aufgabe gemacht habe, mit freier  
Kerkze Wahl Verbiidung auf allen Gebieten herbeizuföhren.  
Sodann gab Redner folgende Satzungen bekannt, welche die  
Freie Vereinigung sich zu Grunde gelegt hat:

1. **Ziel:** Freie Vereinigung der Krankenkassen mit freier  
Kerkze Wahl und Umgegend. 2. **Zweck:** Die freie Ver-  
einigung der Krankenkassen mit freier Kerkze Wahl für Berlin und  
den Vororten hat den Zweck, möglichst günstige Bedingungen für  
die ihr angehörenden Kassen resp. deren Mitglieder auf allen  
Gebieten der Krankenpflege herbeizuföhren. 3. **Vertretung:**  
Die Vertretung der einzelnen Kassenmitglieder in der freien Ver-  
einigung ist: bis 1000 Mitglieder 1 Vertreter, bis 5000 Mit-  
glieder 2 Vertreter, bis 10000 Mitglieder 3 Vertreter, bis 20000  
Mitglieder 4 Vertreter und für jede angefangens 2000 je  
ein Vertreter mehr. 4. **Beschlüsse:** Die Beschlüsse werden  
mit einfacher Stimmenmehrheit geföhrt. Bei Stimmengleichheit  
ist der Antrag an die einzelnen Kassenvorsitzenden zur nochmaligen  
Prüfung zurückzuweisen. Bei der demnächstigen Beratung im  
Delegierten Komitee gilt bei Stimmengleichheit der Antrag als ab-  
gelehnt. Zwischen der ersten und zweiten Beratung im Komitee  
muß jedoch mindestens ein Zeitraum von 4 Wochen liegen, dar-  
auf jedoch 6 Wochen nicht überschreiten. Der Beschlufassung  
unterliegen alle Anträge und Fragen, welche von  
denjenigen Kassen unterbreitet werden, welche der „Freien  
Vereinigung der Krankenkassen Berlin und Umgegend“  
angehören. 5. **Geschäftsführung:** Zur Führung der Ge-  
schäfte wird alle Jahre ein Vorstand von 6 Mitgliedern aus der  
Zahl der Vertreter gewählt und zwar: ein Vorstandsmitglied und ein  
Stellvertreter, ein Schriftführer und ein Stellvertreter, ein  
Kassierer und ein Stellvertreter. Der Vorstand führt auch die  
Geschäfte in den Sitzungen. Die Kosten für die Vertretung  
trägt jede Kasse für sich; die Kosten für die Geschäftsfüh-  
rung proportional nach der Zahl ihrer Mitglieder.  
Herr Herrmann erklärte, daß diejenigen Kassen, welche zum  
1. Januar aus dem Gewerkschaftsbund austreten, sich mit  
dem 1. Januar der Freien Vereinigung anschließen haben. Zu  
anwendenden Vertreter seien gegenwärtig nicht in der Lage, ihre  
definitive Zustimmung erklären zu können, doch seien ihnen die  
Satzungen einzuhändigen, um sie den Vorständen vorzu-  
legen. Auf Anregung gab Herr Kfmann bekannt, daß sämtliche  
Fragen im Plenum erörtert würden. Man sähe gänzlich von  
einem geschäftsführenden Ausschuß ab. Es sei dies System den  
Krankenkassen gegenüber ein Vorbehalt, da jeder an diesen  
Sitzungen teilnehmen könne. Die Verwaltungskosten werden  
von jedem Mitglied jährlich 1/2 Pfennig getragen, hin-  
gegen die Druckkosten von den Kassen proportional getragen  
werden. Sanitätsrat Dr. Markuse erklärt sich bereit, jeder Kasse  
gerne ausführliche Auskunft bezüglich obiger Satzungen erteilen  
zu wollen. Es wurde ferner auf das Fehlen einer Bestimmung auf-  
merksam gemacht für Fälle, bei denen es sich um Kassen handelt,  
welche mit Berufsgenossenschaften zu thun haben, sobald die  
Schwierigkeit hervorgehoben, zum Abs. 2 § 15 der Krankenkassen-  
Novelle, betreffend die Simulanten, bestimmte Normen auszu-  
stellen. Hierzu bemerkt Sanitätsrat Dr. Markuse, daß  
Simulanten sich in den allerersten Fällen Verstoße zu schulden  
kommen können. Mal nicht zu Hause angetroffen, oder aber ein-  
mal betrunken getroffen, solche Fälle werden durch Nach-  
untersuchung erledigt. Nach Paragraph 16 ist jeder  
Vereinsarzt verpflichtet, dem Vorstand Auskunft zu erteilen.  
Eine längere Debatte entspann sich außerdem noch betreffend das  
Simulantenverbot, es beteiligten sich an derselben die Herren  
Groll, Lampe, Schnur, Reimann, Lannhäuser, Herrmann,  
Steinfeld, Rocmus und Lutter. Nachdem Sanitätsrat Dr. Markuse  
einige Richtigstellungen gegeben hatte, auch Auskunft über Hauskrankenbesuche erteilt  
worden war, erfolgte Schluß der nach vielen Seiten hin zur  
Zufriedenheit verlaufenen Versammlung.

Im **Verband der in Buchbindereien, des  
Papier- und Leder-Galanteriewaren, In-  
dustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeit-  
erinnen** hielt am 30. Oktober der Genosse A. Hoffmann einen  
mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Das  
moderne Raubrittertum“. Vor Eintritt in die Tagesordnung  
hatte die Versammlung das Andenken des verstorbenen treuen  
Mitgliedes, Kollegen Paul Khardt, durch Erheben von den  
Plätzen geehrt. Kollege Schmidt gab bekannt, daß zur Unter-  
stützung des nunmehr streikenden Streiks der Wiener  
Leder-Galanterie-Arbeiter weitere 55,800 M. auf Listen gesammelt  
und abgehandelt worden sind. Kollege Macat berichtete, er sei  
wegen seiner Tätigkeit für die Gewerkschaft und weil er an-  
geblich die sanitären Mängel der Abheilmischen Roubuch-  
fabrik der Arbeiter-Sanitätskommission mitgeteilt habe, dort  
entlassen worden. Schließlich habe sich jedoch Herr Kshelm be-  
reits erklärt, ihn weiter zu beschäftigen, worauf er aber ver-  
zichtete. Bei dieser Gelegenheit habe sich gezeigt, daß seine Ent-  
lassung nur betrieben wurde durch den Vorkühler Herrn  
Niedere. Als Vertrauensmann der Buchbinder wurde Kollege  
Franz Botomski gewählt. Im Bericht die letzte Versamm-  
lung ist erwähnt, daß früheres Mitglied G. Tiege habe ein Buch  
verkauft, der Betreffende hat dasselbe nunmehr zurückgeliefert.

Der **Nachverein der Konfektions- und Maaschneider**  
tagte am 30. Oktober. Der Vorsitzende Wiesemann referierte über  
das Thema: „Der goldene Boden des Handwerks“. An der  
Diskussion beteiligten sich die Kollegen Kullik, Malty und Höhne.  
Darauf ließen sich mehrere Kollegen in den Verein aufnehmen.  
Sodann wurde in Sachen Brooch eine Kommission von drei Mann  
gewählt, die die betreffende Angelegenheit im Baropschen Ge-  
schäft untersuchen soll. Wegen angeblich zu flauer Verbütigung  
an den Vorhandarbeiten wurden an Stelle der Kollegen Gray  
und Broberg die Kollegen Malty und Höhne in den Vorstand  
gewählt.

Eine **öffentliche Volksversammlung** tagte am 2. d. M.  
bei Bungenhagen, um den Bericht des geschäftsführenden Aus-  
schusses der Gewerkschafts-Kommission über die Verhandlungen  
mit Herrn L. Lubasch entgegenzunehmen. Den Bericht erstattete  
Genosse F. a. b. e. r. Derselbe hob hervor, daß Herr Lubasch auf  
sein Ehrenwort versichert habe, daß niemand von seinem Personal  
wegen der bekannten Bepfropfung gemahregelt worden, daß er zu  
dieser Zeit gar nicht in Berlin gewesen sei, daß die rigorose  
Geschäftsordnung schon seit 6 Jahren außer Kraft sei und daß  
auch Strafgeleider nicht mehr in Übung gebracht würden. Dem-  
gegenüber habe aber der Ausschuß festgestellt, daß die vom  
Magazin Lubasch behaupteten Vorgänge sich so zugezogen  
haben, wie sie f. B. im „Vorwärts“ geschildert worden sind.

Auch sei erwiesen, daß Entlassungen wegen „sozialdemokratischer  
Antriebe“ vorgenommen seien. Auf Grund der Forde-  
rungen, daß Herr Lubasch eine Ehrenklärung für  
die nicht gratifizierten entlassenen Angestellten ergehen lasse,  
die Geschäfts-Ordnung abändere und die Strafgeleider  
beschränke, habe der Ausschuß der Gewerkschafts-Kommission  
eine gütliche Einigung gesucht. Herr Lubasch habe hierzu nicht  
die geringste Neigung bekundet und demzufolge die eventuellen  
Folgen seines Verhaltens selber verschuldet. Anschließend hieran  
erörterte Reichstags-Abgeordneter Dr. Bruno Schoenlant  
die Frage: „Wie streng die Berliner Arbeiterschaft der Klaverlei  
der Angestellten in den Großmagazinen?“ Derselbe sprach zu-  
nächst seine Verwundung darüber aus, daß auch die bürgerliche  
Presse den Fall Lubasch in entsprechender Weise behandelt  
habe. Um so erstaunlicher sei es, daß das Organ des Verbandes  
der deutschen Handelsangestellten, die „Kaufmännische Reform“,  
für Herrn Lubasch gegen die Sozialdemokratie eine Lanze breche.  
Erklärlich werde allerdings die Sache durch die Wirksamkeit des  
Herrn Reichsanwalt Haase, Schwagers des Herrn Lubasch, in

den Kreisen der Handelsangestellten. In Herrn Lubasch habe  
man es mit einem Vertreter des Großkapitalismus zu thun.  
Die Großdetaillisten seien die berufenen Berichterstatter des Klein-  
handels und wären naturgemäß genötigt, mit größter Rück-  
sichtlosigkeit ihre Mission zu erfüllen, mögen sie auch persön-  
lich ganz ehrenwerte Leute sein, Herr Lubasch nicht ausgenommen;  
den Großmagazinen gebühre die Zukunft eines Teiles des  
Handelsgegeschäfts. Dieselben bedürften laufender von Kauf-  
männischen Arbeitern, welche dringend des gesetzlichen Schutzes  
bedürften; mehr noch die weiblichen Angestellten, welche ihrer  
geradezu unmoralsch niedrigen Entlohnung wegen, um mit einem  
bürgerlichen Nationalökonom zu reden, die männlichen Arbeiter  
immer mehr verdrängen. Die Ausbreitung der weiblichen Ar-  
beiter werde sehr treffend veranschaulicht durch die amtlichen  
Stattistiken über die unter polizeilicher Sittenkontrolle stehenden  
Prostituierten. So gering auch die Arbeiterbeschäftigungen  
seien, welche die Gewerbenovelle den gewerblichen Arbeitern ge-  
währte, notwendig wäre es immerhin, wenn diese winzigen  
Beschäftigungen auch auf die Handelsangestellten ausgedehnt

## 14.ziehung der 4. Klasse 189. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 3. November 1893, Donnerstags.  
Aus der Gewinnliste über 210.000 Mark sind die betreffenden Nummern  
in der Reihenfolge beiliegend.  
(Ohne Gewähr.)

Table with 3 columns of numbers. Includes sub-headers for 1st, 2nd, 3rd, 4th, 5th, 6th, 7th, 8th, 9th, 10th prizes and various smaller prizes.

## 14.ziehung der 4. Klasse 189. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 3. November 1893, Donnerstags.  
Aus der Gewinnliste über 210.000 Mark sind die betreffenden Nummern  
in der Reihenfolge beiliegend.  
(Ohne Gewähr.)

Table with 3 columns of numbers. Includes sub-headers for 1st, 2nd, 3rd, 4th, 5th, 6th, 7th, 8th, 9th, 10th prizes and various smaller prizes.



würden. Dann wären Arbeitsordnungen à la Lubasch nicht möglich, auch würde dann das nebelhafte Dunkel schwinden, welches bei Herrn Lubasch noch immer herrsche über die Verwendung der Strafgelehrten. Die Lage der Angestellten in den Großmagazinen sei keine bessere als diejenige der in kleinen Handelsgeschäften. Bei langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen werde die Ausbeutung im Großen betrieben. Wenn dann ein Großkapitalist einmal gnädig in die Tasche greife und den Ausbeuteten ein „Douceur“ verabfolge, so werde derselbe als Wohlthäter verschrien. Die Handelsangestellten hätten aber keine Almosen entgegenzunehmen, keine falsche Humanität, keine Wohlthatereinigungen, die lediglich im Interesse der Kapitalisten lägen, zu verlangen, sondern soziale Reformen, gesetzlich gewährleistete Rechte. Diese sozialpolitische Auffassung ergreife immer weitere Kreise der kaufmännischen Angestellten und die größte Sorgfalt und Agitation sei darauf zu verwenden, daß die gewerkschaftliche Organisation und die politische sozialistische Aufklärung unter den Handelsangestellten immer weitere und tiefere Wurzeln schlagen. Die Berliner Arbeiterschaft könne in dem Falle Lubasch sehr viel wirken zu gunsten der Handelsangestellten, dem Trümper der modernen Handelsfeudalisten einen anderen Trümper entgegenzusetzen. Niemand könne gezwungen werden, Herrn Lubasch seine Kundenschaft zuzuwenden, bei ihm zu kaufen. Vielleicht könne Herr Lubasch zu der Erkenntnis, daß die Arbeiterschaft nicht ihn, wohl aber er die Arbeiterschaft brauche und daß es doch am Ende zweckmäßig sei, im eigenen Hause zu reformieren. Redner schloß mit der Aufforderung an die Handelsangestellten, sich fernerhin nicht mehr zu Bedienten und Schleppenträgern der Bourgeoisie herzugeben, sondern in Reich und Lied zu stehen und zu kämpfen mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. (Großer Beifall.)

Beantwortet wurde folgende Resolution:  
„Die heute am 2. November im Bugenhagen'schen Saale tagende, von ca. 1500 bis 1800 Männern und Frauen besuchte öffentliche Volksversammlung beschließt nach Anhörung des Berichtes des geschäftsführenden Ausschusses der Gewerkschaftskommission über die Verhandlungen mit Herrn Lubasch und nach einem Votum des Reichstags-Abg. Dr. E. Schoenlant über: „Wie steuert die Berliner Arbeiterschaft der Sklaverei der Angestellten in den Großmagazinen?“ unter den Berliner Arbeitern und namentlich unter den Arbeiterfrauen mit aller Kraft dahin zu wirken, daß das Magazin von A. Lubasch so lange bei Einkäufen unberücksichtigt bleibt, bis die von der Gewerkschaftskommission an Herrn A. Lubasch gestellten Forderungen: 1. Die Geschäftsordnung zu beseitigen, 2. die Gewahrgelten auf ihren Wunsch wieder einzustellen, 3. eine öffentliche Ehrenerklärung zu gunsten der Gewahrgelten abzugeben, von diesem erfüllt werden. Die Versammlung verpflichtet alle Anwesenden, für weitestete Verbreitung und Befolgung dieses Beschlusses zu wirken.“  
Diese Resolution gelangte indessen nicht zur Abstimmung. Es wurde vielmehr einem jeden der Anwesenden wie auch der Berliner Arbeiterschaft überlassen, zu thun und zu handeln nach seiner Ueberzeugung. Die Diskussion bewegte sich in dem Sinne des Referenten und der Resolution.

Eine große Volksversammlung tagte am 1. November im „Konfordia-Saale“. Genosse Timm sprach über: „Die wirtschaftliche Organisation und deren Bedeutung“. Nachdem Redner kurz die bisherige Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung geschildert, wies er in eindringlichen Worten auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation hin, die neben der politischen nicht vernachlässigt werden dürfe. Mit lebhaftem Beifall gab die Versammlung ihre Zustimmung zu erkennen. Genosse Sillier berichtete sodann über den Streik der Lithographen, Steindrucker, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in Brandenburg und Dresden. Schon ein Vierteljahr dauert dieser Streik und noch steht er auf demselben Standpunkte wie zu Beginn. Von 60 Steindruckern, die früher in Brandenburg beschäftigt waren, arbeiten zur Zeit nur 30, die indessen nicht für mehr als für sechs Arbeitskräfte gerechnet werden können. Mehr bekomme die Firma nicht, obwohl sie sich nicht bloß nach anderen Städten des In- und Auslandes gewendet hat und sogar neuerdings Löhne zahlt, die noch vier Mark höher sind, als diejenigen, welche die Streikenden neben der Befreiung der Zuchtanstalt-Fabrikordnung verlangen. 38 Mark zahlt sie jetzt den Streikbrechern, während sie früher den tüchtigen Druckern nur 24 Mark zahlte. Dabei seien die Arbeiten dieser Firma jetzt derart, daß sie auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sind; verschiedene Besteller schicken die gelieferte Arbeit mieder zurück. Die Firma habe bisher einen Schaden von etwa 400 000 Mark erlitten. Mitglieder des Aufsichtsrathes hätten erzählt, daß die Streikenden die Arbeit auf drei Jahre lahm gelegt hätten; die Aktien, die vor dem Streik auf 84 standen, seien denn auch bereits auf 58 gesunken. Weiter mußten 27 000 Mark an Unterstützung gezahlt werden. Mit den Kollegen, welche in Dresden die Arbeit niederlegen mußten, weil sie Arbeit für die Firma Kaufmann machen sollten, betrage die Zahl der Streikenden zur Zeit, obwohl schon ein Theil untergebracht ist, 260, die bisher weder ausgehalten haben. Um sie weiter unterstützen zu können, müsse die gesamte Arbeiterschaft mit einspringen und ihr Hilfe leisten. Bei den gewaltigen bis-

herigen Verlusten der Aktiengesellschaft könne es für die Firma nicht um die Verschlechterung der Lage ihrer Arbeiter, sondern um Fortdauer der Organisation derselben handeln. Lange könne die Firma nicht mehr aushalten, wenn sie sich nicht völlig ruiniren wolle. In der Diskussion ergänzten einige Redner noch die Mittheilungen über die mannigfaltigen Anstrengungen, welche die Firma macht, um neue Arbeitskräfte zu erlangen, was indessen nichts nützt. Andere Redner stimmten der Aufforderung an die gesamte Arbeiterschaft zu thätigster Hilfe zu. Die Versammlung erklärte sich schließlich in einer Resolution mit den Ausführungen des Genossen Timm insofern einverstanden, als sie die Gewerkschaftsorganisation für eine Nothwendigkeit erklärte. Den Streikenden sprach sie ihre vollste Sympathie aus und versprach, dieselben auch ferner in weitgehendster Weise zu unterstützen.

Die Freie Vereinigung der Militärmägen-Arbeiter tagte am 28. Oktober, um sich mit dem Thema zu beschäftigen: „Die Vortheile unserer Bewegung“. Hierüber referirte Kollege Frischöder und forderte zum Schlusse seines beifällig aufgenommenen Referats die Kollegen auf, der Vereinigung treue Mitgliedschaft zu bewahren und fest zusammenzubalten, damit die Kollegen die Stellung erreichen, die einem Arbeiter zukommt. Im Anschluß hieran sprachen die Kollegen Fried und Weng. Kollege Kramer wünscht in Zukunft bei der Lohnbewegung die einzelnen Arbeiter mehr zu beachten, da ein guter Arbeiter, und solche müssen meist einzelne Bestellungen machen, wenig oder gar keinen Vortheil hat. Zur Bewiderung hierauf bemerkte Kollege Frischöder, daß wir genöthigt waren, vorerst für einheitliche Preise zu sorgen, einzelne Berücksichtigungen kommen und gelangen später desto leichter zum Ziel. Sodann wurde beschloffen, über die Verhältnisse von Schiller, Seelig und Franke die Sperre zu verhängen. Die nächste Versammlung findet am 11. November bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44, statt.

Die Arbeiter-Bildungsschule (Nord) hielt am 29. Oktober eine gutbesuchte Versammlung ab. Genosse Bach hielt einen Vortrag über „Die Prostitution“. Da sich Gegner nicht zum Worte meldeten, wurde von einer Diskussion über den interessanten und beifällig aufgenommenen Vortrag Abstand genommen.

Eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung für den 88. und 87. Kommunalwahl-Bezirk fand am 2. November statt. Stadtverordneter Bergmann wußte die Versammlung besonders rege zu interessiren durch seinen bis in die Einzelheiten sich vertiefenden Vortrag über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Einer speziellen Beleuchtung unterzog Redner die reaktionären Bestrebungen der Freisinnigen und bestritt ganz entschieden, daß mit den Kommunalwahlen Klassen- und Parteiinteressen nicht vertreten würden. Der Annahme im rothen Hause, die Sozialdemokraten wollten nichts thun, siehe gegenüber, daß sich unsere Genossen stets melden. Eigenthümlich berührte es, daß man Dr. Jabel, der bisher noch kein Amt inne hatte, und sich kürzlich für die Gesundheitskommission meldete, nicht wählte, sondern einem Kaufmann das Amt übertragen wurde. Nachdem Redner das Verhalten der Freisinnigen gegenüber all unseren Anträgen scharf gegeißelt hatte, forderte er die Anwesenden auf, mit aller Energie dafür zu agitiren, daß am 13. November ein Sozialdemokrat aus der Wahlurne hervorgehe. (Lebhaftes Bravo.) — In der Diskussion hob Genosse Timm verschiedene Mißstände bezüglich der Armenverwaltung hervor. Jachau kritisirte die Wettbewerbswirtschaft im rothen Hause, sowie die Einrichtung, betreffend die Ferienkolonie für arme Schulkinder. Nach dem kurzen Schlusswort des Referenten gab der Vorsitzende R. H. G. bekannt, daß am Sonntag, früh 7 Uhr, eine Flugblattvertheilung stattfindet und forderte zur regen Beteiligung an derselben auf.

## Spredtsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Spredtsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angehörigen allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wohnt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

An die Mitglieder der Freien Vereinigung der Orts- und Betriebs-Krankenkassen mit freier Arztwahl Berlins und der Vororte.

Die Mitglieder derjenigen Orts-Krankenkassen, welche die freie Arztwahl bereits eingeführt, als: Bildhauer, Goldschmiede, Lackirer, Maschinenbauer, Maurer, Radler, Sattler, Stelmacher, Strumpfwirler, Uhrmacher, Vergolder, sowie die Hildebrand'sche Betriebskasse, machen wir hierdurch besonders aufmerksam, daß diejenigen Ärzte, welche Mitglieder des Vereins der freigeübten Kassenärzte sind, als Erkennungszeichen am Hause unter ihrem Namensschilde ein kleines kreisförmiges weißes Schild mit der Inschrift „Freie Arztwahl“ angebracht haben.

Wir eruchen dringend, möglichst solche Ärzte zu konsultiren, bei denen dieses Schild vorhanden, da der Vorstand nicht in der

Lage ist, das für das laufende Kalenderjahr festgestellte Verzeichniß innerhalb des laufenden Jahres umändern zu können, besonders wenn, wie in letzterer Zeit, der Verein der freigeübten Kassenärzte stetig an Mitgliedern zunimmt, andererseits auch die Mitglieder Gefahr laufen, das Honorar sowie die verordneten Arzemeien aus eigenen Mitteln bestreiten zu müssen.

Außerdem weisen wir speziell noch darauf hin, daß beim Eintritt in das Sprechzimmer des Arztes diesem sofort und unangefordert die Legitimation als Kassenmitglied vorzulegen ist, da der Arzt verpflichtet ist, bei Verordnungen sich der von der Freien Vereinigung vorgeschriebenen Rezeptformulare zu bedienen.

Der Vorstand der Freien Vereinigung der Orts-Krankenkassen mit freier Arztwahl Berlins und der Vororte.  
Rud. Kimmann, E. Davidshäuser, E. Rossmus, A. Dähne, Lannhausen, G. Vorherr.

## Literarisches.

Gesundheitskalender für das Jahr 1894. Ein Jahrbuch für die Freunde der Naturheilkunde. Herausgegeben von Adolf Damaskale. Berlin. Verlag von Gustav Schuhr. Preis 75 Pf.

Unter der Wende. Geschichten aus dem Leben von Klaus Kraus. Berlin. Verlag von Joh. Sassenbach. Preis 75 Pf.

Der Paulungsgeliebte und die Kaiserliche Sozialreform: Eine Antwort an den Herrn Minister v. Bötticher. Herausgegeben von der Freien Vereinigung der Kaufleute. Berlin. Verlag von Otto Köppen, Blücherplatz 1. Preis 25 Pf.

Die neue Partei. Auch ein Programm. Berlin. Verlag von Arthur Naeter.

## Briefkasten der Redaktion.

Die norwegischen Genossen wollen demnächst eine Ausstellung sämtlicher sozialistischer Zeitungen und Zeitschriften veranstalten; sie bitten deshalb die Redaktionen und Expeditionen sämtlicher deutschen politischen und gewerkschaftlichen Parteipublikationen zu sein oder zwei Exemplare an die Redaktion des „Sozialdemokraten“ in Christiania (Norwegen) einzusenden. Diese Adresse genügt.

F. D. Sehen Sie doch im Adresskalender nach.  
E. K. in F. Wird mit Dank verwendet. Besten Gruß.  
J. G. W. Ihre Frage ist uns unverständlich. Den Bericht finden Sie in Nr. 254 vom 28. Oktober.

E. K. Wenden Sie sich an die Verlags-Buchhandlung des „Vorwärts“, SW., 19, Reuthstr. 2 oder an den Abg. J. Kuer, Berlin SW., Rathbachstr. 9.

Diskussionsklub „Vereinte Kraft“. Ihr Verein ist im Vereinskalender eingetragen worden. Eine besondere Urkunde der Auflösung des Vereins findet redaktionell nicht statt.

S. K. Pappel-Allee. Kann bewiesen werden, daß der Ehemann seine Frau mittels des gefährlichen Werkzeuges so geschlagen hat, daß sie „Blutübertritt“ riefen mußte und daß in einem anderen Falle der Mann die Frau zu würgen versucht hat, und endlich, daß er gedroht hat, sie zu würgen, so kann die Ehefrau mit begründeter Aussicht auf Erfolg die Ehescheidungs-lage erheben.

D. P., Bergstr. 1 Kubikmeter. 2. Ja.  
E. K. Gesundheitschädlichkeit der Wohnung berechtigt den Mieter zur Aufhebung des Mietvertrages. Die Gesundheitschädlichkeit muß der Mieter beweisen.

Franziska. 1. Die Frau, deren Ehe wegen ihres Ehebruchs getrennt ist und die nichts in die Ehe eingebracht hat, hat keinerlei Vermögensanspruch gegen ihren früheren Mann. 2. Behufs Auseinandersetzung mit den Kindern aus erster Ehe, zwecks Eingehung einer zweiten Ehe, müssen Sie sich an das Vormundschaftsgericht wenden. 3. Den Geburtschein erhalten Sie von dem Standesbeamten, in dessen Bezirk Sie geboren sind.

Friedrich K. Leider scheint der Frau ein Anspruch auf Altersrente nicht zuzustehen, da sie in keinem versicherungspflichtigen Betriebe gearbeitet zu haben scheint. Sprechen Sie gelegentlich zwischen 12 und 1 Uhr vor.

A. S. 1. Das Abiturientenzeugniß eines Gymnasiums giebt die Möglichkeit zu jeder Stellung. 2. Wenden Sie sich wegen 1 und 3 an die Postverwaltung.

H. D. 31. 1. Die Einwilligungserklärung ist so lange gültig, als sie nicht widerrufen ist. 2. Anerkennung vor dem Standesbeamten und Antrag auf Umschreibung genügt. Anwesenheit des Kindes ist überflüssig.

Möbel-Magazin. Eigene Tischlerei. Fr. Janitzkow, NW., Thurmstr. 45. Polsterwaaren. Eigene Werkstatt. 4890L\*

Damen- und Mädchenmäntel-Fabrik von Siegf. Lazarus. Eckladen. Oranienstraße 29. Eckladen. Größte Auswahl in eleganten Herbstmänteln, Paletots, Wintermänteln, Rädern etc. zu allerbilligsten Preisen. Winterjaquets schon von 7 Mark an. 48828\*

Mechanische Weberei. F. M. Merkel, Charlottenburg, Berlinerstraße 126. Eigene Fabrik von Kleiderstoffen aller Art. Grosses Lager in Herbst- und Winter-Neuheiten, Fabrik-Niederlage von Teppichen, Gardinen und Tischdecken. Ferner empfehle mein großes Lager in Trikotasen, Wäsche, Unterröcke, Schürzen, Schirme, Schulterkragen, Korsetts, Tücher, Schlaf- und Reisedecken. Feste Preise. 50419\* Kourante Bedienung.

Jede Uhr zu repariren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Outgehens nur 1 Mk. 50 Pfg. (außer Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 M. an. Neue silb. Cylinder-Remontoirs, 8 Steine, von 14 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Remontoirs, 14-Karat Gold v. 24 M. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen. E. Rothert & Stolz, Geschäft: Andreasstr. 62. Uhrmacher. Ohannseest. 78.

Marken z. quittiren von Partei-Beiträgen empfiehlt allen Genossen die Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempelfabrik von Conrad Müller, Johannis-Gröppig. Preisliste gratis und franko. 48548\*

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin mit eigener Werkstatt. Große Auswahl in Nussbaum u. Mahagoni, sowie großes Lager von Küchenmöbeln empfiehlt zu den billigsten Preisen bei nur solider Ausführung (4795L\*). Julius Apelt, Tischlermeister, Berlin S., Sebastianstraße Nr. 20 (früher 27/28).

Solidarität. Schuhe und Stiefel mit Kontrollmarke sind in folgenden Geschäften zu haben: E. Geyer, Oranienstr. 202, A. Anders, Gerichstr. 82, H. Hirschke, Kastanien-Allee 89, G. Jerve, Ritterstr. 114, H. Fahl, Waldstr. 87, Moabit, G. Hördel, Forsterstr. 5, H. Müller, Bergmannstr. 15, Deutsche Schuhfabrik in Erfurt. 48548\*





# Arbeiter! Genossen!

Kauft nur Cigarren mit der

## Kontrollmarke der Tabakarbeiter.

Nachfolgend verzeichnete Fabrikanten und Händler führen nur Cigarren mit der **Kontroll-Schutzmarke der Tabakarbeiter.**

Händler können nur veröffentlicht werden, wenn dieselben ausschließlich Waare mit Schutzmarke führen, jede andere Veröffentlichung beruht auf Täuschung.

- S.**  
 \*Wilhelm Böner, Ritterstr. 108.  
 D. F. Dinslage, Kottbusserstr. 4.  
 R. Fiedig, Böckstr. 21.  
 Otto Ley, Schönleinstr. 17.  
 Gust. Lohmann, Brandenburgstr. 82.  
 Michaelis, Alexandrinerstr. 40.  
 H. S. Schmidt, Gräferstr. 68.  
 Carl Schönheim, Gräferstr. 8.  
 Julius Stark, Schönleinstr. 10.

- SO.**  
 Carl Albert, Pücklerstr. 6.  
 Schule u. Ringel, Schmidtstr. 21.  
 Carl Böckert, Markmannstr. 5.  
 G. Carl, Admiralsstr. 25.  
 G. Fischer, Stalitzerstr. 128.  
 George, Mariannenstr. 35.  
 G. Gutschmann, Görlitzerstr. 68.  
 Theodor Guede, Wrangelstr. 125.  
 G. Gode, Manteuffelstr. 8.  
 A. Kunze, Forsterstr. 2.  
 besgl. Grünauerstr. 84.  
 Lobbes, Adalbertstr. 58.  
 \*Willy. Mertens, Gwarystr. 34.  
 Otto Röhl, Sorauerstr. 10.  
 Carl Schindler, Görlitzerstr. 53-54.  
 Christ. Schneider, Adniederstr. 26a.  
 Theodor Stämpel, Mariannenstr. 26.  
 Stübner, Reichbergerstr. 157.  
 Herm. Wicht, Dresdenstr. 16.

- SW.**  
 W. Kinkel, Alexandrinerstr. 103.  
 \*Heinrich Schröder, Kreuzbergstr. 15.  
 C. Schulze, Friesenstr. 23.

- O.**  
 Louis Anders, Krantzstr. 16.  
 August Dahne, Koppenstr. 98.  
 H. Gräff, Holzmarktstr. 42.  
 August Heß, Gr. Frankfurterstr. 4.  
 besgl. Weidenweg 96.  
 Erhard Hoffmann, Remelerstr. 32.  
 Johann Kiebig, Remelerstr. 8.  
 \*August Nates, Polenerstr. 11.  
 August Neumann, Markuststr. 1.  
 H. Peters, Koppenstr. 94.  
 Otto Schreiber, Blumenstr. 51c.  
 Mich. Schulze, Friedrichselderstr. 21.  
 Emil Tietz, Weidenweg 80.  
 Otto Unterberg, Koppenstr. 8-9.  
 B. Unterkauff, Frankfurter Allee 117.  
 Gustav Vogel, Koppenstr. 63.  
 W. Wolf, Andreasstr. 60.  
 P. Wotschke, Andreasstr. 3.

- C.**  
 Carl Blauwitz, Liniestr. 21.  
 \*Robert Dreider, Liniestr. 50.  
 Max Platauer, Landsbergerstr. 72.  
 Hermann Gumpel, Barnimstr. 42.

- Oranienburger Vorstadt.**  
 Adolf Adelt, Reinickendorferstr. 64b.  
 \*Louis Dehaud, Ruheplatzstr. 24.  
 Franz Frank, Adolinerstr. 2.  
 Paul Franke, Eichenborfstr. 15.  
 Wilhelm Göppner, Fennstr. 1a.  
 Jakob Götting, Lindowerstr. 9.  
 August Hinge, Pankstr. 14a.  
 Oskar Klose, Reinickendorferstr. 20.  
 Paul Müller, Hochstr. 2a.  
 Franz Roffte, Vorfigstr. 28.  
 Paul Vflug, Reinickendorferstr. 39.  
 Wih. Steinbach, Antonstr. 1.  
 H. Tietz, Invalidenstr. 124.  
 Carl Werner, Gerichstr. 25.  
 Max Weidner, Hochstr. 46.

Neumeldungen von Fabrikanten sind persönlich bei **Louis Dehaud**, Ruheplatzstr. 24, sowie im Arbeitsnachweis, Weinstr. 11 (11-12 Uhr) und beim Unterzeichneten zu machen. Reus Marken sind ebenfalls dort, sowie auch an den mit \* bezeichneten Stellen der betr. Bezirke zu entnehmen.

**Die Kontroll-Kommission der Tabakarbeiter.**  
 S. A.: Carl Butry, Straßunderstr. 17, II. 921/8

### Billige Damen-Mäntel

bei **A. Rackwitz & Co.,** früh Hirschberg & Nathan.  
 Kommandantenstr. 20, im Hause der Armin-Hallen.  
 Durch vortheilhafte große Stoff-Abschlüsse, sowie durch Anfertigung in eigenen Werkstätten sind wir im Stande, **billiger zu sein als die Konkurrenz.** Wir verkaufen:  
**Regen-Paletots und Frauen-Mäntel,** gut sitzend, mit modernen Falten-Kragen, eleganten Treffen-, Sammet- und Fasanen-Garnitur in dunkelblau, mittel und dunkel modisch-farbig. Ebenso Pelzerinnen-Façon, Pelzerine zum Abnehmen, Nr. 5, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
**Winter-Jaquettes** in modernsten Stoffen und Ausführungen, mit Keulen-Hermeln, angeknüpftem Kragen, hell und mittelfarbig, bronze marine und schwarz, verschiedenem Pelz-Besatz, Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
**Seiden-Plüsch-Jaquettes** besonders billig, mit gut wärmendem seid. Atlas-Zutter, die Pelzbesatz, Keulen-Hermeln u. Pelzerinnen, Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
**Winter-Mäntel, Capes und Röder** sehr billig.  
**A. Rackwitz & Co.,** Kommandantenstr. 20.

### Billige Damen-Mäntel

bei **A. Rackwitz & Co.,** früh Hirschberg & Nathan.  
 Kommandantenstr. 20, im Hause der Armin-Hallen.  
 Durch vortheilhafte große Stoff-Abschlüsse, sowie durch Anfertigung in eigenen Werkstätten sind wir im Stande, **billiger zu sein als die Konkurrenz.** Wir verkaufen:  
**Regen-Paletots und Frauen-Mäntel,** gut sitzend, mit modernen Falten-Kragen, eleganten Treffen-, Sammet- und Fasanen-Garnitur in dunkelblau, mittel und dunkel modisch-farbig. Ebenso Pelzerinnen-Façon, Pelzerine zum Abnehmen, Nr. 5, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
**Winter-Jaquettes** in modernsten Stoffen und Ausführungen, mit Keulen-Hermeln, angeknüpftem Kragen, hell und mittelfarbig, bronze marine und schwarz, verschiedenem Pelz-Besatz, Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
**Seiden-Plüsch-Jaquettes** besonders billig, mit gut wärmendem seid. Atlas-Zutter, die Pelzbesatz, Keulen-Hermeln u. Pelzerinnen, Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
**Winter-Mäntel, Capes und Röder** sehr billig.  
**A. Rackwitz & Co.,** Kommandantenstr. 20.

# Genossenschafts-Bäckerei für Berlin und Umgegend.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

Außer in den jüngst veröffentlichten ist unser Brot noch in folgenden Niederlagen zu haben:

- Osten:**  
 Schröder, Fruchtstr. 52.  
 Dannenberg, Remelerstr. 60a.  
 Müller, Langestr. 56.  
 Teichert, Koppenstr. 85.  
 Böttler, Grüner Weg 22.  
 Keil, Marfilstr. 11.
- Nordosten:**  
 Hoffer, Friedrichsbergerstr. 24.  
 Rahmer, Barnimstr. 3, Hof part.  
 Dreissig, Webersstr. 25.  
 Krüger, Hochtstr. 18.
- Norden:**  
 Cl. Herrmann, Reinickendorferstr. 31a.  
 Freier, Reinickendorferstr. 46a.  
 Butterhandlung, Reinickendorferstr. 46b.  
 Wendler, Reinickendorferstr. 56.  
 Schwalbe, Reinickendorferstr. 60a.  
 Stolzenburg, Wiesenstr. 14.  
 Knorr, Wiesen u. Adolinerstr. 14.  
 E. Prietzo, Adolinerstr. 8.  
 Pletz, Prinzen-Allee 62-63.  
 Jäserick, Steintinerstr. 48.  
 Thiele, Greizerstr. 21.  
 Frau Fischbach, Lindowerstr. 17.  
 Conrad, Neue Hochstr. 16.  
 Maleck, Hochstr. 43.  
 Krüger, Müllerstr. 163a.  
 J. Weyde, Müllerstr. 145, liefert frei Haus.
- Südosten:**  
 Mathes, Straßunderstr. 58.  
 Fibach, Choriner- u. Schwedterstr. 6.  
 Kullisch, Rheinsbergerstr. 6.  
 Marzillier, Rheinsbergerstr. 58.  
 Sander, Schönholzerstr. 6.  
 Rother, Demminstr. 60.  
 Lange, Fennstr. 41.  
 Gleisert, Fennstraße, Ecke der Müllerstr. 17.  
 Engel, Antonstraße, Ecke Müllerstraße.  
 Gumburg, Anklamerstr. 20.  
 Brüsschauer, Rügenerstr. 20.  
 Liesegang, Hebrdellinerstr. 86.  
 Sonntag, Kasanien-Allee 12, liefert frei Haus.  
 Reinhard, Fieftenthalerstraße 17, liefert frei Haus.  
 Meinhart, Pappel-Allee 3/4.  
 Schulze, Schönhauser Allee 68.  
 Hasselbarth, Marienburgerstr. 22.  
 Herm. Grashold, Prenzlauer Allee 222.  
 Dietz, Velfortstr. 17.  
 Münch, Weihenburgerstr. 3.  
 Galleiske, Diederhofenerstr. 4.  
 Clement, Hochmeisterstr. 31.  
 Beckmann, Schwarzhofstr. 9a.  
 Sassiack, Invalidenstr. 146, Hof Keller.
- Westen:**  
 F. Hermerscheidt, Berlebergerstr. 28.  
 G. Lüttow, Stephanstraße 23, Ecke Havelbergerstr.  
 W. Schröder, Stromstr. 43.  
 Gustav Drendel, Waldenserstr. 21.  
 P. Liley, Balbir. 82.  
 H. Koschinski, Beusselstr. 52.  
 A. Kowarik, Kolloderstr. 44.  
 P. Bartsch, Vestingstr. 86.  
 W. Jakobs, Beusselstr. 16.
- Südwesten:**  
 Frau Scherzer, Lindenballe Stand 247.  
 O. Guban, Simeonstr. 22.  
 E. Neumann, Rirorstr. 4.  
 W. Hanneemann, Steinmehstr. 52b.  
 Gustav Arnholz, Alexandrinerstr. 116.  
 B. Abell, Fährbringerstr. 29.  
 A. Ebeling, Kreuzbergstr. 74.  
 R. Paulick, Steinmehstr. 58.  
 J. A. Mannfeld, Zeitowerstr. 41.
- Westen:**  
 A. Deyerling, Elsholzstr. 16.
- Süden:**  
 W. Gläser, Ritterstr. 9.  
 W. Purmann, Gneisenaustr. 28.  
 E. Klinge, Gneisenaustr. 83.  
 B. Ninnemann, Güttdinerstr. 81.  
 H. Wörner, Diefenbachstr. 68a.  
 H. Meyer, Briherstr. 88.  
 Carl Hallpap, Kottbusserstr. 18.  
 Zimmermann, Schönleinstr. 33.

Wir machen die Genossen wiederholt darauf aufmerksam, daß die Qualität unseres aus bestem Roggenmehl hergestellten Brotes in bezug auf Sauberkeit und Schmachthaftigkeit von wenigen Bäckereien Berlins erreicht wird. Die Kontrollmarke liefert Gewähr, daß das Brot unter Bedingungen hergestellt wird, welche den Anforderungen der Reputationskommission entspricht, und werden diese Bedingungen von unserem Institut sogar weit übertroffen, weshalb wir bitten, bei Broteinkäufen zu berücksichtigen, daß sich auf dem Brot der Stempel G. B. & U. sowie die Kontrollmarke befindet.

Der vorgekommenen Einwendung seitens der werthen Kundschaft, „die Kontrollmarke sei unappetitlich“, können wir infolgedessen widersprechen, als das Aussehen derselben bei uns ohne jedes Klebemittel bewerkstelligt, sondern trocken auf den Teig gelegt wird, auf welchem die Marke ohne weiteres haftet, wie ja auch die Hausfrauen in ähnlicher Weise den selbsthergestellten Kuchen, welchen sie beim Bäcker backen lassen, durch ein aufgelegtes Stückchen Papier zeichnen; die Marke an und für sich ist durchaus nicht unappetitlich. Wir laden die Konsumenten unseres Brotes zu einer Besichtigung unserer Bäckerei ein, um sich von der hierin herrschenden Sauberkeit persönlich zu überzeugen.

In Straßen oder Gegenden, wo sich kein Niederlagen unseres Brotes noch nicht befinden, können solche noch eingerichtet werden, und eruchen wir, diesbezügliche Anträge an den Vorstand, Müllerstr. 84, zu richten. [97/9]

## Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.

Ausstattungen in Mahagoni u. Buchbaum; Küchenmöbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.  
**Möbel, Franz Tutzauer,** Berlin S.O., Köpenickerstr. 25.

## Ernst Quester's Musikinstrumenten-Geschäft,

Gr. Frankfurterstr. 15, empfiehlt Harmonikas, Saiten und andere Musikinstrumente zu **Fabrikpreisen.** Verleih-Institut für Memophans, Serophans. Reparatur-Werkstatt sämtl. Instrumente. 50988

## Metzner's Korbwaren-Fabrik,

Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz  
 größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. **500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

Als anerkannt reelle und thatsächlich billigste Einkaufsquelle des **Süd-Ostens** für **Gold-, Silber-, Alfenidwaaren** (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich **H. Gottschalk,** Goldarbeiter und Uhrmacher, **37 Admiral-Strasse 37**

## !! Roh-Tabak !!

Sämtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt **Heinr. Franck,** Roh-Tabak-Handlung **Brunnenstr. 185.**

## Roh-Tabak

**A. Goldschmidt,** 4435L\* am hiesigen Plage wie bekannt **größte Auswahl!** Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohabate sind am Lager. **A. Goldschmidt,** **Oranienburgerstr. 2.**

## Schuhe und Stiefel

mit Kontroll-Marke. Allen Freunden u. Genossen empfehle mein **Schuh- und Stiefel-Geschäft.** Große Auswahl in Winter-Artikeln zu den billigsten Preisen. 4933L\* **L. Zaake,** Rüsttriner-Platz Nr. 8. **Carl Lux,** 34, Chausseestr. 34. Bitte genau auf No. 34 zu achten.

## 65 Herren- 65

und **Knaben-Garderobe.**  
 Nach beendeter Engros-Saison verlaufe die Bestände an **Winter-Paletots von 11 M. an, Jaquet-Anzügen von 15 M. an, Rock-Anzügen von 22 M. an, Hohenzollern-Mänteln v. 38 M. an, Knaben-Anzügen in allen Größen, Knaben-Mänteln in allen Größen, Ein Posten Rosen, haltbare Stoffe, von 4,25 M. an. (4977L\*)**  
**Anfertigung nach Maass** bei tadellosem Sig.  
**M. Abraham,** 1. Stage Oranienstr. 65, 1. Stage zwischen Morispl. u. Kommandantenstrasse. **65**

## Jede Uhr

reparieren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des **utgehens nur 1,50 M.,** über Bruch, keine Reparaturen billiger. **Großes Lager** neuer u. gebrauchter **Zapfenhähne, Regulatoren u. Weder** etc. Alle Arten Ketten, sowie Brillen und **Pincenez.** 38888\* **Carl Lux,** 34, Chausseestr. 34. Bitte genau auf No. 34 zu achten.  
**Arnold Lange,** 181, Brunnenstrasse neue Haus-Nr. 181, Filz- u. Seidenhüte mit Kontrollmarken. Großes Lager in Damen- und Herren-Regenschirmen, Muffen, Wasas, Pelzkragen, Pelzmützen. Billige Preise.  
**J. Semmel,** Oranienstr. 55, am Morisplatz, pr. Zahn-Arzt. Spr. 8-6, Sonnt. 9-1